

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando 1
 Vierteljahr 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Berichterstattungen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Interate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 16. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der große Feldherr Kuropatkin.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns:

Dass die deutsche Militärliteratur infolge der Censur, unter der sie seit vielen Jahren steht, auf ein sehr tiefes Niveau herabgesunken ist, weiß jeder, der sich damit beschäftigt. Aber das von Offizieren ein solch ungläubliches Zeug geschrieben werden kann, wie man es in der gutgesamten Presse über den russisch-japanischen Krieg im allgemeinen und Kuropatkin im speziellen fand und findet, überrascht auch den größten Pessimisten. Man sollte es nicht für möglich halten, daß deutsche Offiziere Kuropatkin auch jetzt noch für einen großen Feldherrn halten, obwohl er bei Liaojang seine Unfähigkeit als Taktiker ebenso glänzend bewiesen hat, wie er sich im vorhergehenden Teil des Feldzuges als miserabler Stratege zeigte.

Schon der Gedanke, bei Liaojang eine große Entscheidungsschlacht anzunehmen, verdient einen gepfefferten Bierer, denn im Rücken von Kuropatkins Position lag der nur auf Brücken übersichtbare Laifse. Selbst der Laie kann sich vorstellen, wie schwierig der Rückzug einer großen Armee über einen solchen Wasserlauf ist. Drückt der Gegner energisch nach, so entstehen an und auf den Brücken Stauungen, aus denen Paniken werden, die Pferde scheuen und richten Unheil an, viele Menschen sowie Tiere ertrinken und an den zusammengeballten Häufen haben die feindlichen Geschütze ein vortreffliches Ziel. Die vielen Gefahren, die mit dem Rückzuge großer geschlagener Truppenkörper über einen nur auf Brücken passierbaren Fluß verbunden sind, werden einen tüchtigen General veranlassen, sich nur dann vor einem Wasserlauf aufzustellen, wenn ihm nichts mehr anderes übrig bleibt, oder wenn er kein ernstes, sondern nur ein demonstratives Gefecht, das er bald wieder abbrechen will, liefern will, oder wenn er seines Sieges vollkommen sicher ist. Kuropatkin aber ließ es in einer solchen Position auf eine Entscheidung ankommen, und zwar mit einem Gegner, von dem er wußte, daß er die höhere Intelligenz auf seiner Seite hatte und ihn an Zahl möglicherweise überlegen war. Trotzdem ist Kuropatkin nach der Ansicht preussischer „Militär-Schriftsteller“ ein bedeutender General! Werden an die aktiven deutschen Generale keine höheren Ansprüche gestellt, so kann die Geschichte einmal nett werden.

Weiter hat Kuropatkin bei Liaojang gezeigt, daß er sich über den eigentlichen Wert besetzter Stellungen gar nicht klar ist. Der Vorteil von Besetzungen besteht darin, daß sie einer Minderheit ermöglichen, eine bedeutende Mehrheit zurückzuwerfen. Kuropatkin ließ Liaojang seit Monaten besetzen, er ließ fortartige Schanzen aufwerfen, die mit schweren Geschützen armiert und mit Wollschutten und Drahtverhauen gesichert wurden. Ja, er stellte nicht weniger als drei hintereinander liegende besetzte Verteidigungslinien her. Eine derartige Stellung konnte doch eine Minderheit gegen eine Mehrheit lange verteidigen. Und daher hätte es genügt, wenn Kuropatkin, der über 200.000 Mann verfügte, nur einen Teil seiner Armee, etwa die Hälfte zur Verteidigung der Schanzen, den andern Teil aber als Schlachtenreserve ausgehoben und zu Angriffen auf die von den Schanzen zurückgeschlagenen Japaner oder zur Abwehr von Umgehungsversuchen benützt hätte. Kuropatkin jedoch steckte seine ganze Macht in die Schanzen, er schuf sich keine Schlachtenreserve und erhielt für diese Dummheit die Rechnung auch prompt präsentiert.

Als nämlich die Meldung eintraf, Kuropatkin habe den Laifse überschritten und marschiere gegen die Rückzugslinie der Russen, hatte Kuropatkin keine intakten Reserven zur Hand, sondern er mußte die nötigen Truppen erst aus der Stellung herausheben. Diese plötzliche große Verminderung der Verteidigerzahl ließ sich natürlich nicht mehr so rasch ausgleichen.

Zu den Lobpreisungen, die deutsche „Nachwähler“ Herrn Kuropatkin zu teil werden lassen, will es auch nicht recht stimmen, daß der russische „Feldherr“ dem preussigen Kuropatkin auf einen Lein, den jeder Kriegsschüler kennt, gegangen ist. Kuropatkin ließ Brücken an einer Stelle des Laifse schlagen, an der er gar nicht übergehen wollte und auch nicht überging. Es handelte sich hier nur um ein Scheinmanöver, mit dem der Brückenbeschlag an andern Stellen, an denen der Uferwechsel wirklich ausgeführt wurde, markiert werden sollte. Der Kniff ist alt, sehr alt sogar, aber Kuropatkin fiel dennoch darauf hinein und so wurde er vom Uebergang Kuropatkins vollkommen überlistet. Er erfuhr davon erst, als Kuropatkins ganze Armee schon am rechten Ufer war. Hätte er diese Armee, die ihm von jeher besonders gefährlich war, scharf und ununterbrochen beobachten lassen, so wäre ihm das Unglück nicht passiert. Die mangelhafte Aufklärung gegen Kuropatkin ist um so jämmerlicher, als letzterer, wie aus der Kriegslage schon seit Wochen hervorging, den entscheidenden Stoß gegen die russische Rückzugslinie auszuführen hatte.

Zum größten Verdienst wird es Kuropatkin von den deutschen „Nachwählern“ angerechnet, daß er sich — es ist wirklich schwer, ernst zu bleiben — nicht einsangen ließ. Dajima aber, der Sieger von Liaojang, erhält einen Tadel, weil er Kuropatkin kein Sedan bereite. Als ob die Sedans so häufig wären wie die Wirtshäuser Wettelbriele. Welche Umstände haben denn Sedan ermöglicht? Erstens war die französische Armee eingeleitet zwischen der deutschen Armee und der belgischen sowie luxemburgischen Grenze, während Kuropatkin in seinem Rücken russisches Gebiet hatte. Zweitens verfügte Herr v. Rolke bei Sedan über 7 1/2 Armeekorps, die Franzosen aber nur über vier. Kuropatkin aber war bei Liaojang ebenso stark wie die Japaner; noch einer Mitteilung der japanischen Gesandtschaft in Paris soll er sogar um 40.000 Mann stärker gewesen sein. Die Franzosen konnten die Umgehung von Sedan nicht Monate hindurch besetzen und außerdem hatten sie das Unglück, daß der Oberbefehl zweimal in andre Hände

lam. Zuerst führte ihn Mac Mahon, nach dessen Verwundung Ducrot und zuletzt übernahm ihn Wimpfen. Kuropatkin hatte hingegen Monate Zeit zur Befestigung seiner Stellung und zum Studium des Terrains um Liaojang. Und endlich konnten die Deutschen auf den Straßen und dem Terrain um Sedan viel leichter sich bewegen, als die Japaner im mandchurischen Kotmeer. Wäre den Japanern der Braten bei Liaojang so schön serviert worden wie Herrn v. Rolke jener von Sedan, so hätten sie die Russen auch gefangen. Man blamiere sich doch nicht unsterblich, indem man so tut, als ob Dajima an Rolke nicht heranreife und Kuropatkin, Rodzu und Olo die Konkurrenz mit Steinweg, dem Prinzen Friedrich Karl und dem Kronprinzen sowie Plumenthal nicht aufnehmen könnten. Einen Häcker wie Kuropatkin hatte die deutsche Armee vielleicht weder 1866 noch 1870. Es ist sehr fraglich, ob der deutsche Armeeparat unter den schweren Verhältnissen, die die japanische Armee zu bestehen hat, so klappen würde wie der japanische.

Nebrigens ist es noch lange nicht gewiß, ob Kuropatkins Armeewirklich der Gefangennahme entgeht. Die preussische Armee entwickelte Napoleon bei Jena und Auerstädt und trotzdem mußte sie zuletzt kapitulieren. Auf jeden Fall geht es den Russen herzlich schlecht, wie schon Kuropatkins Schweigen beweist. Früher kimperte der russische Generalissimus so ausdrücklich auf dem Telegraphen herum und nunmehr ist er fast so schweigsam wie ein Trappist. Auch die Japaner lassen nichts von sich hören, was für die Russen besonders brenzlich ist. Sie machen es ja immer so, daß sie während der Ausführung ihrer Märsche sich still verhalten und, erst wenn sie einen ganzen Erfolg errungen haben, zu der gepampt lautstehenden Welt reden.

Eigentlich ist Kuropatkin auch eine lächerliche Erscheinung, und wäre er kein russischer, sondern ein englischer oder französischer General, so würde er in Deutschland grausam verhöhnt werden. Hat er denn nicht schon alle möglichen Dinge versprochen und nichts davon gehalten? Anfangs erklärte er, man müsse nur Geduld haben, dann schlage er die Japaner gewiß. Am 1. September waren es gerade vier Monate, daß die Japaner mit den Russen zum erstenmale die Klinge kreuzten, und in diesen 4 1/2 Monaten hat Kuropatkin nur schreckliche Diebe zu verzeichnen. Dabei waren ihm die Japaner in der letzten Zeit nicht mehr numerisch überlegen. Wie lange soll man noch warten, bis Kuropatkin sein Feldherrntalent endlich ausstrahlt? Ferner telegraphierte er nach Port Arthur, die dortigen Truppen sollten ausharren, denn vor Ende August könne er ihnen keine Hilfe bringen. Wie er ihnen im September „zu Hilfe eilte“, ist jetzt zu bewundern. Ein andres Mal meinte er, die Japaner können den Krieg nur nach Wüchtern führen und sobald Situationen eintreten würden, die nicht mehr in die Wüchterschablone paßten, würde ihre Weisheit zu Ende sein. Herr selbst Kuropatkin scheint die Kriegskunst allerdings nicht aus Büchern gelernt zu haben, wie die Schlacht von Liaojang und manches andre zeigt. Er hat offenbar seine eigne Strategie und seine eigne Taktik, die von den Japanern zwar nicht nachgeahmt, aber mit Freuden begrüßt wurden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September.

Gute Beziehungen.

Wir erwähnten gestern das Gerücht, daß ein Flügeladjutant des Kaisers mit der Hamburg-Amerika-Linie in geschäftliche Beziehungen treten solle. Jetzt wird nun amtlich gemeldet: „Der Kaiser hat auf die Bitte des Generaldirektors Ballin genehmigt, daß der Flügeladjutant Kapitän zur See v. Gramme in die Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie eintritt.“

Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrts-Gesellschaft hat im Jahre 1903 einen Gewinn von 20.806.774 M. erzielt. An Lantienmen wurden verteilt 150.687 M., an Dividenden 6 Millionen Mark. Der Aufsichtsrat bestand aus dem Vorsitzenden Rietgens, dem Stellvertreter Max Schinkel, den Herren Kirsten, Witt, Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, Heinrich Freiliger v. Ohlendorff, letzterer der bekannte Inhaber des Guanogeschäfts und Besitzer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und deren Druckerel, die durch den Druck des „Reichsanzeigers“ und sonst vom Staat subventioniert wird.

Es scheint nicht, als ob der Flügeladjutant des Kaisers nur in den Aufsichtsrat delegiert wird, sondern er wird offenbar eine der höchst bezahlten Verwaltungstellen der Hamburg-Amerika-Linie einnehmen. Es beginnt damit eine neue Erscheinung in den Verbindungen zwischen Hof, Staat, Regierung und den großkapitalistischen Privatgesellschaften. Bisher wurden nur aus der Regierung und dem Verwaltungsdienste hohe Beamten zu leitenden Stellen in industriellen Gesellschaften befördert. So ging Herr Wödlitz zu Siemens u. Halske, Herr Wäde zur Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, Herr Böllers zum Stahlwerk-Verband; so wurden die früheren Minister v. Tzielen und Hollmann nach dem Verbruch im Staatsdienste in hochdotierten Aufsichtsratsstellen bei Krupp und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft versetzt. Nunmehr werden auch direkte Verbindungen mit dem Kabinett des Kaisers hergestellt.

Das ist unfreies Wissen der erste Fall und beweist, daß die geschäftsgewandten Leiter der Reedereien die Auffassung haben, daß es noch nützlicher sei, aus dem unverantwortlichen Kabinett Hilfskräfte zu gewinnen, als aus der verantwortlichen Regierung.

Es muß der monarchistischen Presse überlassen bleiben, sich mit der Frage abzugeben, ob derartige Personalbeziehungen zwischen der militärischen Umgebung des Kaisers und großkapitalistischen Erwerbsgesellschaften und Interessenverbänden als eine besondere Förderung des monarchistischen Systems zu gelten haben. Würde diese monarchistische Presse nicht durchweg die von uns mitgeteilten

Einzelheiten totgeschwiegen haben über die Art, wie Herr Ballin aus den Sparstimmigen russischer Flügeladjutant zwangsweise seinen Reingewinn zu erhöhen sucht, so würden wohl diese bürgerlichen Blätter jetzt dem neuen Flügeladjutanten des Herrn Ballin die Rolle eines Marquis Posa zuschreiben, der über diese Geschäfte ein offenes Wort zu sprechen hätte.

Geschlossene Justiz.

In einer Betrachtung über den Juristentag und seine einseitige Stellungnahme zu Gunsten der Arbeiter richtet das „Kanonien- und Panzerplatten-Organ“, die „Berliner Neueste Nachrichten“, eine Anklage gegen die deutsche Justiz, wie sie in solcher Schärfe von keinem sozialdemokratischen Blatt bisher erhoben worden ist. Das Blatt schreibt:

„Unsere Gerichte haben im Laufe der jüngsten Zeit entschieden Ausschreitungen der Arbeiter-Organisationen scharfer behandelt, derart, daß von sozialdemokratischer Seite wiederholt geklagt wurde, es gehe auch so, ohne die „Zuchthausvorlage“; die Gerichte urteilten so scharf. Wo die Sozialdemokratie mit ihrer Organisation am schärfsten herrscht, im Königreich Sachsen, waren zugleich die Gerichtsurteile bei Gezeßen mit der strengsten Beurteilung bei der Hand. Vielfach wurde Gerichtsurteilen, z. B. betreffs Streikpostensiehens, vorgeworfen, daß sie das bestehende Recht zu weit, zu Ungunsten der Arbeiter interpretierten. Die Juristen ergänzten, wie das allgemein natürlich, das geschriebene Recht. Das geschah gegen Uebergriffe der Arbeiterorganisationen. Nach dem jetzigen Beschluß des Juristentages aber sollte man denken, solche Uebergriffe gäbe es nur bei den Unternehmervertretern.“

Die Zuchthausvorlage, die das Streikpostensiehens unter Strafe stellen wollte, ist vom Reichstage abgelehnt worden. Trotzdem — so behauptet dieses staatsverhaltende Blatt — wenden die Gerichte das abgelehnte Gesetz an, indem sie, „wie das allgemein üblich“, das geschriebene Recht „ergänzen“, der Königsberger Erste Staatsanwalt würde sagen, „supplizieren“. § 336 des Strafgesetzbuches besagt: „Ein Beamter oder Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache vorsätzlich zu Gunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Verungung des Rechtes schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.“ Die „Rechtsbeugung“ setzt zu ihrer Vollendung voraus, daß die Rechtsache von dem Beamten gegen das objektive Recht, d. h. unter Verletzung materieller oder prozeduraler Rechtsnormen geleitet oder entschieden sei.

Das Beispiel des „Streikpostensiehens“, das die „V. R. A.“ erwähnen, liegt völlig klar. Das Streikpostensiehens ist durch den Gesetzgeber ausdrücklich für erlaubt erklärt worden. Das Reichsgericht hat gegenüber der üblichen Streikverordnung ausdrücklich anerkannt, daß auch die Einzelinstanzen dieses Recht nicht aufheben dürfen. Wenn Richter trotzdem das „ungeschriebene“, weil gesetzwidrige Recht so lange erweitern sollten, bis das Streikpostensiehens als strafbare Handlung beurteilt werden kann, so hätten sie die Zuchthausstrafe des § 336 verwirkt.

Und die „Berl. Neueste Nachr.“ behaupten, daß dieses Verbrechen gegen § 336 in der deutschen Rechtspraxis „allgemein natürlich“ sei! Die Sozialdemokratie hat bisher in der Regel angenommen, daß die Richter in dem dunklen Drange ihres Massenbewußtseins wohl vom Wege des Rechts und der Billigkeit abirren könnten. Das kapitalistische Organ will uns aber zu dem Glauben verleiten, daß solche unbedachte Verirrungen — vorsätzliches Uebung sei! —

Deutsches Reich.

Das preussische Schulgesetz kommt! Als die Konserbativen mit den Nationalliberalen jenes Kompromiß schloßen, demzufolge in gemeinsamem Antrag ein die Konfessionsschule zum Prinzip erhebendes Schulunterhaltungs-Gesetz gefordert wurde, thaten sie dies nicht ohne vorherige Verabredung mit der Regierung. Was die beiden Parteien „beantragten“, war in der Regierung schon beschlossen; die Regierung wollte nur damit ihre moralische Situation verbessern, daß sie das Gesetz als „Erfüllung des Wunsches des Abgeordnetenhauses“ vorlegen konnte.

Wie die „National-Zeitung“ nun mitteilt, steht die Einbringung eines derartigen Schulgesetzes unmittelbar bevor.

Medlenburgische Sitten.

Die Verlobung des preussischen Kronprinzen hat einzelnen Blättern kürzlich den Anlaß zu überschwenglichen Betrachtungen über diese neue festere Verbindung zwischen Preußen und Medlenburg gegeben. Wenn Verbindungen zwischen Staaten den Zweck haben sollen, gemeinsame Kulturgüter zu festigen, so ist ein politischer Bund mit Medlenburg wenig erprießlich. Tüher Rußland und der Türkei sind diese medlenburgischen Großherzogtümer die einzigen Staaten Europas, die keine Verfassung haben.

Auch sonst herrschen dort patriarchalische Einrichtungen, wie man sie seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts, mindestens aber seit 1848, nicht mehr für möglich halten sollte. Die Verlobung selbst erinnert an einen merkwürdigen Brauch, der die Freunde der Medlenburger an betartigen Familienereignissen ziemlich stark beeinträchtigen soll. Was der Freier von Mirbach auf dem mühsamen Wege des Mosaisbittels durch die Verwaltungsbürokraten zusammenbringen wollte, nämlich Geburtstags- oder Hochzeitgeschenke für die regierenden Herrschaften ohne eigne Kosten, das wird in Medlenburg durch ein einfaches Gesetz bewirkt. Die Methode Mirbach, die in Preußen zu dem Sturz ihres Meisters geführt hat, ist in Medlenburg bindendes Recht. Dort sind die Unterthanen verpflichtet, bei Heiraten von Prinzessinnen zur Aussteuer in der Form einer einmaligen direkten Abgabe beizutragen. Man nennt das Prinzessinnen-Steuer, die einige 10.000 M. beträgt und deren Einhebung auch bei den loyalen „Unterthanen“ der medlen-

Burgliche Dynastie das Mitgefühl der Freude für solche Vorgänge im angestammten Fürstentum beeinträchtigt.

Was die regierende Familie für das gesamte Großherzogtum ist, bedeutet in Mecklenburg der Gutsbesitzer gegenüber seinen Tagelöhnern. Unter den vielen Gesinde-Ordnungen des Deutschen Reiches ist die mecklenburgische sicher eine der schlimmsten. Sie unterscheidet sich von dem Recht der Leibeigenschaft nur dadurch, daß sie dem Herrn keine Verpflichtung auferlegt, den Leibeigenen im Dienst zu behalten. Es ist also eine Hörigkeit, die verhängt ist durch das Recht, sich dem Gesinde und den Tagelöhnern gegenüber allen Verpflichtungen zu entziehen. In Mecklenburg kann ein Arbeiter, der aus irgend einem Grunde einen Gutsbesitzer nicht grüßt, ohne jede Kündigungfrist hinausgeworfen werden. So hat kürzlich ein Oberamtsrichter in Lübbchen als mecklenburgisches Recht festgestellt. Drei Arbeiter auf dem Gut Schwegow, das dem königlich-preussischen Gesandten am bairischen Hofe, Geheimen Legationsrat v. Bourlaes gehört, hatten, weil sie mit dem Administrator des Gutes in Zwistigkeiten geraten waren, ihn nicht mehr gegrüßt. Daraufhin wurden die beiden Arbeiter entlassen und das Amtsgericht hat „im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs“ verfügt, daß diese Entlassung berechtigt sei. Einer der Arbeiter hatte angegeben, daß er, obwohl er 37 Jahre alt ist, gezeugt werde von dem Administrator und auch beschimpft worden sei. Darüber besagt das Urteil:

„Ebensovienig sind die vom Arbeiter Spalda vorgebrachten Gründe stichhaltig. Anlangend das Duzen, so ist es früher vielerorts Gebrauch gewesen, daß die Gutsleute, wenn sie untergeordnet waren, mit „Du“ und sonst mit „Er“ von ihren Vorgesetzten (!) angeredet wurden. Einem Nicht-Mecklenburger wie Spalda mag dieser Brauch nicht angemessen erschienen sein. Aber jedenfalls hat er sich neun Jahre hindurch das Duzen gefallen lassen, wenn er es sich auch anfänglich und zuletzt vor zwei Jahren verboten hat. Dasselbe (!) gilt von der vor zwei Jahren angeblich erfolgten Benennung als „dänischer Schafskopf“ und „dänischer Hund“.

Außerdem hatten die beiden Arbeiter wegen ihres Frevels also bald die Wohnungen zu räumen.

Der Gutsbesitzer und sein Vertreter — so wurde auch ausgeführt — können nach der bestehenden Sitten verlangen, daß die von ihnen Abhängigen auf dem Gute beschäftigten Leute sie grüßen, in dem Maße, daß das abtätliche Unterlassen eine Kränkung und Beleidigung gegen jene enthält. Nun ist das gleiche Recht Grundgesetz jedes modernen Staates. Wenn auch Mecklenburg keine Verfassung hat, so ist es doch nicht erlaubt, etwa das Strafgesetzbuch oder irgend ein anderes Reichsgesetz verschieden je nach der Person anzuwenden. Wenn das Unterlassen des Grüßens also als beleidigend gilt, so muß das für beide Teile gleich gelten, und es würde folglich jeder Arbeiter berechtigt sein, sofort ohne Kündigung den Dienst zu verlassen, wenn ihn der gnädige Herr oder sein Vertreter nicht grüßt. Sollte dieser Fall einmal eintreten, so kann man gespannt sein darauf, wie mecklenburgische Amtsgerichte bei solcher Sachlage entscheiden würden und ob sie es verneinen würden, daß ein Kontraktbruch vorliegt. Auch das Gegenseitigkeitsrecht des Duzens und des „dänischen Hundes“ wird ja wohl als landesübliche Sitten auch dann erkannt werden, wenn es von Tagelöhnern gegenüber den „Vorgesetzten“ angewandt wird.

Die Gesinde-Ordnung ist zwar in demselben System erwachsen wie die Prinzessinnen-Steuer. Aber diese zwingt doch nur die glücklichen Unterthanen, ihre Prinzessinnen auszusteuern, die Gesinde-Ordnung aber verpflichtet die ländlichen Arbeiter Mecklenburgs, ihr ganzes Körperliches und moralisches Dasein dem gnädigen Herrn zur freien Verfügung zu stellen. —

Die Furcht vor Sedan. Der Kriegerbündlerbund der bekanntlich unpolitischen deutschen Kriegervereine hat wieder einmal einen schönen Beschluß gegen die Socialdemokratie gefaßt. Aus diesem Schriftstück wird aber eine sehr seltsame, bisher nicht bekannte Thatsache über das Wesen der Kriegervereine ersichtlich. Die Kriegervereine erklären nämlich:

„Der starken Hand der Reichsregierung, den Regierungen der Bundesstaaten und den gesetzgebenden Körperschaften haben wir es zu überlassen, Maßregeln zu treffen, durch welche dem immer stärker um sich greifenden Uebermut der Socialdemokratie und ihrer die Volkseele verrohenden Verhöhnung halt geboten wird. Wohl aber ist es das gute Recht und die Pflicht der deutschen Kriegervereine, deren oberste Aufgabe nach den Satzungen die Pflege der Treue zu Kaiser und Reich, zu Landesherren und Vaterland ist, deutlich vor aller Welt ihre tiefinnerste Empörung darüber auszudrücken, daß der Führer der Ansturzpartei in Deutschland gewagt hat, seine Hoffnung auf Erfüllung seiner Parteiziele darauf zu setzen, daß den deutschen Waffen ein zweites Sedan bereitet werde. Die beste Antwort an den internationalen Mann ohne Vaterland ist, daß nicht nur die 400 000 Veteranen in unseren Reihen, die seiner Zeit für des Vaterlandes Einheit und Größe ihr Leben eingeseht haben und deren Ruhm durch die jämmerliche Denkmalsweise jenes Mannes nicht bejubelt werden kann, sondern... usw.“

Bisher nahmen wir an, die ganze Weltanschauung der Kriegervereine erschöpfte sich darin, bei reichlichem Bier immer wieder zu preisen, wie wir uns so herrlich 1870 geschlagen. Es scheint nun aber, daß den Draven jetzt selber vor ihrem unblutigen Hurragegeist Angst geworden ist; nur so läßt es sich verstehen, daß sie plötzlich St. Sedan verzeihen und durchaus es der deutschen Armee nicht wünschen wollen, daß ihr ein zweites Sedan bereitet werde. Wie hielten die Kriegervereine bisher für so siegesnützlich, daß sie nicht nur das erste Sedan ohne Unterlaß feiern, sondern am liebsten jedes Jahr ein neues Sedan für die deutschen Waffen begehen. Auf einmal hören wir, daß es ein schlüssiges Verbrechen sei, den deutschen Waffen auch nur ein zweites Sedan zu wünschen. Sollte dieser Beschluß in sehr vorgerückter Stunde gefaßt worden sein?

Protestieren müssen wir allerdings dagegen, daß gerade Genosse Webel solch überkriegervereinerliche Anschauungen jemals geäußert haben soll. Webel nimmt es zwar an tiefer und edler Vaterlandsliebe mit den sämtlichen 2 1/2 Millionen Kriegervereinerlern auf, aber gerade deshalb wünscht er unserm Volke keinen Krieg, und brächte er noch so viele Sedans. Die Verwirklichung des Socialismus hängt nicht von blutigen Schlachtentzweien der Völker ab, sondern von der Kulturarbeit und der geistigen Aufklärung des Proletariats. Die Socialdemokratie rechnet weder mit neuen Siegen der Deutschen, noch mit Siegen irgend eines andren Volkes. Wir wollen keinerlei Sedan, weder für uns, noch für ein andres Land.

Wenn die Kriegervereiner sich also empören, daß jemand so kriegergeheißert ist, unserm Volke wiederum ein Sedanfest zu wünschen, so ist das der Anfang der Besserung, ihre Entrüstung trifft sie selbst, nicht Webel. —

Die Reform der Untersuchungshaft.

Wir haben aus Anlaß der Urteilsbegründung des Königsberger Prozesses einige Einzelheiten aus der Praxis der Untersuchungshaft mitgeteilt, die wohl auch denen die Unhaltbarkeit des jetzigen Verfahrens klarmachen, die sonst überzeugt sind, daß alles zum Besten eingerichtet ist. Auch in den juristischen Fachzeitschriften wird gegenwärtig über die Reform der Untersuchungshaft diskutiert. In der Zeitschrift „Das Recht“ schlägt der Geheimrat Crönert vor, daß gesetzlich die volle Anrechnung der Untersuchungshaft bei dem Strafmaß festgelegt werde. In einzelnen Staaten, wie Italien, Belgien, Kanton Genf ist dieser Grundlag bereits Recht geworden. Auch in Frankreich ist die volle Anrechnung Regel.

Kaum ein Vorgang des Königsberger Prozesses hat so viel Empörung hervorgerufen, wie der Spruch des Gerichts, der trotz der langen Untersuchungshaft, die fast das Maximalmaß für das Delikt erreichte und bei einem Angeklagten um ein Drittel übertraf, bei allen aber länger war als die verhängte Strafe, — daß trotzdem noch ein zu verbühender Strafrest herausgerechnet wurde. Solchen Urteilen würde ja die Reform, wie sie Herr Crönert anregt, vorbeugen. Aber wie die deutschen Rechtsverhältnisse, insbesondere die preussischen Rechtsverhältnisse liegen, so würde auch

eine derartige Milderung entweder nur wenig besser oder vielleicht sogar schädlich wirken. Muß die volle Untersuchungschaft angerechnet werden, so besteht die große Gefahr, daß die Richter darauf bei dem Strafmaß schon Rücksicht nehmen und eine Strafe verhängen, in der die Dauer der Untersuchungschaft als wieder einzubringender Abzug bereits in Rechnung gesetzt ist.

Diese Reform würde also in vielen Fällen zur Geräußerung der Strafen aber nicht zur Herabsetzung der Untersuchungschaft dienen. Desser kann nur eine gründliche und grundsätzliche Umgestaltung des Verfahrens und insbesondere auch scharfe festumgrenzte Rechtsgarantien gegen unbegründete Verhängung der Untersuchungschaft, deren vollständige Vereinerung auch über das Gebiet der bloßen Leberrettungen hinaus für bestimmte Delikte außerdem gesetzlich festgelegt werden sollte.

Muß Steuern zahlen! Der Kronprinz hatte gegen den Kreis-ausschuß geklagt, der ihm auferlegt hatte, Kreissteuern zu zahlen. Der Bezirksausschuß verhandelte am Donnerstag wegen der Heranziehung des Kronprinzen zu Kreisabgaben. Der Kronprinz soll für sein Delict Lebensgut bei einem angenommenen Einkommen von 126 800 M. 5000 M. Steuern zahlen. Der Kronprinz hatte grundsätzlich in Abrede gestellt, zur Zahlung von Steuern verpflichtet zu sein, während der Kreisausschuß behauptet, daß nur der Landesherr, nicht aber die Mitglieder des königlichen Hauses Steuerfreiheit genießen. Derselben Ansicht war auch der Bezirksausschuß, der nach kurzer Beratung zu Gunsten des Kreis-ausschusses entschied. —

Ein Opfer der Königschlächtereien in Belgrad. Der Oberst a. D. Saedle — als russischer Kriegsberichterstatter des „Berl. Tzbl.“ als Oberst Zuspäße berühmt geworden — darf seine Uniform und den Offizierskittel nicht mehr tragen; so beschloß das Ehrengericht, weil der Herr gemeint hatte, einem Alexander von Serbien seinen Offiziers nicht mehr den Fahnenfeld schuldig. 1866 wurden durch die preussische Fürstentümer Offiziere massenweise zur „Konvertierung“ ihres Treueides veranlaßt. Und sie trugen die neu angestammte Uniform und den umgeänderten Fahnenfeld mit großem Stolz.

Aber Herr Stropatsch, der das Verbrechen des Oberst a. D. seiner Zeit demuziert hat, hat sein Ziel erreicht: Gähle heißt nur noch Gähle schlechthin, wenig günstige Ansichten für seinen Verbleib in Rudolf Mosses Reklamegeschäft. —

Hilgers Dank an „seinen“ Staatsanwalt. Gelegentlich des „d. Bergmonats“ begrüßte Herr Hilger den Ersten Staatsanwalt mit folgenden Worten:

„Mit Ihnen, sehr verehrter Herr Erster Staatsanwalt, verbunden uns enge und sehr rege geschäftliche Beziehungen: wir sind in den letzten Jahren wohl Ihr bester Kunde gewesen. Wir danken für alles Entgegenkommen, glauben aber auch in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich dem Wunsch Ausdruck gebe, daß die so rege Geschäftsverbindung, die Ihnen und uns zu so mancher Ueberrüchtheit Veranlassung gab, in Zukunft etwas abflauen möge.“

Den Dank hat der Staatsanwalt voll verdient; er wird ihm aber nicht hinweghelfen über das Fiasko, das er gemacht hat bei der Verteidigung des saarabischen Systems. Und diesem Fiasko wird auch der Wunsch entsprungen sein, die „enge und rege Geschäftsverbindung“ abflauen zu lassen.

Bald so — bald so! Unser Dallesches Parteiblatt trägt zum Prozeß des Genossen Fette wegen Majestätsbeleidigung, die ihm, wie mitgeteilt, vier Monate Gefängnis eingebracht hat, die Urteilsbegründung nach. Dieselbe wurde wie folgt bekamtaggegeben:

„Jeder, von dem behauptet wird, es befindet sich ein unehelicher Bruder in seiner Familie, könne sich beleidigt fühlen. Dies hätte der Angeklagte wissen müssen.“

Als am 29. Januar dieses Jahres der Prozeß erstmalig vor dem hiesigen Landgericht verhandelt wurde, jagte der Staatsanwalt:

„Der Angeklagte habe damit rechnen müssen, daß sich unter den Lesern seiner Zeitung viele befinden, die annehmen, daß der Kaiser mit der Kotiz beleidigt worden ist, wenn auch das Vorhandensein des in dem Artikel geschilderten verwandtschaftlichen Verhältnisses an sich keine Beleidigung ist.“

Die Aufhebung des Freispruchs durch das Reichsgericht hat, wie man sieht, auf das sittliche Urteil der Juristen revolutionierend gewirkt. Wie aber soll ein Laie unethisch-juristisch fühlen müssen, um Gnade bei den Richtern zu finden, wenn bei den Juristen sogar das moralische Urteil vom Datum abhängt!

Uebrigens sind für den Abdruck der keinen Kotiz des Wiener Volksgerichts über einen angeblichen Verwandten des Kaisers fünf socialdemokratische Blätter zu insgesamt 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden! —

Meineid!

Aus Hessen wird uns geschrieben: Im Drustone sittlicher Entrüstung schreit entseht ein bürgerliches Blatt in die Welt hinaus: „Wie leichtfertig werden heutzutage Meineide geschworen!“ Und dann wird als Beispiel folgende Geschichte erzählt: Vor dem Mainzer Schöffengericht wurde eine bagatelte Hausfriedensbruchs-Affäre verhandelt. Es mußte aber festgelegt werden, ob ein junges Mädchen von kaum 17 Jahren bei seinem Verlobten im Zimmer gewesen ist. Der gleichfalls erst 17 Jahre alte Verlobte bestritt dies und beschwört keine Aussage. Die Unrichtigkeit stellt sich heraus. Resultat: 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Das Mädchen, gegen das sich die Hausfriedensbruchs-Klage richtete, hat nun in einem andren Termin, der wohl vor der Beurteilung seines Verlobten lag, — mit Sicherheit ist das nicht aus dem bürgerlichen Blatt zu entnehmen, aber doch das wahrscheinlichste — ebenfalls beschworen, nicht im Zimmer seines Schafes gewesen zu sein. Und nun kommt die charakteristische Stelle in dem Bericht des Bourgeoisblattes: Das Mädchen hat leichtfertig die Unwahrheit beschworen, „obgleich das Gegenteil längst erwiesen war!“ Das Mädchen wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Man vergegenwärtige sich den Sachverhalt. Der gute Ruf des Mädchens stand auf dem Spiel. Nach den landsäufigen Begriffen von der „Sittlichkeit“ war das Mädchen heillos kompromittiert, wenn es sich herausstellte, daß es im Zimmer eines Herrn, wenn gleich dieser sein Verlobter war, gewesen sei. Der junge Arbeiter stellte den Ruf seiner Braut über die Eidespflicht und sagte die Unwahrheit. Das ist in ähnlich gelagerten Fällen hundertfach geschehen und wird noch oft vorkommen. Wor nun die Lage des jungen Mannes eine sehr schlimme, so war diejenige des Mädchens eine geradezu verzweifelte. Links Scham, rechts Ehrenbiss. Es launte die Aussage seines Verlobten, der die Unwahrheit gesagt hatte das Mädchen wille. Sagte das Mädchen jetzt die Wahrheit, so mußte es den Geliebten, der ritterlich gehandelt zu haben glaubte, preisgeben. Sagte es die Unwahrheit, dann — ja und es beschwor die Unwahrheit, konnte und durfte sie beschwören, „obgleich das Gegenteil längst erwiesen war.“

Ja, warum ließ man denn das Mädchen die Unwahrheit erst beschwören, wenn die Wahrheit bereits bekannt war! Liegt der Fall so, wie ihn das Mainzer Blatt geschildert hat, dann beweist auch er, wie dringend notwendig es ist, die Frage der Eidesleistung so schnell als möglich zu einer Lösung zu bringen, die dem Rechtsempfinden nicht mehr geradezu ins Gesicht schlägt. —

Der bayerische Kammerpräsident über die politische Lage in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Der Oberstudienrat Dr. v. Orterer gehört zweifellos zu den geschicktesten Parlamentariern des Centrums; er ist, das müssen ihm auch seine Gegner zugestehen, ein ausgezeichneter Redner. Seit er nun zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde, hat er zu seinem Schmerz darauf verzichten müssen, an den parlamentarischen Redebühnen teilzunehmen, und nicht selten ist es ihm ersichtlich recht schwer geworden, die Objektivität zu wahren, die sich der Präsident eines Parlaments nun einmal auferlegen muß. So mußte er denn auch davon absteigen,

im Landtage seine Meinung über die Vorgänge der letzten Monate auszusprechen; er hat aber angekündigt, daß er dies bei anderer Gelegenheit mit um so größerer Deutlichkeit thun wolle. Es war zu erwarten, daß Orterer wiederum die Herbstversammlung in Lützenhausen wählen würde, um seine Ansichten und — das ist die Hauptsache — seine Wünsche an die Regierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Am gestrigen Sonntag fand die alljährliche Parole-Ausgabe des Centrums — unter der Firma: Generalversammlung des Bayerisch-patriotischen Bauern- und Bürgervereins — statt und in der That war denn auch Dr. v. Orterer als Hauptredner erschienen.

Ehe er aber das Wort erhielt, führte der jetzige Vorsitzende des Vereins, der Prälat Dr. v. Daller, noch eine niedliche Scene auf. Man wird sich erinnern, daß der 23-jährige Reichsrat Graf Josef Krc o dem Komitee des Regensburger Katholikentages brieflich mitgeteilt hatte, er könne nicht an dem Katholikentag teilnehmen, weil das Centrum, das sich immer mehr zur radikalen Wirtschaftspartei entwickele, Leute von den politischen Anschauungen und parlamentarischen Formen eines Dr. Heim in seinem Schoße herge. Dieser Brief hat damals das Centrum arg verschmüpft und es hat in der Centrumpresse nicht an heftigen Erwidern geseht. Groß war natürlich auch die Schadenfreude der liberalen Presse; denn nicht nur der Vater des Briefschreibers, der Gründer des Lützenhausener Bauernvereins, sondern auch der junge Krc o wurde im vorigen Jahre in der Lützenhausener Generalversammlung unter großem Hallo in den Verein aufgenommen. Bei Beginn der gestrigen Generalversammlung nun hat Vater Daller dem verirrten Sohn feierliche Absolution erteilt. Ueber äußerliche Dinge, meinte er, könnten ja Meinungsverschiedenheiten entstehen, aber „der gute Graf“ werde wohl eingesehen haben, daß sich sein Brief nicht halten lassen, und werde wohl um einer Keuschlichkeit willen die Sache nicht verlassen. Er habe ja überdies dem Verein statt des Jahresbeitrages von 70 Pf. 100 M. gegeben. Dem „guten Grafen“ ist also der Weg in den Schoß des Centrums wieder geöffnet.

Dann bestieg Dr. v. Orterer die Rednertribüne. Er besprach zunächst den Duellerkas des Kriegsministers und bemerkte, werden Zusammenhang der Dinge kenne, der wisse, daß durch die Nichtentlassung Kfchs die Redner des Centrums nicht desabonniert worden seien. Er könne vertragen, daß die Entrüstung über den Fall Kfchs bei dessen jetzigen Freunden nicht so groß gewesen wäre, wenn es ihm gelungen wäre, in seinen Fall auch den des Ministerpräsidenten v. Podewils mit zu verwickeln. Redner unterstellte dann die Verhandlungen über die Wahlgeseß-Vorlage einer Betrachtung und verlangte von der Regierung für die bevorstehenden Neuwahlen eine weitgehende Abänderung der Wahlkreiseinteilung. Die bisherige Einteilung sei eine gefälschte zu Gunsten der Liberalen; die Regierung müsse aber nun wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß der Liberalismus als ausschlaggebender Faktor auszuscheiden müsse. Man werde ja sehen, ob die ältere Hälfte des Ministeriums es über sich gewinnen könne, sich in die neuen Verhältnisse in Gottes Namen zu fügen.

Vor einem Kompromiß mit den Socialdemokraten sei das Centrum dringend gewarnt worden. Dieser Rat sei aber ein bischen zu fadenscheinig, als daß er nicht durchschaut werde. Er wisse nicht, was geschehen werde, aber wenn das Centrum sich in einer Koalition befinde, so müsse es eben mit einem Gegner partiiieren, mit dem es sonst nichts zu thun haben wolle. Dazu komme, daß sich der Liberalismus in religiösen Dingen viel unzulässiger erwiesen habe als die Socialdemokratie, und in Sachen der Schule spinne der Linkliberalismus denselben Faden wie die Socialdemokratie. Die jetzige Koalition sei aber auch durch die Regierung mit veranlaßt worden, die vor sechs Jahren (bei den letzten Landtagswahlen) die Wahlkreiseinteilung so einseitig zu Gunsten der Liberalen gestaltet habe, daß ein Kompromiß notwendig wurde. Von der Socialdemokratie trenne das Centrum eine ganze Weltanschauung und die Zeit sei nicht mehr fern, wo es im Deutschen Reich nur einen großen Kampf geben werde zwischen der Socialdemokratie und den konservativen Parteien, vor allem dem Centrum. Dann werde die staatliche Autorität froh sein, wenn sie sich auf große Massen konservativer, katholischer Männer stützen könne im Kampfe gegen das Banner des Aufstiehs.

Das Verlangen nach einer andren Wahlkreiseinteilung, in gewissem Umfang wenigstens, die auch unter dem jetzigen Wahlgeseß möglich ist, wird auch von der socialdemokratischen Partei lebhaft unterstützt; denn was die bayerische Regierung auf diesem Gebiete bisher zu Gunsten der „Liberalen“ geleistet hat, das ist unerhört. Es wird sich nun fragen, ob es der Minister des Innern wagen wird, das alte Unrecht aufrecht zu erhalten. —

Sittliche Verwirrung. Zu Kaiserslautern in der Pfalz ließ ein Bildhauer an seinem zu einem Gasthause erbauten Hause einige gang und gäbe Volkssprüche anbringen wie

„Wer ehrlich ist und handelt recht,
Der bring's zu Nichts um's geht ihm schlecht.“
„Dieber und brav — ehrliches Schaf.“
die zwar nicht heuchlerisch zu parodieren vermögen, dafür aber den Vorzug genießen, wahr zu sein. Darob regte sich ein Kaiserslauterer evangelischer Pfarrer mächtig auf und jammerte in der „Union“, einem pfälzischen protestantischen Kirchenblatt, mächtig über die durch die Sprüche an einem Hause unter dem Volke angerichtete „sittliche Verwirrung“. „So etwas braucht auch noch geschrieben zu werden. Es ist doch gerade genug, wenn solche Lebensauffassung in manchen Köpfen spukt. Da werden die Kinder in der Schule mit vielem Fleiße unterrichtet, daß ehrlich am längsten währt, daß Ehrlichkeit und Treue ihren Lohn in sich selber tragen. Und nun kommt so ein Mensch und spricht der ganzen sittlichen Weltordnung Hohn!“

Die sittliche Weltordnung ist also in Gefahr, wenn ehrlich ausgesprochen ist, was jetzt Recht und Übung ist. Die Strafe folgte der Moralpredigt aber auf dem Fuße nach. In der Ludwigschafener „Pfälzischen Post“, unserm rhein-bayrischen Partei-Organ wird zu Ruh und Frommen aller, die das „Schwinden von Treu und Glauben“ unter dem gemeinen Volke bemerken, eine Geschichte erzählt von einem protestantischen Pfarrer aus dem jenseitigen Bayern, der ein reiches Mägdelein aus Kaiserslautern heiratete und mit der Mitgift auf der Hochzeitsreise durchbrannte. Die Geschichte passierte vor Jahresfrist, allein kein Pfarrer hat in der „Union“ deswegen auch nur ein Wort verloren. Das Mädchen, die Tochter eines Möbelfabrikanten, besam neben einer reichen Aussteuer noch einen Chek über 50 000 M. mit, den der Herr Pfarrer auf der Hochzeitsreise, die sich nach Italien erstreckte, in Verwahrung nahm. Unterwegs mußte die Hochzeitsreise aufgegeben werden, denn der Herr Pfarrer hatte den Chek — verloren. Auf der Heimreise ging dann neben dem bereits verlorenen Chek auch noch der Herr Pfarrer in Verlust. Mit ihm verschwand zugleich auch ein ihrem Gatten durchgebranntes Frau und Mutter zweier Kinder. Die junge so schmachvoll verratene Frau kehrte zu ihren Eltern zurück. Von dem „verlorenen Chek“ über 50 000 M. und dem mit einer fremden Frau auf der Hochzeitsreise durchgebrannten protestantischen Pfarrer hat man bis zur Stunde nichts gefunden. Der Herr Pfarrer hatte seine Vorbereitungen zur Flucht mit einer Umsicht getroffen, die einer Prinzessin Luise würdig wäre.

Die bürgerliche Presse schweigt den Skandal natürlich tot und jammert mit dem Pfarrer über die „Verwirrung der Sitten“ — unter dem Volke. —

Ausland.

Schweiz.

Prompte Justiz gegen einen schweizerischen Schimpf-Offizier. Zürich, 13. September. (Eig. Ber.) So wenig als die Raube das Raufen, können manche militärische Vorgehens die Beschimpfung und Mißhandlung der Mannschaft lassen. Von einem solchen Fall berichtet jetzt wieder die Züricher Presse. Demnach regalierte nach bedächtigten Mäthern ein Lieutenant der zweiten Compagnie des Bataillons 67 die in Wälach lantonierte Mannschaft mit „Saubande“ und andern ähnlichen läßlichen Beschimpfungen. Die Mannschaft

machte hiergegen in unabweisbarer Weise Front und würde sodann deswegen von dem betreffenden Offizier auf dem Rapporte wegen Insubordination denunziert. Anstatt die Angelegenheit auf dem Rapportwege bis zum Major des Bataillons hinauf erledigen zu lassen, wandte sich die Mannschaft in einer Beschwerde, die von Mann für Mann unterschrieben wurde, sofort an den Regimentschef, Herrn Oberstleutnant v. Schulthess, der früher das Kommando des Bataillons 67 innehatte. Eine von ihm sofort angeordnete Konfrontation zwischen dem schuldigen Offizier und der angeklagten Mannschaft veranlaßte den Regimentschef, den Lieutenant sofort seiner Stelle zu entheben und ihn zu einem Strafdienst nach Wallenstein abzuordnen!

Es prompt sollte in allen solchen Fällen die Strafe der That auf dem Fuße folgen, dann würde es wohl besser werden. Der Lieutenant war wohl aus dem bürgerlichen Leben gewohnt, die Arbeiter in so gemeiner Weise zu behandeln. Der Ton der Herren in der Fabrik überträgt sich leicht durch den Offizier auf die Kaserne. Dieser Zusammenhang ist unerkennbar.

Frankreich.

Die Dresdener Resolution in Amsterdam. Der Sekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, V. r. a. d. e., sendet uns eine Zuschrift, die eine Bemerkung in der Nr. 210 des "Vorwärts" aufklärt. Es war damals behauptet worden, daß die von den Gewerkschaften in der Faktorkommission zu Amsterdam wieder aufgenommene Dresdener Resolution einen sehr wesentlichen Uebersetzungsfehler enthalten habe. Statt "erstreben", wie es in dem Original der Dresdener Resolution hieß, war "annehmen" gesetzt worden.

Genosse V. r. a. d. e. teilt uns nun mit, auf welche Weise infolge einer Reihe von Zufälligkeiten diese falsche Uebersetzung in den Amsterdamer Antrag hineingekommen sei. Man hatte dem internationalen Sekretariat in Brüssel die Dresdener Resolution in der Form mitgeteilt, in der sie in dem Bericht über den Gueddikenkongress in A. e. i. m. s. vom Jahre 1903 enthalten gewesen war. Damals war nun die Dresdener Resolution nach bloßen Zeitungsberichten wiedergegeben und zwar ungenau. Das internationale Sekretariat in Brüssel hat dann diese Formulierung unter Weglassung der nur auf Deutschland bezüglichen Stellen für den Amsterdamer Kongress redigiert, den fehlerhaften Text aber stehen lassen. Die Delegierten der sozialistischen Partei Frankreichs haben erst in Amsterdam den von dem Sekretariat festgestellten Wortlaut ihres Antrages zu Gesicht bekommen und sind erst dort auf den Irrtum aufmerksam geworden. —

Italien.

Der Landarbeitersstreik in Magliana Sabina. Rom, 12. September. (Fig. Ver.) Nach der willkürlichen Auflösung der Gewerkschaft und der Verhaftung des Exekutivkomitees scheinen die Behörden ziemlich schnell zur Besinnung gekommen zu sein. Sie haben nämlich sofort verurteilt, die Sache so darzustellen, als hätten sie die Gewerkschaft gar nicht aufgelöst. Der Marschall der Carabinieri bot daher nach der Hausdurchsuchung ganz liebevollst verschiedene Arbeiter den Schlüssel des Gewerkschaftslokals an, den man erst beschlagnahmt hatte. Er hatte nur ganz unwissende Landarbeiter vor sich, die zum Teil nicht lesen und schreiben können, aber so schlau waren sie doch, daß sie den Schlüssel aus den Händen eines Subalternbeamten einfach ablehnten. Der Schlüssel wurde vergeblich im ganzen Ort ausgeboten; die Gewerkschaftsmitglieder erklärten: wir nehmen den Schlüssel nur aus den Händen des aus Rom hergesandten Ober-Polizeinspektors und auch dann nur, wenn er erklärt, die Rückgabe des Schlüssels bedeute das Recht, die Gewerkschaft sofort wieder in Funktion zu setzen. — Wohl oder übel — galt es doch einen unerbittlichen Uebergriff zu sühnen — mußte den Landarbeitern der Willen gethan werden.

Die Sache mit den Verhafteten war nicht mehr rückgängig zu machen. Die 10 befinden sich bereits in Händen der Justizbehörden und man sucht jetzt die dreiste Gewaltthat durch eine noch größere zu verdecken: man stellt die Verhafteten wegen Bildung einer verbrecherischen Vereinigung unter Anklage. Die Angelegenheit wird ihr Nachspiel im Parlament haben.

Der Streik selbst scheint trotz der Einnennung der Behörden in ein friedliches Fahrwasser zu lenken. Die Grundbesitzer haben neue Verhandlungen mit den Streikenden eröffnet und solange diese dauern wird das Vieh weiter versorgt. Die Besitzer wollen einige Zugeständnisse machen: sie wollen das Saat Korn geben (freilich wollen sie es bei der nächsten Ernte zurückbekommen, aber es ist immerhin ein Vorstoß), sie wollen nicht mehr die Hälfte des Weises von gefallenem Vieh den Kolonnen zur Last legen usw. Nur in der Verteilung der Ernte — die Pächter zahlen ihr Pachtgeld, oder, wenn man will, die Besitzer den Arbeitslohn in Ernteanteilen — will keiner der Teile nachgeben. Die Arbeiter beanspruchen drei Fünftel vom Ertrag der Ebene und fünf Sechstel vom Ertrag des Hügellandes; die heutige Verteilung läßt dem Arbeiter die Hälfte vom Ertrag der Ebene und zwei Drittel vom dem des Hügellandes. —

Ein italienischer Minister gegen das Reichs-Grundgesetz. Rom, 12. September. (Fig. Ver.) Durch die §§ 32 und 57 der italienischen Staatsverfassung wird allen italienischen Bürgern das Vereinigungs- und Petitionsrecht gewährleistet. Das hindert aber die Finanzintendantur von Neapel nicht, ein Rundschreiben an ihre Angestellten zu erlassen, in dem ihnen diese beiden Rechte schlechthin abgesprochen werden. Diese Angestellten haben seit einiger Zeit begonnen, sich zu organisieren, hauptsächlich, um durch ihren Verein dem Parlament eine Petition um Verbesserung ihrer Lage zu gehen zu lassen. In einem auf den Namen des Ministers lautenden Rundschreiben macht nun die Finanzintendantur darauf aufmerksam, daß sie jeden Versuch zur Organisation durch sofortige Entlassung ahnden werde, da die Organisation den Zweck des Streiks verfolge. Das Rundschreiben läßt die Bureauchefs ein, ihre Untergebenen zu beobachten und Verdächtige sofort zu berichten. Eine Agitation, die darauf hinausginge, Petitionen auf das Parlament auszuüben, um gesetzliche Reformen zu erlangen, sei nicht zulässig. —

Rußland.

Die Gerichtsreform.

Das vom Gericht zu Jakuul gegen die angeklagten politischen Verbannenen ausgesprochene Urteil ist, wie es sich herausstellt, noch barbarischer, als aus unsrer Meldung hervorging. Die verhängte Gesamtstrafe beträgt volle 660 Jahre Zwangsarbeit! — ein gerichtliches Hinmorden, das sogar in Rußland nicht so leicht seines gleichen findet. Trotzdem von den 55 Angeklagten, die sich, wie erinnerlich, in einem Hause in Jakuul verbarricadierten, nur zwei von der Waffe Gebrauch machten, als sie von den das Haus belagernden Soldaten arg bedrängt wurden, sind alle 55 in Bausch und Bogen wegen betrafften Widerstandes gegen die Amtsgewalt zu der gleichen Strafe von je 12 Jahren verurteilt worden — zum Höchstmaß, das gegebenenfalls überhaupt in Anwendung gebracht werden konnte. Auf die Motive der That selbst, auf all die Qualen, Entbehrung, Veleidigungen und Willkür, die die Verbannenen durch die zerrissene Beamtenschaft auszuhalten haben, und die naturgemäß ähnelnde Verzweiflungskräfte seitens der Gemarterten hervorzuheben, wollte das Gericht wohlweislich nicht eingehen. Und mit Grund, denn sonst wären die "Verbrecher" zu Anklägern geworden, und der russische Absolutismus hätte als der wahre und eigentliche Verbrecher auf der Anklagebank Platz nehmen müssen. Durch diese neue Delatomben junger, im Dienste eines korrupten Regime geopferten Menschenleben hat das Jakulsker Bezirksgericht allerdings den Beweis erbracht, daß die ordentlichen Gerichte in Rußland in den Händen des Jorismus zu ebenso brauchbaren und prächtigen arbeitenden Werkzeugen den sozialistischen Kämpfern gegenüber werden können, wie es die russischen Kriegs- und Kriegsgerichte seit jeher sind. Und das verdient ganz besonders festgestellt zu werden angesichts der neuesten russischen "Justizreform", wonach bei politischen Vergehen an Stelle der Verstrafung auf administrativem Wege, wie bis jetzt üblich war, künftig in vielen Fällen die Verstrafung durch ordentliche Gerichte und zwar durch die "Gerichtslammern" treten soll. Nach dem Jakulsker Urteil kann man einsehen, was die "Reform" zu bedeuten hat: nichts anderes, als die Erlegung der administrativen Geißel durch gerichtliche Elorpione. —

Amerika.

Das Annahmeschreiben Roosevelts, in welchem er sein Wahlprogramm entwickelt, wird von der Presse lebhaft besprochen. Die republikanischen Blätter sind voll des Lobes über den starken, festen Charakter Roosevelts, der aus dem Schreiben zu erkennen sei. Die demokratischen Zeitungen sehen darin ein deutliches Warnungsschreiben großer Gefahr; Roosevelt dränge seine Person zu sehr in den Vordergrund, der Brief sei allerdings geeignet, eine Wirkung auf die Massen auszuüben, aber dem denkenden intelligenten Wähler müßten schwere Bedenken kommen, daß die Verfassung nicht genügend respektiert werde. — Interessant ist dazu eine Erklärung aus einer Konferenz amerikanischer Bankiers, die in diesen Tagen in New York abgehalten wurde. Die Geldleute sind der Ansicht, daß Sicherheit und Wohlstand des Landes nicht erschüttert werden könnten, wie auch die Wahl anfallen möge. Die Geschäfte gingen gut, die Ernte sei reich ausgefallen und die Aussichten wären glänzend. Die Bankiers wissen ihre Interessen wohl geborgen unter Roosevelt wie unter Parker.

In Colorado versuchen die Demokraten die Situation politisch auszunutzen. Die Colorado State Federation of Labor (Vereinigung der Gewerkschaften des Staates Colorado) hat zu Gunsten des demokratischen Gouverneurs-Kandidaten Stellung genommen, soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen, die zur American Federation of Labor gehören. Die andre Seite, die zur American Labor Union gehört, tritt für Debs und die übrigen sozialistischen Kandidaten ein. Es wurde unter den Arbeitern die Meinung verbreitet, daß nur die sozialistischen Tendenzen der Gewerkschaft der Verleugung der Herstellung des Friedens in Colorado hinderten und daß es klüger sei, die Demokraten zu unterstützen.

Die Cigarrenmacher-Union der Vereinigten Staaten und Kanadas, ca. 40 000 Mann stark, beschloß kürzlich, den Streikern in Colorado durch eine Besetzung von 2 Cent pro Mitglied zu helfen, das bedeutet 10 000 Dollar Unterstützung. —

Vom Kriegsschauplatz

liegen heute zwei lange Verichte der Generale Kuropatkin und Rodz u über die Kämpfe bei Liaojang vor. So lang diese Verichte sind, so wenig Neues enthalten sie.

Interessanter ist folgende Meldung:

Petersburg, 15. September. Der Zar hat einen genauen Bericht Kuropatkins über seinen Abzug aus Liaojang und über die dortigen Kämpfe erhalten. Hervorzuheben aus demselben ist noch folgendes: Der General erklärt, die genannten Verluste an Toten und Verwundeten seien noch nicht festgestellt. Bis jetzt seien aber 100 Offiziere und 3500 Mann als getötet und 442 Offiziere und über 12 000 Mann als verwundet konstatiert. Unter den Toten befinden sich drei Generale und ein Oberst, unter den Verwundeten zwei Generale und fünf Obersten.

Diese Verluste werden aber wohl mit zwei multipliziert werden müssen!

Weiter wird berichtet, daß die Japaner den Vormarsch eingestellt hätten und bei Liaojang und Jantai starke Verschanzungen aufwärfen. Andererseits sei der russische Plan, Ru l d e n zu räumen, inzwischen ausgegeben worden.

Einem erneuten japanischen Vorstoß gingen bis jetzt noch immer solche Nachrichten voraus. Angesichts der ganzen Situation erscheint es sehr unwahrscheinlich, daß die Japaner den Russen gestatten sollten, in Mandschurien ihre Winterquartiere zu beziehen. Wenn auch der Feldzug dieses Jahres im großen und ganzen sein Ende erreicht haben dürfte und eine große Schlacht in diesem Jahre schwerlich noch zu erwarten ist, so werden die Japaner doch höchstwahrscheinlich die Russen mindestens noch aus Mandschurien herausmanövrieren.

Die baltische Flotte

hat ihre Fahrt nach Ostasien bereits in Lissau unterbrochen. Dort soll sie sich "einige Zeit" aufhalten, um erst die weiteren Ereignisse in Ostasien abzuwarten. Wenn ihr Reisetempo in dieser Weise weitergeht, kann sie bis zum November bereits die Ostsee erreicht haben!

Wie es im russischen Heere aussieht.

Die "Jeska" bringt einen Brief über die Schlacht am Jalu, der, wenn er auch etwas verspätet eintrifft, dafür den Vorzug hat, von einem Augenzeugen der Schlacht geschrieben worden zu sein. Der Brief zeigt, wie sehr sogar die Berichte der englischen, russland feindlich gesinnten Presse über den traurigen Zustand des russischen Heeres und der Heeresleitung noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Wir lesen hier:

„Die Desorganisation in der Armee spottet jeder Beschreibung. Die einzelnen Heeresführer suchen einander den Rang abzulaufen, warten deswogen Mannschaften und Pferde bis zur völligen Erschöpfung ab und setzen sie ohne Not den feindlichen Kugeln aus. Einzelne Abteilungen belamen einige Tage lang nichts zum Essen als Maisplättchen, den Pferden gab man verfaultes Gras. Das Schuhwerk ist zerfallen, die Offiziere demoralisiert, die unglücklichen Soldaten verstehen gar nicht, wohin und wozu man sie eigentlich treibt. Der Kampf bei Zurenschen endete mit einer panischen Flucht, wobei man den Train wie auch den Troß des roten Kreuzes zurückließ. Der Held des Tages, der General Saffulitsch, schloßte zusammen mit einem Obersten vom Generalstab voraus.“

In der vorderen Division des berühmten Generals Wischtschenko herrscht eine derartige Desorganisation, daß, als diese Abteilung zusammen mit der des Generals Grelow in Saimabai anlang, sie nichts als einen Haufen von zerlumpten Menschen auf von Hunger wadelnden Pferden darstellte. Die Mannschaften wie auch die Pferde sind durch gewaltige Tagedritte im Aufklärungsdiens während eines ganzen Monats abgerackert worden und im Resultat dieses andauernden „Aufklärungsdiens“ stieß die Abteilung Grelows auf Grund der vom General Wischtschenko überbrachten leichtsinnigen Angaben auf eine äußerst starke japanische Streitmacht, so daß die Schlacht sich in eine Abschlachtung russischer Soldaten verwandelte.

Wischtschenko ist der in den russischen Zeitungen wegen seiner Verabout und Energie vielgerühmte Kosaken-General, dem für seine „herausragenden Leistungen“ vom Zaren bereits eine Ordensdekoration zu teil wurde. Der Brief bestätigt die von der Presse mitgeteilten Ansichten eines englischen Kriegs-korrespondenten, daß das Kosakenheer, auf das so viele Hoffnungen gesetzt wurden, eine gänzlich veraltete Institution sei, die sich auch zum irregulären Aufklärungsdienst als nicht tauglich erweise. Was aber keinen Zweifel nach derartigen Meldungen von Augenzeugen unterliegt, ist, daß die verderbliche Kopflösigkeit und Unfähigkeit der russischen Heeresleitung viel mehr Menschenleben auf Seiten der Russen vernichtet, als die japanischen Kanonen und Gewehre es jemals zu thun vermöchten.

Partei-Nachrichten.

In einer Generalversammlung des Wahlvereins für den 20. sächsischen Kreis (Zschopau-Marienthal) referierte G. d. r. e über den Bremer Parteitag. Dabei sagte er nach dem Bericht der „Chemnitzer Volksstimme“ unter anderem:

„Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag ist ein vorzügliches zu nennen mit Ausnahme des Teiles über die Nachwahl im 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreise. Ich will nicht noch einmal den Kampf, der sich damals abspielte, vor Ihren Augen aufrollen, sondern nur das eine will ich Ihnen entgegenrufen: Lassen Sie das, was hinter uns liegt, für immer begraben sein, schließen Sie sich fest in Reich und Glied zu neuen Kämpfen, zu neuer Arbeit zusammen, denn ohne Kampf kein Sieg! (Lebhaftes Bravo!) Ich fühle mich dazu doppelt verpflichtet, hier von dieser Stelle aus für das mir entgegengebrachte

Vertrauen nochmals meinen herzlichsten, innigsten Dank auszusprechen. Ich gebe die Versicherung ab, daß der 20. Kreis in jeder Situation auf mich rechnen kann, und ich werde zu jeder Zeit und zu jeder Stunde, wenn Sie mich rufen, gern und willig diesem Rufe folgen. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo.)“

Als Delegierter des Kreises für Bremen wurde von mehreren Anwesenden G. d. r. e vorgeschlagen, auf dessen eignen Wunsch wurde dann jedoch von seiner Wahl abgesehen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das bayerische Vereinsgesetz ist in hiesig zu den schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes nicht so rigoros gehandhabt worden als neuerdings, seitdem ein neuer Bezirksamtmann, ein Herr Baron v. E. h. b., an die Spitze der politischen Polizei gestellt wurde. Der Herr geht gegen die Partei und die Gewerkschaften mit echt feindlicher Schneidigkeit vor. An die Gewerkschaften stellt er Anforderungen, zu denen ihm das Vereins- und Versammlungsrecht nicht die geringsten Unterlagen bietet. Auf seine Veranlassung hin erhielten Gewerkschaftsführer Strafmandate, weil sie Gewerkschaftsversammlungen nicht angemeldet hatten, wozu nach dem Vereinsgesetz keine Verpflichtung vorliegt. Er verlangte sogar die Anmeldung von Versammlungsversammlungen. Fast jeder Versammlung folgte eine Anzahl Strafmandate, die sich insgesamt auf ein paar Dutzend belaufen, und seit einiger Zeit haben sich die Gerichte beinahe jede Woche einmal mit Einsprüchen gegen solche unbedeutende Strafverfügungen zu befassen, wobei die bezirksamtliche Weisheit schon wiederholt ad absurdum geführt wurde, indem die Strafen vom Gericht aufgehoben wurden. Am Dienstag wieder lagen dem Schöffengericht hiesig gleich sechs solche Einsprüche vor. Es handelte sich um die gesamte Verwaltung des Gewerkschaftsartells, zu der Herr v. E. h. b. auch die Revisionen rechnet. Diese wurden sofort freigesprochen, da sie nicht als zur Verwaltung gehörig betrachtet werden. In der Richtung gegen die Vorstände des Artells wurde die Verhandlung ausgelegt, da ein Zeuge kommissarisch vernommen werden soll, der die Anmeldung zu besorgen hatte und jedenfalls auch besorgt hat.

— Die Sitzung der Preßkommission in Magdeburg ist dieser Tage polizeilich aufgelöst worden. Man erklärte sie für eine öffentliche Versammlung, die polizeilich angemeldet sein müsse. In der Sitzung waren nur die Mitglieder der Preßkommission, Redaktoren, Expeditionsvertreter und einige Wahlkreisvertreter aus dem Verbreitungsgebiete des Blattes anwesend, um über den Geschäftsbericht des Blattes zu beraten.

Die Sitzung wurde nach allen Regeln polizeilicher Kriegskunst zur Strecke gebracht. Zwölf Polizisten hatten alle Ausgänge besetzt. Die Namen aller Anwesenden wurden festgesetzt und 10 Druckexemplare des zur Beratung stehenden Geschäftsberichts beschlagnahmt. Verhaftet wurden die Teilnehmer in einer unbegreiflichen Anmaßung von Gefesslichkeit und Achtung vor der persönlichen Freiheit nicht.

Was die Polizei mit diesem Geniestreich will, ist noch unerforschlich.

Gewerkschaftliches.

Auf den Spuren der Rührmänner.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, dessen Vorsitzender Kommerzienrat Dr. J. F. Holz aus Berlin ist, hat zum 23. September d. J. nach Stettin seine ordentliche Generalversammlung einberufen. Neben einer Anzahl technischer, die chemische Industrie berührender Fragen, wird sich die Generalversammlung nach berühmten Mustern in der Hauptsache mit der Schaffung einer Organisation der Arbeitgeber der chemischen Industrie „zum Schutze gegen unbedingte Anforderungen der Arbeitnehmer“ beschäftigen. In das gewöhnliche Deutsch überseht, handelt es sich also darum, zu beraten, wie man die Arbeiter in ihrer Freiheit am besten knebelt, wie man die „verfluchte Begehrlichkeit“ der Arbeiter, falls sie wagen, die Schönheiten und Freuden der Erde in etwas mitzugenießen zu wollen, am ehesten niederbrückt. Der Gelegenheit gehabt hat, in den Centren der chemischen Industrie, in Höchst am Main usw., die durch die giftigen Dämpfe und Chemikalien verfürten und aufgeriebenen Arbeiter nach Feierabend ihre Fabriken verlassen zu sehen, dem erscheint es als ein Hohn, wenn die Herren Kommerzienräte und Aktionäre dieser Industrie über die Begehrlichkeit ihrer Arbeiter zeteren. Auf der einen Seite müßelose Unternehmerrgewinne — gerade die Aktiengesellschaften dieser Industrie zahlen die höchsten Dividenden — auf der andern Seite Auspönerung der Arbeiter, das nennt man göttliche Weltordnung. — Notwendig ist es aber immer wieder, unausgesetzt darauf hinzuweisen, daß derartigen Praktiken der Unternehmer nur starke, klassenbewußte Organisationen einen Damm entgegensetzen können, zum Wohle der Arbeit, für eine bessere Zukunft!

Berlin und Umgegend.

Die Forderungen der Schlächtergesellen sollen nun, da sie von den Innungen abgelehnt worden sind, allen Schlächtermessern Berlins und Umgegend persönlich zugestanden werden und es soll dann mit allen Nachmitteln der Arbeiterorganisation dafür gewirkt werden, daß sie die nötige Beachtung finden. Am Dienstag fand im Gewerkschaftshaus die erste der drei Protestversammlungen statt, die sich mit der Frage: „Welche Schritte unternehmen wir jetzt, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Beruf zu schaffen?“ beschäftigen. Der Referent M. e. r. e. i. e. r gab eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung und sprach die Ueberszeugung aus, daß die ganze Arbeiterklasse Berlins die Schlächtergesellen in ihrem Kampf gegen die krassen Mißstände und erbärmlichen Arbeitsverhältnisse in ihrem Beruf unterstützen werde; er wies ferner darauf hin, daß in fast allen andern Berufen die Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen schon erkämpft haben und daß doch die Schlächtermeister in Hamburg den Gesellen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt und einen Teil ihrer Forderungen bewilligt haben. Der Redner empfahl dann die oben mitgeteilte Maßnahme und forderte die Anwesenden auf, mit aller Kraft für die Bewegung thätig zu sein und sich, soweit das noch nicht geschehen, dem Centralverband der Fleischer anzuschließen. — Dann richtete der Vorstehende K. e. s. l. i. n. e an die anwesenden Meister die Aufforderung, sich nun ebenfalls zu der Sache zu äußern; aber kein Meister meldete sich. In der Diskussion sprach auch der Verbandsvorsitzende G. e. n. s. e. l über verschiedene Mißstände und erwähnte unter anderem: in einem Schlächtergeschäft in der Köpenickerstraße wären unter dem früheren Inhaber ziemlich gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden gewesen und auch die Gesellenfrage sei reinlich und annehmbar gewesen, wengleich dort sechs Betten und je zwei übereinander standen; nun aber, nachdem ein anderer Meister das Geschäft übernommen habe, herrschten in dieser Hinsicht traurige Zustände und der Mißhändler, der im Hause seinen Kuchstuhl hat, habe mit einer christlichen Bemerkung einen zuziehenden Schlächtergesellen auf dessen Frage nach der Gesellenfrage geantwortet, daß die Gesellen des Schlächtermeisters in der Kochbarstraße seiner Küche wie ein andres Stück Vieh lampierten. — Er sprach sich ferner mehrere Redner sympathisch über die Bewegung der Engros-Schlächtergesellen aus, die, obgleich jene Kollegen einer andern Organisation angehörten, sie zu fördern sich bereit erklärten. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der Notwendigkeit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schlächtergewerbe protestiert die heute im Berliner Gewerkschaftshaus von 300 Schlächtergesellen besuchte Versammlung ganz energisch gegen das Verhalten der Berliner Fleischermeister sowie der freien Vereinigung Berliner Fleischermeister der Gesellenfrage gegenüber. Die Versammlung verurteilt wiederholt das Gebahren solcher Innungen in Bezug auf Gesellenfürsorge und erwartet, nachdem auch der Gesellenauschuß die Interessen der Schlächtergesellen Berlins nicht zur Genüge vor der Innung vertreten hat, daß nunmehr der Vorstand des

Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands die Forderungen der Gesellen in vollstem Ernste zur Durchführung bringt. Der Vorstand wird beauftragt, nunmehr allen Schlichtermeistern, Verlin und Umgegend die Forderungen durch Reverse zu unterbreiten. Diejenigen Meister, welche die Forderungen nicht bewilligen, sollen seitens der Konjunkturkommissionen bestraft werden. Zu diesem Zweck hat der Vorstand die nötigen Schritte einzuleiten."

Der Streik der Glasbleiber hat sich nun insofern noch weiter entwickelt, als die Zahl der Streikenden um 20 zugenommen hat und damit auf über 200 gestiegen ist. Gestern haben auch die Arbeiter der Firma Heber u. Meyer einmütig die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich hier um eine Firma, deren Arbeiter bis dahin der Bewegung noch fern geblieben hatten. Die Einigung mit dem Arbeitgeber scheiterte dort, wie bei vielen anderen Firmen, an der Forderung der Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gesellen. Zu den Firmen, die bewilligt haben, ist Kessel, Zimmerstraße 64, hinzugekommen, was ein gewisses Aufsehen erregt hat, weil Herr Kessel Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes im Glasergewerbe Deutschlands ist. Ferner wurde in der gestrigen Streikversammlung erwähnt, daß bei verschiedenen Firmen versucht wird, Streikarbeit einzuschmuggeln, was natürlich im Interesse der Streikenden verwerflich ist. Eine demnächst stattfindende Mitgliederversammlung der Glasbleiber soll über die hiergegen notwendigen Maßnahmen beschließen. Das Verbot des geschäftlichen Streikpostens und das Suspendieren der Streikposten durch die Polizeibeamten geschieht auch bei diesem Streik in derselben Weise wie bei Siemens u. Halske, und einzelne Beamte sprechen es auch hier unterhalten aus, daß lediglich deswegen, weil in einem Hause gestreikt wird und der betreffende Spaziergänger ein Streikender ist, die Wegweisung und eventuell die Sicherung erfolgt. Selbstverständlich lassen sich die streikenden Glasbleiber dadurch nicht abschrecken, ihre Pflicht zu erfüllen und ihr Recht auszuüben. Die Stimmung unter den Streikenden ist, wie auch wieder die gestrige Versammlung beweist, eine durchaus zuverlässige und kampfbereite. Erwähnt wurde noch, wie die Firma Jandorf, die dieser Tage erst in Berlin und den Vororten Kellametrofwerken mit eingelebten Rabaitmarken verhandelt hat, die Streikenden schädigt, indem sie in ihrem Neubau provisorisch umgeschlossene Glasbleiben einsetzen läßt. Ferner wurde darauf hingewiesen, wie thöricht es ist, wenn Arbeiter die „Morgenpost“ unterschreiben, die bis jetzt noch keine Zeile über den Glasbleiber-Streik brachte, wohl aber Streikbrecher-Annoncen aufnimmt.

Die Lohnbewegung der Bildhauer der Stadt- und Modellbranche. Wie alle r am Mittwoch in einer zahlreich besuchten Versammlung der Modellbranche und Antrager berichtete, ist es am Dienstag bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Prinzipale in den Hauptpunkten zu gewissen, allerdings unverbindlichen Verständnissen gekommen. Die Vertreter der Prinzipale erklärten sich bereit, vorbehaltlich der Entscheidung ihrer Mandatgeber folgende Bestimmungen anzuerkennen: Die Arbeitszeit wird auf 8 Stunden festgesetzt, der Feierabend auf 4 1/2 Uhr. (Ueber die Feierabendstunden an den Sonnabenden und den Tagen vor den Festen ist Verständliches noch nicht vereinbart worden.) Der Minimallohn soll für Gipsbildhauer 33 M. betragen, für Modellleur 36 M. und für Antrager 42 M. Bei Accordarbeit sollen diese Lohnsätze garantiert werden. Die Stellenvermittlung des Centralvereins der Bildhauer wollen die Prinzipale nach Maßgabe der Verhältnisse benützen, das heißt, sie haben nichts dagegen, sobald sich die Gehilfen streng an ihre Stellenvermittlung halten. Im übrigen waren die Prinzipale auch mit der Bestimmung einverstanden, daß in Werkstätten, wo bessere Arbeitsbedingungen als die im Tarif festgesetzten bestehen, keine Verschlechterung eintreten darf. Sämtliche übrigen Punkte des Tarifs sollen in einer letzten Kommissionsitzung erledigt werden, vorausgesetzt, daß die Gesamtheit der Prinzipale wie der Gehilfen sich für Fortsetzung der Verhandlungen erklärt. Die Versammlung der Prinzipale soll innerhalb 8 Tagen stattfinden und 2 oder 3 Tage darauf die Sitzung. Der Referent Heller erklärte am Schluß seines Berichts, daß die Vertreter der Gehilfen bei den Beratungen danach gestrebt hätten, den Streik zu vermeiden, und empfahl im Namen der Lohnkommission, die Versammlung möge sich für Fortsetzung der Verhandlung erklären. An den Bericht, der von andern Kommissionsmitgliedern in einigen Punkten ergänzt wurde, schloß sich eine recht lange Debatte, die bis nachts 1 Uhr dauerte. Sie endete damit, daß sich die Versammlung wohl für Fortsetzung und Beendigung der Kommissionsverhandlungen innerhalb der oben erwähnten Frist ausdrückte, jedoch den Vorschlägen der Prinzipale in den Hauptpunkten weitergehende Vor schläge gegenüberstellte. Mit Zweidrittel-Majorität beschloß die Versammlung, daß an der 7 1/2 stündigen Arbeitszeit festgehalten werden soll, beschloß ferner, daß der Feierabend für gewöhnlich auf 4 1/2 Uhr, an den Sonnabenden auf 3 1/2 Uhr und an den Tagen vor den Festen auf 2 Uhr festgesetzt werden soll, und daß die Minimallohne der Gipsbildhauer und der Modellleur 36 M., der Minimallohn der Antrager 48 M. betragen soll. Bei Accordarbeit sollen den Antragern 60 M. garantiert werden. Auf Festsetzung von Minimallohnen wurde verzichtet. Mit Rücksicht auf das teilweise Entgegenkommen der Prinzipale wurde der in der vorigen Versammlung gefaßte bedingte Streikbeschluß vorläufig aufgehoben.

Achtung, Metallarbeiter! Die gesamten Kollegen der Metallwarenfabrik Haller u. Cie sind wegen der Verweigerung der Ueberstunden entlassen. Zugug ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich. Der Centralverband der Zimmerer, welcher zur Zeit in 506 Zahlstellen zusammen 41 818 Mitglieder zählt, hat auch in diesem Jahre wieder umfangreiche Lohnbewegungen zu bestehen gehabt. Aus 228 Zahlstellen mit zusammen 15 408 Mitgliedern sind dem Centralverband Lohnbewegungen gemeldet. In 81 Zahlstellen mit 9311 Mitgliedern kam es zum Kampf (keinerer Platzstreiks sind dabei nicht mitgerechnet). 72 Kämpfe sind bereits entschieden; 26 davon waren Abwehrstreiks (wobei die Aussperrung im Maingebiet nur als ein Abwehrstreik gezählt worden ist), 46 Streiks waren Angriffstreiks. Von diesen 72 Kämpfen endeten 64 mit vollem Erfolg, 5 mit teilweiseem Erfolg, 11 erfolglos und von 4 ist der Ausgang noch nicht bekannt. 6 Zahlstellen mit 1355 Mitgliedern stehen noch im Kampfe. Die Erfolge des Verbandes sind:

a) Lohnerhöhung in 148 Zahlstellen und zwar wurde der Lohn erhöht in 6 Zahlstellen um 1 Pfennig pro Stunde

41	2
7	2 1/2
32	3
15	4
30	5
5	6
8	7
1	7 1/2
3	8
1	10

b) Die Arbeitszeit wurde verkürzt in 27 Zahlstellen um 1/2 Stunde

10	1
----	---

In 107 Zahlstellen wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge festgelegt. Einschließlich der aus früheren Jahren noch geltenden betragen zur Zeit 162 Lohnsätze im Zimmerergewerbe. Von den Unkosten der diesjährigen Lohnbewegung, die in ihrer Totalität noch nicht zusammengestellt worden sind, trug die Centralkasse des Verbandes 240 750 M. Gewiß eine anerkenntniserweise Leistung!

Die Steinseker in Guben sind wegen Nichtbewilligung der von ihnen bereits im Frühjahr aufgestellten beschiedenen Lohnforderungen in den Streik getreten. Zugug ist fernzuhalten.

Berantw. Redakteur: Franz Heßlein, Berlin, Inseratenteil vergantw. Th. Mose, Berlin, Druck u. Verlag: Vornwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft

Achtung, Metallarbeiter! Auf dem Eisenhütten- und Emaillewerk Zangerhütte, Franz Wagenführ, will man den Deutschen Metallarbeiterverband mit Wahrgelungen vernichten. Die Arbeiter sind bereit, alle Angriffe auf ihre Organisation mit allen Mitteln abzuwehren. Sie bereiten sich vor, in den Streik einzutreten. In Frage kommen 1200 bis 1300 Arbeiter, deren Lage eine sehr schlechte ist. Monatsverdienste von 23 Mark im Record sind zu verzeichnen. Streikbrecher werden dadurch wohl ferngehalten.

Die Verwaltung der Zeche „Hercules“ demontiert in der „Frankf. Zig.“ die Nachricht des „Vornwärts“, wonach Arbeiter anlässlich ihrer Wahl zu Knappschaftskassen entlassen worden sein sollten. Die betreffenden Arbeiter sollten wegen Differenzen mit Betriebsbeamten entlassen werden. Die Differenzen wurden jedoch beigelegt, weshalb die Arbeiter auf eignen Wunsch in der Arbeit verblieben.

Das Dementi klingt so „offiziös“, als hätte die Zeche „Hercules“ nach herkömmlichem Muster Ministerialbeamte als Betriebsleiter angestellt. Selbstverständlich sind der Entlassung „Differenzen mit Betriebsbeamten“ vorangegangen. Die finden sich immer, wenn ein Arbeiter im Interesse seiner Kameraden irgendwie öffentlich tätig ist. Wenn der Hund Gieße bekommen soll, findet sich auch ein Krügel. Die Arbeiter lassen sich jedoch dadurch nicht täuschen und haben den Wunsch, daß ihre Vertrauensleute an der Arbeit verbleiben mögen, so energisch zum Ausdruck gebracht, daß die Verleumdung hoffentlich weitere Differenzen nicht sucht.

Die Metallarbeiter Leipzigs sind gestern in einen Streik eingetreten. Es wird deshalb vor Zugug noch dort gewarnt.

Die katholischen Arbeitervereine hielten am letzten Sonntag in Düsseldorf ihren ersten Delegiertentag ab. Centralisation aller Organisationen ist jetzt die Lösung im Centrum und deshalb der erste Versuch, auch die katholischen Arbeitervereine in engerem Zusammenhang zu bringen. Mitgeteilt wurde, daß die Mitgliederzahl sich auf 300 000 belaufe, die in circa 300 Vereinen organisiert sind; diese Zahl sei aber zu gering und müsse eine ganz energische Agitation einfallen werden. Allgemein war man der Meinung, daß die Bezeichnung der Vorstandspositionen mit Personen aus andren Ständen ein Fehler sei, die Ämter müßten mit Ausnahme des Vorsitzendenposten, den stets ein Geistlicher bekleiden müsse, mit Arbeitern besetzt werden. Die Angehörigen der andren Stände, die sich zu den Ämtern herdrängten, hätten kein Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter und werde dadurch die Agitation gehemmt. Auch müsse man darauf sehen, daß sich mehr junge Arbeiter anschließen; die Arbeitervereine geraten ins Hintertreffen, wenn kein junger Nachwuchs eintrete. In diesem Zweck sei es gut, wenn sich die Leitungen der Arbeitervereine mit denjenigen der Jugendvereine in Verbindung setzten, um so ein Hand-in-Handarbeiten zu ermöglichen. Bedauerlich sei, daß die vom Lande in die Stadt ziehenden Arbeiter so häufig der Socialdemokratie in die Arme fielen; auch hier müsse die Agitation einsehen.

Ein großer Uebelstand sei es zu nennen, daß die Arbeiter in zu geringer Zahl in den politischen Vertretungen des Centrum zu finden sind; hier müsse eingegriffen werden. Als bestes Kampfmittel gegen die Socialdemokratie wird den katholischen Arbeitern die angebliche Religionsfeindschaft derselben in allen Tonarten vorgeworfen, denn dadurch soll die Aufmerksamkeit des Arbeiters von den Ständen, die das Centrum auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet verliert, abgelenkt werden. Das Mittel wird natürlich auf die Dauer auch unbrauchbar, oder hat sich eigentlich schon als unbrauchbar erwiesen. Das Wortteil, das die Angehörigen der andren Stände noch gegen die Arbeiter hegten, müsse verschwinden. Als ein Hauptagitationsmittel wurde die Errichtung von Arbeitersekretariaten und die obligatorische Einführung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ als Verhandlungsorgan bezeichnet; doch wurde dabei bemerkt, daß die Auslandsvertretung auf dem Sekretariate nur im Nebenamt ausgeführt werden dürfe, die Hauptarbeit sei die Propaganda für die katholische Sache.

Weiter wurde betont, daß eine energische Agitation für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften entfaltet werden müsse. Mit diesem Beschlusse wird die Konferenz in ein Wespennest stößen, denn eine Anzahl Arbeitervereine, besonders diejenigen von Berlin und Trier, protestieren die Hochabteilungen in den Arbeitervereinen und wollen von den christlichen Gewerkschaften nichts wissen.

Ausland. Die Gärberei-Arbeiter in Kopenhagen sind, wie uns ein Privat-Telegramm von dort meldet, in einen Abwehrstreik getreten. Es handelt sich um eine Verteidigung des Koalitionsrechtes. — Zugug von Gärbern und Druckern ist fernzuhalten.

Haus der Frauenbewegung.

Ober-Schönweide. Der Bildungsberein für Frauen und Mädchen zu Ober-Schönweide hält Montag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Schulte, Wilhelmshofstr. 43, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Maurenbrecher wird einen Vortrag über: „Glück“ halten. Wir bitten, sich recht rege an dieser Versammlung zu beteiligen. Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

Abwehrhof. Montag, den 12. September, hielt der Verein für Frauen und Mädchen im Lokale des Heren Wöllstein, Biomarktstraße, seine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Dr. L. Ratnowsky-Berlin einen Vortrag über „Nahrungsmittel und Ernährung“ hielt. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden den sehr lehrreichen Vortrag. Nach verschiedenen Erörterungen war um 10 1/2 Uhr Schluß.

Gerichts-Zeitung.

Mit einem netten Lebhaber hatte sich gestern die vierte Berlin-Strakammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Wegen Diebstahls im Maßfalle bezw. Verführung haben der Hausdiener Wilhelm Jaed und der Arbeiter Karl Neumann auf der Anklagebank. Jaed hatte im Juni mit dem bei dem Juwelier Finn in der Auguststraße dienenden Mädchen Kartha Zimmermann Bekanntschaft gemacht und heuchelte ihr eine tiefe Herzensneigung zu ihr vor. In Wahrheit bemogte er die Liebelei nur als Mittel zum Zweck der leichteren Ausführung eines Diebstahls. Er war bereits zwei Sonntage mit dem Mädchen ausgegangen. Gleich am ersten Sonntage erkundigte er sich eingehend nach den Verhältnissen der Herrschaft, insbesondere aus wieviel Personen die Familie besteht, ob diese Sonntags Ausflüge macht, wie die Wohnung beschaffen ist etc. Bei diesen Gesprächen erfuhr er, daß Herr Finn mit seiner Familie am 17. Juli nach Kolberg abreisen würde. Jaed, der daraufhin in seinem Kopfe ganz schnell einen Diebstahlsplan entworfen hatte, verabredete mit dem Mädchen für den 17. Juli einen gemeinschaftlichen Ausflug. Als sie sich an jenem Tage trafen, verlangte er von ihr alsbald ihre sämtlichen Schlüssel zur Aufbewahrung. Das Mädchen, nichts Böses ahnend, gab sie ihm auch, da ihre Tasche voll und sie selbst froh war, auf diese Weise der Gefahr, die Schlüssel zu verlieren, entrückt wurde. Abdam gingen beide zunächst nach der in der Kleinen Auguststraße belegenen Wohnung des Jaed. Angeblich wollte dieser dort seinen Freund Namens Anderson abholen, tatsächlich wollte er aber die Schlüssel des Mädchens dem gleichfalls in dem Hause wohnenden Angeklagten Neumann zusteden. Letzterer war schon genau informiert, um was es sich handelte. Jaed hatte ihn schon etwa 14 Tage vorher mitgeteilt, daß er demnächst „ein Ding machen“ wolle und dazu seiner

Mißgüte bedürfe, und als Neumann bei seiner Braut in Serringsdorf weilte, schrieb ihm Jaed dorthin, er solle am 17. Juli nach Berlin kommen, „da die Leute ins Bad reifen“. Nunmehr übergab ihm Jaed die Schlüssel und überredete ihn, den Diebstahl allein auszuführen, dann nach Nieder-Schönhausen in das Donathische Lokal zu kommen und ihm dort die Schlüssel zurückzugeben. Nachdem dies festgesetzt worden war, holte Jaed seinen Freund Anderson wirklich ab und fuhr mit diesem und dem Mädchen nach Nieder-Schönhausen. Während sie sich dort vergnügten, begab sich Neumann zu der Finnschen Wohnung und schloß sie mit den mitgebrachten Schlüsseln auf. Die in der Wohnung befindliche Fallkappe, welche von den hinten liegenden Wohnräumen zur Werkstätte und von da zum Laden führt, öffnete er gewaltsam, indem er die zum Befestigen der Scharniere dienenden Schrauben herauszog. Von den im Schaufenster und auf dem Ladentisch liegenden Verisachen entwendete er eine Anzahl goldener Uhren, Ringe und andre Schmucksachen mit Edelsteinen im Gesamtwerte von über 5000 Mark, außerdem auch noch 120 Mark bares Geld. Die Diebsbeute will er in Pantolo am Bahngelände in einem Gefäß versteckt haben, weigert sich aber beharrlich, eine nähere Ortsbeschreibung zu geben. Nach Vergang der Verisachen begab sich Neumann in das Donathische Restaurant, traf dort auch den Jaed noch an und steckte ihm unauffällig die Schlüssel wieder zu. Das ahnungslose Mädchen, welches von seinem Liebhaber galant nach Hause geleitet wurde, sah in der Wohnung zu ihrem Schrecken, daß dort inzwischen ungebundene Gäste gehaunt hatten, sie konnte sich aber in ihrer Eufant einen Zusammenhang der Dinge noch immer nicht herstellen. Während Jaed als harmloser Beobachter in Berlin zurückblieb, machte Neumann wohlgenut eine kleine Tour durch die Ostseebäder und hatte die Dreifügigkeit von Pafewall aus an den Gestohlenen eine höhnische Postkarte zu senden. Als er wieder nach Berlin zurückgekehrt war, begab er sich mit Jaed nach dem Werk und holte von dort einen Teil der Sachen ab, um sie bei einem Uhrmacher zu verkaufen. Dabei wurden sie von der Kriminalpolizei abgefaßt und festgenommen. Beide waren geständig, verweigerten aber auch im Termin die Angabe des Ortes, wo der Rest der gestohlenen Sachen verborgen liegt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Jaed zwei Jahre, gegen Neumann vier Jahre Zuchthaus, während Rechtsanwält C. Hadziesner darauf hinwies, daß der größere Teil der Schuld doch bei Jaed liege, der den ganzen Plan ausgedacht und den Neumann zur Beilegung erst überredet habe und daß die unglückliche Eufant des Dienstmädchens den Angeklagten das Gelingen des Comps sehr erleichtert habe. Der Gerichtshof verurteilte beide Angeklagte zu je drei Jahren Gefängnis. Die von ihnen nachgesuchte Rückfrage mit ihren Angehörigen wurde nicht genehmigt, um ihnen nicht Gelegenheit zu geben, die letzteren über die Lage des Verisachs zu informieren.

Verfammlungen.

Der Centralverband der Glaser hatte am 12. September im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Jaed gab die Abrechnung von der Lohnbewegung. Die Einnahmen von 7285,50 M. setzen sich zusammen aus 6000 M. aus der Hauptkasse, 681,50 M. an Prozenten derjenigen, die in Arbeit standen, und 604 M. Extrastuern. Ausgegeben wurden als Streikunterstützung 6017,60 M., als Darlehn 42 M., für Drucksachen und Annoncen 894,85 M., für Streikkontrolle, Fernhalten des Zugugs usw. 903,24 M., an in Mitleidenschaft gezogene andre Gewerkschaften 42,10 M. Insgesamt wurden also 7899,29 M. ausgegeben. Die Differenz werde sich noch so decken lassen, daß der Fonds nicht angegriffen werden brauche, so daß man nach der Bewegung wieder so gerüstet dastehet, wie vorher. — Eine längere Debatte entspann sich darüber, wie den arbeitlosen Mitgliedern am leichtesten die Beschaffung einer Legitimationskarte zur Benutzung des neuen paritätischen Arbeitsnachweises in der Gormannstr. 13 ermöglicht werde. Wer durch die Karte nachweist, vollberechtigtes Mitglied der Organisation zu sein, wird unentgeltlich in die Liste der Arbeitlosen aufgenommen. Es wurde beschlossen, mit der Ausstellung der Karten einen Gastwirt in der Nähe des Arbeitsnachweises zu betrauen. Vorläufig soll es der Gastwirt Schünemann, Steinstr. 17, machen. Ihm sind die Verbandsblätter beim Erfordern der Karte vorzuzeigen. — Weiter erörterte man die Verhältnisse in den verschiedenen Werkstätten, über welche die Vertrauensleute Aufschluß gaben. — Jaed teilte mit, daß nach ziemlich verläßlicher Mitteilung sich die Innung auflösen wolle. Dann kamen auch die Glaser für die nächsten Gewerbegerichtswohlen in Betracht. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß eventuell von den Vertrauensmännern ein Kandidat für die Gewerbegerichtswahlen nominiert werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Dokerstreik in Marseille. 15. September. (V. S.) Entgegen der bereits in Aussicht gestellten Einigung haben die Dockarbeiter nunmehr beschlossen, die bereits von ihren Delegierten angenommenen Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit abzulehnen und nur auf Grund des Vertrages von 1903 ohne ergänzende Bestimmungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß hat bei dem Präseslen die größte Verblüffung hervorgerufen. Man sieht nunmehr keinen Ausweg mehr, dem Konflikt ein Ende zu machen.

Monarchen-Zusammenkunft. 15. September. (V. S.) Die der „Tas“ aus Petersburg meldet, begiebt sich der Zar demnächst nach Skerwitz, wo eine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm stattfinden soll. Ursprünglich sei auch eine Begegnung mit Kaiser Franz Joseph in Aussicht genommen gewesen, doch sei der Plan fallen gelassen worden, da Kaiser Franz Joseph sich wegen seines hohen Alters einer Auslandsreise nicht mehr unterziehen wolle. Das Blatt fügt seiner Meldung hinzu, daß man der Entree des Zaren mit Kaiser Wilhelm in Petersburg große politische Bedeutung beimesse.

Wien, 15. September. Die das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, ist auf den Berlin-Wiener Schnellzug heute früh zwischen den Stationen Langensdorf-Kronenburg ein scharfer Schuß abgefeuert worden, welcher eine Waggonscheibe zertrümmerte. Verwundet wurde glücklicherweise niemand. Die Gendarmerie hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Järich, 15. September. (V. S. V.) Der internationale Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels wurde heute vormittag hier eröffnet. In demselben sind mehr als 150 Teilnehmer aus den verschiedenen Staaten erschienen.

Antwerpen, 15. September. (V. S.) Heute mittag ist die zur Untersuchung über die in englischen Berichten erwähnten Grenzthaten eingesezte Kommission nach dem Kongostaate abgegangen.

London, 15. September. (V. S.) Die die Wälder trachten, weigern sich zahlreiche Personen, die neu eingeführte Schultage zu entrichten. In der Grafschaft Wales ist der Widerstand hiergegen am stärksten. „Daily News“ meldet, daß das Verhalten der dortigen Bürger an Rebellion grenze, gegen die die Regierung Front machen müsse. In zahlreichen Dörfern zögen die Bewohner es vor, ins Gefängnis zu gehen, als die neue Steuer zu entrichten, die Lage sei sehr ernst.

London, 15. September. (V. S.) Nach aus Peking eingetroffenen Meldungen hat die chinesische Regierung eine Specialgeandtschaft ernannt, welche mit Japan und Rußland wegen Zurückgabe der Randfäure unterhandeln soll.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der französische Gewerkschaftskongress.

Bourges, 13. September. (Fig. Ver.)

Zweiter Verhandlungstag.

Auch die heutige Vormittags-Sitzung fällt aus, da die Mandatsprüfungs-Kommission ihre Arbeiten erst am Mittag beenden kann.

Die Kommission besteht aus 25 Mitgliedern, die von ebensoviele Verbänden gewählt worden.

Der Rest der auf dem Kongress vertretenen Verbände hat auf die Vertretung in der Kommission verzichtet.

Die Mandatsprüfungs-Kommission weist eine revolutionäre Mehrheit von 15 gegen 10 Stimmen auf.

Zweite Sitzung. Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Vorsitz: Riel-Montpellier, Combemorel und Lebouq, sämtlich Buchdrucker.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schreitet der Kongress zur Mandatsprüfung.

Gurard (Eisenbahner) erstattet den Kommissionsbericht. Er trägt vor, dass er sich für die Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission ausgesprochen hat.

Seine Anzahl Proteste, die sich an lokale Komitees anschließen, werden ohne Debatte durch ihre Veröffentlichung im Kongressprotokoll erledigt.

Souvet-Marseille, Tischler, tadelt die Zulassung von Delegierten, die selbst der Konföderation nicht angehören.

Das Mandat der Kohlenräuber-Gewerkschaft von Marseille, die mit dem allgemeinen Dickerverband auf feindlichem Fuße steht, wird nach einer längeren und leidenschaftlichen Debatte falliert.

Der centralistische Landesorganisation der Eisenbahner wurden von der Kommission fünf Mandate falliert, und zwar die der Pariser Sektionen der einzelnen Eisenbahn-Gesellschaften.

Die Delegierten der Eisenbahner bestreiten den Kommissionsbeschluss: Ihre Gewerkschaft zähle in ganz Frankreich 150 Sektionen.

Die 42 referierten Mandate sollen von der Kommission in einer neuen Sitzung endgültig erledigt und sodann dem Kongress zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

Die Pariser Eisenbahner-Gewerkschaft ist dem Gewerkschaftsartikell ferngeblieben, weil sie das Gewerkschaftsgesetz von 1884 (dessen Förderung der Einreichung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder bei der Polizeipräfektur) nicht anerkennt.

80 Cts., wozu ein Guthaben-Saldo vom Juni 1902 im Betrage von 1220 Fr. 55 Cts. hinzukommt. Ausgaben: Post 543 Fr. 60 Cts., Bureaukosten 106 Fr. 10 Cts., Drucksachen 5424 Fr. 80 Cts., Gehälter 4000 Fr., Verschiedenes 397 Fr. 25 Cts., Beiträge 446 Fr. 70 Cts., Delegationen 1201 Fr. 55 Cts., Agitation gegen die private Arbeitsvermittlung 1427 Fr. 70 Cts. Zusammen 12720 Fr. Bleibt ein Guthaben von 713 Fr. 85 Cts.

Das Wochenorgan „Voix du Peuple“ hat endgültig die kritischen Anfangsjahre überwunden. Das laufende Jahr wird sicher einen Ueberschuss ergeben. In der That betragen 1903 die Einnahmen 22096 Fr. 70 Cts., 1904 (bis Ende Mai) 10715 Fr. 65 Cts., zusammen 32812 Fr. 35 Cts. Die Ausgaben 1903 — 21977 Fr. 50 Cts. und 1904 (bis Ende Mai) 9839 Fr. 30 Cts., zusammen 31816 Fr. 80 Cts. Also ein Ueberschuss für diesen Zeitraum im Betrage von 1295 Fr. 55 Cts. Dabei mülte noch das Blatt 382 Fr. an Gerichtslosten zahlen gelegentlich des vom Kriegsminister angeklagten Prozesses wegen der antimilitaristischen Redaktionen — Nummer vom Januar 1903.

Die Auflage des Organs ist seit 1902 von 4780 auf 5700 Exemplare gestiegen, darunter die abonnierten Exemplare von 1550 auf 2100.

Der Kongress von Montpellier hat die Gewerkschaften verpflichtet, das Organ zu abonnieren. Aber dieselben kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach. Der Bericht bringt eine Zusammenstellung, aus welcher sich ergibt, daß in 34 Verbänden mehr als die Hälfte der Gewerkschaften auf das Organ abonniert sind, während in 12 Verbänden weniger als die Hälfte der Gewerkschaften abonniert sind.

Es sei bemerkt, daß das Jahresabonnement bloß 6 Fr. beträgt. Der Berichterstatter Emile Pouget, Sekretär der Redaktionskommission, dringt natürlich auf die Erfüllung der Abonnementspflicht.

Vericht der Streik- und Generalstreik-Kommission.

Dieser Bericht zeigt am deutlichsten die schwache Seite der Konföderation, das Mißverhältnis zwischen den weiten Plänen und den knappen Finanzmitteln.

Die Kommission hat auf Grund von Kongressbeschlüssen für die Schaffung von Generalstreik-Subkomitees in den einzelnen Orten zu sorgen. Es bestehen nun zur Zeit nur 17 solcher Subkomitees und davon haben nur acht ihre Beiträge entrichtet. Die Kommission verurteilt daher durch einen Aufruf die einzelnen Gewerkschaften zur direkten Beitragsleistung aufzufordern. Diesem Aufruf folgten nur ein Duzend Gewerkschaften.

Finanzbericht der Kommission: Einnahmen: Beiträge 1081 Fr., Geldsammlungen für Streikende 12971,93 Fr., Ablos von Professoren 568,70 Fr., Verschiedenes 90 Fr. Zusammen 14811,65 Fr. nebst einem Guthaben-Saldo vom 1. Januar 1903 im Betrage von 135,55 Fr. Ausgaben: Post 307,75 Fr., Bureaukosten 11,25 Fr., Streikunterstützung 12494,05 Fr., Verschiedenes 113,30 Fr., Drucksachen 1055 Fr., Delegationen 752,55 Fr. Zusammen 14074 Fr. Bleibt ein Guthaben-Saldo von 273,20 Fr.

Soziales.

Privatkapital, Invalidenversicherung und Arbeiterwohnungen.

In der „Socialen Praxis“ verfolgt Dr. Freund seinen von uns schon anfangs vorigen Monats gewürdigten Plan weiter, die Arbeiter-Vaugenossenschaften dem Privatkapital dadurch anzuliefern, daß die Versicherungsanstalten nicht mehr wie bisher die erste Hypothek für den Bau von Genossenschafts- Wohnhäusern hergeben, sondern diese sowie die zweite Hypothek dem Privatkapital überlassen, dafür aber für die zweite Hypothek Garantie leisten. Wir haben daran hingewiesen, daß damit einmal die Kapitalisten der Versicherungsanstalten, die von den Versicherten aufgebrochen werden, dem gemeinnützigen Bauwesen entzogen und für staatliche Anleihen freigestellt werden, und daß andererseits das Genossenschaftsbauwesen damit dem Privatkapital auf Gnade und Ungnade überliefert wird. Es erhält eine bequemere und sichere Anlegemöglichkeit und kann gleichzeitig den Vaugenossenschaften seine Bedingungen stellen um z. B. die weitere soziale Ausgestaltung des genossenschaftlichen Bauwesens nicht in einer dem privaten Grundbesitzesinteresse wünschenswert Weise überwachen zu lassen.

Dr. Freund hat aber noch weitere Pläne. Da mit der Garantieleistung doch unter Umständen Verluste verbunden sein können, müssen die garantierenden Anstalten einen Garantiefonds schaffen. Zunächst sollen dazu die den Kredit in Anspruch nehmenden Genossenschaften herangezogen werden. Dann aber, da nach Freund's Meinung der ganze Plan einzig und allein den Arbeitern dienen soll, indem dadurch die Arbeiterwohnungsfrage gelöst würde, sollen die Versicherten zu höheren Beiträgen verpflichtet werden, aus denen dann der Garantiefonds gespeist würde. Er schlägt folgende gesetzliche Bestimmung vor:

„Durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses können für den Zweck einer Versicherungsanstalt Beiträge für Arbeiter- Wohnungszwecke in der Form der Erhöhung der gesetzlichen Beiträge erhoben werden.“

Dieser Beschluß bedarf der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

Die Beiträge für Arbeiter- Wohnungszwecke sind gesondert von den übrigen Einnahmen der Versicherungsanstalt zu verwalten.“

Damit sollen Leute, die diese ganze Lösung der Arbeiter-Wohnungsfrage für eine soziale Quacksalberei halten, die vielleicht niemals in die Lage kommen, sich an einer Vaugenossenschaft zu beteiligen, noch dazu einer Vaugenossenschaft, die von Gnaden des Privatkapitals lebt, gezwungen werden, diesem Privatkapital seine Zinsen garantieren zu helfen durch besondere Zwangsbeiträge. Also gewissermaßen eine Zwangsorganisation der Arbeiter zur Garantie des Kapitalprofits unter dem Aussgeschloß sozialer Quacksalberei, genannt Arbeiterwohlfahrt.

Ein laubereicher Plan. Die Arbeiter haben alle Ursache, sich diese sonderbare Begünstigung recht energisch vom Leibe zu halten.

Der Bod als Gärtner.

In Danzig togt gegenwärtig der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege. Dessen Verein gehören auch Vertreter von Städteverwaltungen in offiziellen Aufträgen an. Den ersten Verhandlungsgegenstand der Danziger Tagung bildete die Ruhr und ihre Bekämpfung. Die Herren Professor Dr. Kruse-Damm, Medizinalrat Dr. Döpner, Gumbinnen, Kreisarzt Dr. Kriege-Warman und Professor Dr. Gärtner-Jena besprachen in sachgemäher Weise das Wesen und das Vorkommen der Ruhr und wiesen dabei auf die schlechten Wohnungsverhältnisse als wesentlichen Faktor für das Auskommen der Ruhr hin.

Da erhob sich der würdige Vertreter der Stadt Dresden, Stadtrat, Baumeister, Hausbesitzer und Vorstand des Verbandes deutscher Hausbesitzervereine, Herr Leberer Hartwig, derselbe, der einst in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten das Baden für überflüssig erklärte, um den Herren Sachverständigen zu sagen, wie ein Hausbesitzer über die Enge denke.

Es sei ein Zug der Zeit, daß alle Uebelstände auf die schlechten Wohnungen zurückgeführt würden. Er stellt an die Referenten die Frage, wie denn die Wohnungen beschaffen sein sollten, um erfolgreich die Ruhr zu bekämpfen. Er behauptete, daß gerade die Woh-

mungen der Wohlhabenden mit dem Ueberfluß an Teppichen usw. der Verbreitung der Krankheit besonders gefährlich seien.

Professor Dr. Kruse führte den Hartwig ernst, aber kräftig ab. Er jagte ihm, daß die Teppiche am wenigsten zu fürchten seien, denn nach allen Erfahrungen der Sachverständigen kommt die Ruhr fast ausschließlich bei armen Leuten vor und die haben keine Teppiche.

Die Dresdener Stadtverwaltung kann stolz sein auf die würdige Vertretung, die sie sich geschaffen hat.

Landarbeiterleben in der Nachbarschaft Berlins.

Ein Landarbeiter-Ehepaar, beide Eheleute gegen 80 Jahre alt, hat sein Leben lang bei dem Rittergutsbesitzer v. Röhne in Behow bei Berder a. G. gedient. Die alten Leute wohnten zuletzt in der Schäferlei. Sie hatten jährlich 42 M. im voraus zu zahlen. Wegen Krankheit konnten sie zuletzt die Miete nicht mehr zahlen und wurden deshalb mit ihrem elenden Hausat einfach an die Luft gesetzt. Die Leute wußten nicht wohin und in ihrer Not retteten sie sich unter die Strengbrücke, die über den die Havel mit dem Gindowersee verbindenden Graben führt. Von mitleidigen Menschen wurden sie dort mit Nahrung versehen, bis sie nach einigen Tagen anderswo Aufnahme fanden.

Eine Bauernmagd war aus dem Dienste des Bauern S e n s in Busz bei Brandenburg entlaufen, weil sie dort in einem vollständig verlaufenen Loch schlafen mußte. Dafür verurteilte das Schöffengericht in Brandenburg das Dienstmädchen zu 18 M. Geldstrafe wegen unbefugten Verlassens des Dienstes.

Läufe gehören danach offenbar zur Landwirtschaft. Eine Bauernmagd darf das Vieh nicht im Ställe lassen.

Ein Reinfalt „ordnungstreuere Arbeiter“.

In der Niederlausitz pouffiert das Bürgerturn seit reichlich Jahresfrist eifrig die „patriotische“ Arbeiterbewegung in der Hoffnung, mit der Zeit daraus einen Sturmbock zu gewinnen gegen die verhasste Socialdemokratie und gegen die Gewerkschaften. Am Dienstag sollte in Cottbus bei der Gewerbegerichts-Wahl zum erstenmal die Probe aufs Exempel gemacht werden. Es traten verbunden mit einer gemeinsamen Kandidatenliste auf: sämtliche Hirsch-Dunker'sche Gewerbevereine, der Werkmeister-Verein, der evangelische Arbeiter- und der evangelische Rammereiverein; in letzter Stunde trat dem Ordnungstreuern noch der katholische Arbeiterverein bei. Das Startell hoffte zwar nicht auf den Sieg seiner ganzen Liste, aber doch, daß einer oder der andre Kandidat infolge Zersplitterung der Stimmen für die Liste des Gewerbegerichtsartikels durchdringen werde. Am Abend vor der Wahl schrieb das Gewerbevereinsblatt, das in unfreiwilligem Humor groß ist: „Die Socialdemokratie ist in Cottbus durchaus nicht unbefugbar“. Das Resultat der Wahl hat diese Großsprecheri lächerlich gemacht: Die Liste aller vereinigten acht „Ordnungstreuere“-Vereine erzielte 83 Stimmen, die Liste des Gewerbegerichtsartikels dagegen 517 Stimmen! Die Quertreiber-Organisationen sind so schwach, daß dies selbst die Gewerkschaftler überaus hat. Offenbar zählen die „Christlichen“ in ihren Reihen viele Mitglieder, die gar nicht Arbeiter sind, und bei den Hirschen giebt es Mitläufer, die lediglich aus aller Gewohnheit und den eingezahlten Geldern zuliebe dabei bleiben. Jedenfalls wird das Resultat der Wahl die Bürgerlichen, die in Cottbus, Spremberg, Forst, Sorau u. schon von einer „Erneuerung und Wiedergeburt der Arbeiterbewegung im nationalen Sinne“ schwärmten, bedeutend ernüchtern haben.

Unfallversicherung des Unternehmers.

Der Inhaber einer kleinen Tischlerei, Herr R., der überwiegend Möbel herstellt, daneben aber auch Bau-Tischlerarbeiten ausführt, ohne Gezellen zu beschäftigen, war beim Fortschaffen von Möbeln verunglückt. Die Vaugenwerks-Berufsgenossenschaft, bei der er als „Selbstversicherter“ eingeschrieben war, lehnte es ab, ihm eine Unfallrente zu zahlen. R. wurde auch vom Schöffengericht mit seinem Rentenanspruch abgewiesen und das Reichs-Versicherungsamt verwarf seinen Rekurs, indem es begründend ausführte: Die unfallbringende Thätigkeit sei mit Recht als nichtversicherungsfähig angesehen worden. Gemäß § 1 Abs. I Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes von 1900 in Verbindung mit § 25 des Gesetzes, die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze betreffend, und mit der kaiserlichen Verordnung vom 2. Dezember 1901 sei allerdings ein Gewerbebetrieb, welcher zum geringeren Teile in der Ausführung von Bauarbeiten besteht, seit dem 1. Januar 1902 nicht nur hinsichtlich der Bauarbeiten, sondern im ganzen Umfange versicherungspflichtig, und zwar habe die Versicherung gemäß § 28 bei der Berufsgenossenschaft zu erfolgen, welcher der Hauptbetrieb seiner Natur nach angehöre. Da Kläger überwiegend Möbelschleiferei betreibt, so würde dies die Holz-Berufsgenossenschaft sein. Die genannten Vorschriften bezügen sich jedoch zunächst nur auf die in einem solchen Betriebe beschäftigten Arbeiter. Die Versicherung des Unternehmers selbst ist von der weiteren Voraussetzung abhängig, daß die für seinen Betrieb zuständige Berufsgenossenschaft, hier also die Holz-Berufsgenossenschaft, die Zwangsversicherung der Unternehmer nach § 5 Abs. 1 a des Gesetzes eingeführt habe oder daß der Unternehmer sich freiwillig versichert habe. Beides sei hier nicht der Fall. — Es frage sich daher lediglich, ob etwa zur Zeit des Unfalls ein formelles rechtliches Versicherungsverhältnis bezüglich seiner Person gegenüber der Bau-Berufsgenossenschaft bestand. Das sei der Fall gewesen. Seine Eintragung als Selbstversicherter habe noch aus der Zeit der früheren Gesetzgebung her bestanden. Diese formelle Versicherung könne aber nur in dem Umfange fortwirken, in welchem sie früher bestanden habe. Die Versicherung des Klägers bei der Bau-Berufsgenossenschaft sei daher noch nach der Maßgabe der früheren Rechtslage her zu beurteilen; nach dieser aber sei der Kläger nur bei Bauarbeiten, nicht bei Möbelschleifereien versichert gewesen. Eine Rente könne ihm also wegen des beim Möbeltransport erlittenen Unfalls nicht zugesprochen werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Uebernahme von Hibernia-Aktien durch die Regierung. Schon die früheren offiziellen Mitteilungen der „Deutscher Politischen Nachrichten“ ließen es als ziemlich sicher erscheinen, daß die preussische Regierung der Dresdner Bank ihren Bestand an aufgelassenen Hibernia-Aktien abnehmen werde. Jetzt meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin, daß der Handelsminister dem Landtage die Forderung vorlegen will, ein Abkommen der Regierung mit der Dresdner Bank zu genehmigen, wonach der Staat von der Bank die Hälfte des Aktienkapitals der Hibernia zu den Einstandspreisen der Dresdner Bank erwirbt unter Vergütung von Spefen, Zinsen und einer Provision für Ankauf und Wisklo. Der Einstandspreis der größeren zu erwerbenden Posten übersteigt infolge des erhöhten Kursniveaus ganz wesentlich die Kurse der ersten Anläufe, so daß der Durchschnittspreis annähernd, wenngleich nicht ganz dem Verkaufsausschlagangebot gleichkommen dürfte.

Die Regierung giebt also nicht, wie sie sich erst erboten, 240 Proc. (eine achtprozentige Rente in dreiprozentigen preussischen Konfols), sondern etwas weniger; doch dürfte mit Hinzurechnung der Provision, Spefen zc. der Preis der Aktien sich wohl auf dieselbe Höhe wie das Preisangebot der Regierung stellen. An dem Ueberschlag über die Ungeschicklichkeit der Preussischen Verstaatlichungs-Aktion wird durch den neuen Ankaufsmodus nichts geändert, da dieser erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung gewählt worden ist. Anfangs war von einem kommissionarischen Ankauf der Aktien durch die Dresdner Bank absolut keine Rede.

Wie wird sich der Landtag verhalten? Angenommen ist, daß er sich schließlich zur Bewilligung der geforderten Summen verzieht;

Aus dem Bericht der geschäftsführenden Stelle der Föderation sei noch nachgetragen:

Bericht des Vorstandes der Arbeitsbörsen-Sektion.

Die fortwährende Ausdehnung der im Arbeitsbörsen-Verband vereinigten Arbeitsbörsen zeigt sich in folgender Tabelle: Ende Juni 1897 zählte der Verband 47 Börsen, 1898 — 51, 1900 — 57, 1901 — 65, 1902 — 83 und am 1. Juni 1904 — 110. Diese 110 Arbeitsbörsen vereinigten 1840 beitragszahlende Gewerkschaften.

Auch der Arbeitsbörsen-Vorstand hat sich an der gewerkschaftlichen Propaganda und der Agitation zu Streitzwecken beteiligt. Ferner hat er insbesondere die antimilitaristische Agitation in Wort und Schrift lebhaft gefördert. In Zusammenhang damit stehen die Bestrebungen der Arbeitsbörsen, die unter der Fahne stehenden Soldaten durch gezielten Verkehr zu beeinflussen. Das bekannte Soldaten-Handbuch, eine Ausgabe des Vorstandes, wurde durch den Kriegsminister Andre unter Willigung Minister's gerichtlich verfolgt. Auch sonst hatten die antimilitaristischen Propagandisten, vor allem Hyvet, Sekretär des Arbeitsbörsen-Verbandes, gerichtliche Verfolgung zu erleiden.

Finanzbericht des Arbeitsbörsen-Verbandes: Einnahmen: Beiträge 9018 Fr. 80 Cts., Ablos von Professoren 3270 Fr. 50 Cts., Verschiedenes 96 Fr. Zusammen 12213 Fr.

aber ohne Kopfwäsche und allerlei Versprechungen, energischer gegen die rheinischen Bergwerks- und Hüttenmagnaten vorzugehen, wie Herr Köhler wohl nicht davon kommen.

Getreide und Viehpreise. Die Forderungen der Futtermittel ähneln sich an den Viehmärkten schon in empfindlicher Weise. Fast überall wird beobachtet, daß der auflaufende Handel eine steigende Zurückhaltung zeigt, da er offenbar schon jetzt darauf spekuliert, daß die Landwirte über kurz oder lang zu einem stärkeren Verkauf ihres Viehes genötigt sein werden. Auch wird aus einzelnen ländlichen Bezirken in verschiedenen Teilen Deutschlands berichtet, daß die Agenten der Viehhändler weniger lebhaft als in anderen Jahren die einzelnen Orte aufsuchen, um Schlachtvieh zusammenzulassen. Ohne daß also das Angebot an den Viehmärkten schon in allzu starker Weise gestiegen wäre, ist doch infolge der Ermattung der Nachfrage seit Wochen eine flauere Tendenz an den Viehmärkten bemerkbar. An 18 hauptsächlichsten Viehmärkten betrug an einem der ersten Marktstage im Monat September der Auftrieb von Rindern 18914 gegen 17124 an dem entsprechenden Marktstage des Vorjahres, von Schweinen 51201 gegen 42845, an 17 Viehmärkten von Kälbern 11820 gegen 10876, an 15 Märkten 18452 Schafe gegen 19206. Mit Ausnahme der Schafe hat zwar die Zahl der zum Verkauf zugeführten Tiere zugenommen, aber keineswegs in einer die normale Nachfrage übersteigenden Weise. Am stärksten war die Zunahme des Auftriebs von Schweinen, die gegenüber dem Vorjahre fast 20 Proz. ausmachte. Trotzdem zeigt sich aber gerade bei den Schweinepreisen nicht nur kein Rückgang, sondern überwiegend noch eine Steigerung der Preise: eine Tatsache, die sich daraus erklären dürfte, daß zugleich mit dem Angebot die Nachfrage zugenommen hat. Der Preis der Schweine ist gegenüber dem Vorjahre höher z. B. in Berlin, Hamburg, Magdeburg, Chemnitz, Dortmund, Elberfeld, Köln, Stuttgart und München, obgleich in allerjüngster Zeit nur in Berlin gegenüber dem Vorjahre der Auftrieb etwas abgenommen hat. Es stellte sich pro 50 Kilogramm Lebendgewicht der Preis für Schweine zu Anfang des Monats September auf Mark in

	1903	1904
Breslau	47-60	45-56
Hamburg	42-55	46-54
Berlin	49-55	49-56
Chemnitz	52-59	53-61
Hannover	50-58	48-56
Dortmund	50-57	51-57
Köln a. Rh.	48-57	50-59
Frankfurt a. M.	52-62	52-59
Stuttgart	54-63	52-64
München	54-64	54-66

Im Gegensatz zu der Preisbewegung der Schweine ist die von Rindern, Kälbern und Schafen fast an allen Märkten mehr oder weniger rückgängig. Am schärfsten ist der Preisrückgang für Kälber und Schafe. Hierfür betragen die höchsten und niedrigsten Preise in Mark zu Anfang des Monats September in

	Kälber		Schafe	
	1903	1904	1903	1904
Breslau	30-42	27-35	22-38	21-33
Hamburg	30-49	26-32	26-36	29-33
Berlin	26-55	22-51	30-39	28-33
Chemnitz	42-54	35-46	30-37	28-34
Magdeburg	21-50	26-45	27-37	26-34
Dortmund	40-50	46-55	31-37	25-37
Köln	33-56	32-54	27-39	25-33
Frankfurt a. M.	38-55	32-52	32-36	21-35
Stuttgart	40-57	43-52	-	-
München	42-54	38-50	20-25	19-25

Die Preise für Schafe sind an sämtlichen aufgeführten Marktplätzen, die Preise für Kälber an allen mit Ausnahme von Dortmund gefallen. Die Preisabfälle bewegen sich gegenüber dem Vorjahre in der Regel zwischen 10 und 15 Proz. Für Schafe ist der Preisrückgang im allgemeinen noch nicht so empfindlich, wenn auch Berlin, Chemnitz, Dortmund und Frankfurt a. M. hohe Abfälle aufweisen. Am geringsten ist bis jetzt noch die Preisherabsetzung bei Rindvieh, obgleich die weitgehende Tendenz auf fast allen Märkten nicht zu verkennen ist. In Berlin senkte sich der Höchstpreis von 46 auf 45, in Breslau von 38 auf 37, in Dortmund von 44 auf 43, in Frankfurt a. M. von 46 auf 43 auf in München von 46 auf 44 Mark. Der niedrigste Preis ist am stärksten gefallen in Chemnitz von 26 auf 23 und in Köln von 30 auf 27 Mark.

Die außerordentliche Generalversammlung der Obersächsischen Eisenbahnbetriebs-Aktiengesellschaft. Die gestern in Breslau stattfindende, genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 20 auf 25 Millionen durch Ausgabe von 4165 auf den Inhaber lautenden Aktien zu 1200 M. und einer zu 2000 M. mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1905. Im Laufe der Debatte teilte Generaldirektor Hegenfeld mit, daß das Gewinn- und Verlust-Konto Ende Juli einen Ueberschuß von über 1 000 000 M. ergeben habe. Die Werke seien in allen Betriebszweigen voll beschäftigt. Neugewählt in den Aufsichtsrat wurde Generaldirektor Schulte von der fürstlich Plehischen Verwaltung. Wie die Direktion ausführte, soll die Kapitalerhöhung bereits jetzt vorgenommen werden, weil die Gesellschaft für den Fall, daß die Option auf die Kofenfelder zur Ausführung gelange, von der jeweiligen Lage des Geldmarktes unabhängig sein wolle.

Bereinigung österreichischer Eisenwerke. Wie die österreichische Eisenindustrie in manchen ihrer Einrichtungen im Schlepptau ihrer deutschen Rivalen liegt, so tritt jetzt auch in ihr unter dem Einfluß der deutschen Fusionen die Neigung zu Werkvereinigungen hervor. Wie aus Wien gemeldet wird, tritt die böhmische Montangefellschaft in Liquidation und wird mit der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft vereinigt. Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft besteht seit 1857, als Aktiengesellschaft seit 1863. Das Grundkapital betrug ursprünglich 4 1/2 Millionen Gulden, wurde aber seitdem nach und nach auf 9 1/2 Millionen Gulden erhöht. Das Aktienkapital der böhmischen Montangefellschaft, einer Gründung des bekannten, jüngst verstorbenen Spekulanten Voutour, beträgt 5 Millionen Gulden. Außerdem ist aber eine hypothekarische Anleihe von 7 Millionen Gulden aufgenommen.

Der Außenhandel der Schweiz hat nach den jüngst veröffentlichten Angaben im Jahre 1903 alle früheren Jahre übertroffen. Er betrug im Vergleich zu den vorangegangenen letzten vier Jahren:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß
	in Millionen Frank		
1903	1196,16	888,52	307,64
1902	1128,5	874,3	254,2
1901	1050	836,57	213,4
1900	1111	836	275
1899	1160	786	374

Gegenüber 1902 stieg die Einfuhr im letzten Jahre um 68,11, die Ausfuhr um 14,22 Millionen Frank, erstere also erheblich mehr als letztere. Die bedeutende Steigerung der Einfuhr findet ihre Erklärung in der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, in den etwas schwächeren Ernte-Ergebnissen und in der Preissteigerung verschiedener wichtiger Waren.

Die drei Hauptwarengruppen partizipieren an dem Außenhandel folgendermaßen:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	in Millionen Frank					
	1903	1902	1901	1903	1902	1901
Lebensmittel	365	337	306	119	121	107
Rohstoffe	456	444	415	95	94	91
Fabrikate	374	346	327	673	657	637

Einzig die Ausfuhr an Lebensmitteln hat demnach gegen 1902 eine Verminderung erfahren, sonst weist der schweizerische Außenhandel nur Steigerungen auf. Immerhin bleibt der Einfuhrüberschuß hinter dem von 1899 zurück. Nach der Auffassung jener bürgerlichen Rationalisten welche in dem Einfuhrüberschuß einen Niedergang der nationalen Volkswirtschaft erblicken, würde die Schweiz im Jahre 1903 eine neuerliche empfindliche Verarmung er-

fahren und dem Zusammenbruch erheblich näher gekommen sein. Thatsächlich hat die schweizerische Kapitalistenklasse weitere Reichtümer gesammelt.

Die Deutsche Bank und ihre Angestellten. Von Beamten der Deutschen Bank sind uns weitere Zuschriften zugegangen, deren Abdruck wir jedoch, weil sie Neues zur Sache nicht beibringen, ablehnen müssen. Nur mit dem in einer dieser Einwendungen enthaltenen nachfolgenden Passus glauben wir eine Ausnahme machen zu sollen, da in ihm darauf hingewiesen wird, daß früher bereits der Versuch der Einführung einer Pensionsordnung bei der Deutschen Bank gemacht worden, aber damals vom Personal abgelehnt worden ist:

„Als vor einigen Jahren einmal in der Deutschen Bank für ein Pensionsprojekt Propaganda gemacht wurde, wurde es von seiten der Angestellten strikt abgelehnt, weil man bei dem geringen Gehalt nichts für einen Pensionsfonds übrig habe. Es ist ja wahr, daß gerade manchem Verheirateten das Auskommen schwer fällt, und doch glaube ich sicher, daß die damalige Ablehnung nur der Unkenntnis und der Indifferenz zuzuschreiben ist. Ich nehme zu Gunsten der Angestellten an, daß sie heute etwas weiter vorgeschritten sind. Allerdings ist die Zahl der Angestellten in den letzten Jahren so ungebener angewachsen, daß man kaum von der Direktion so viel unumantigkeitsgefühl verlangen kann, daß sie die Kosten einer geregelten Pension allein tragen soll. „Wollt ihr Rechte haben, müßt ihr auch Pflichten tragen.“

Obwohl bei einem Gehalt von unter 2000 M. monatlich für Krankengeld und Klubbeitrag über 4 M. abgezogen werden, würde wohl jeder noch gern einige Prozent des Jahresgehalts entbehren, wenn er wüßte, daß die Bank ebenfalls statt der sogenannten jährlichen Pensionsfondsdotationen dieselbe Summe pro Kopf für eine Pensionskasse hinzulegen würde. Selbstverständlich müßten die Ansprüche dann nach dem Dienstalter geregelt werden, und die Verwaltung in den Händen der Beamten ruhen.“

Beachtet sei noch, daß sowohl der Schreiber der vorstehenden Zeilen, als auch andre Einsender die Schuld an den Mißständen nicht dem Direktor Koch, sondern dem Subdirektor Reikniger beimessen. Herrn Direktor Koch wird lediglich vorgeworfen, daß er sich zu sehr beeinflussen läßt.

Einige Einsender heben hervor, daß sie in ihrer Vereinzelnung der Bankverwaltung völlig machtlos gegenüberstehen. Das ist — wenigstens zum Teil — Schuld der Angestellten selbst. Darum schließen sie sich nicht dem Centralverband deutscher Handlungsgehilfen (Bureau: Neue Friedrichstraße 20, 1 Tr.) an. Einigkeit macht stark.

Lokales.

Die Furcht vor dem Krankenhaus.

die in weiten Kreisen der Bevölkerung noch herrscht, ist im allgemeinen gewiß unberechtigt. Sie wird aber genährt durch mancherlei Vorkommnisse, die aus gewissen Krankenhäusern von Zeit zu Zeit bekannt werden, und die in der That auch den Vorurteillosen daran irre werden lassen können, ob unsere Kranken wirklich immer in den Krankenpflege-Anstalten am besten aufgehoben sind. Die Leser des „Vorwärts“ wissen aus unsern wiederholten Vespredungen dieses Themas, daß weder in der königlichen Charité, noch in den städtischen Anstalten alles ohne Tadel ist, die schlimmsten Dinge haben wir aber doch aus konfessionellen Krankenhäusern mitzuteilen gehabt.

Zu den konfessionellen Krankenhäusern gehört auch das Augusta-Hospital. Ueber diese Anstalt geht uns eine Beschwärde zu, die unsres Erachtens eine amtliche Untersuchung verdient. Ein an Nieren-Wassersucht leidender Patient G. war auf Anraten seines Arztes in das Augusta-Hospital gebracht worden, weil die notwendig gewordene Wasserentziehung dort besser ausgeführt werden konnte als im Hause. Er wurde aber von seiner Frau schon nach einer Woche kurzerhand wieder herausgeholt, weil sie bei einem Besuch ihn in einem Zustand vorgefunden hatte, der ihr als grobe Vernachlässigung erschien. Denselben Eindruck hatte ein Freund des Patienten, der diesen mehrfach in der Anstalt besuchte. Aus dem, was man uns mitgeteilt hat, wollen wir hier Einzelheiten zunächst nicht wiedergeben. Frau G. und der andre Besucher versichern, es sei ihnen nicht möglich gewesen, festzustellen, wem aus dem Pflegepersonal die Pflege des Kranken übertragen worden war. Der herbeigerufene Arzt habe bei dem Anblick des Kranken den Kopf geschüttelt, aber im übrigen erklärt, er müsse sich eben auf sein Personal verlassen. Aus der Schwester, einer Dame mit bekanntem adligen Namen, sei nichts herauszutragen gewesen. Sie habe, als sie herbeikam und man ihr den Fall vortragen wollte, sehr bald die Thür von außen zugemacht. Freundlicher gab sich die Oberin. Aber einen Aufschluß darüber, wie das alles möglich gewesen war, bekam man natürlich auch hier nicht.

Wahrscheinlich hat die Frau des Patienten es unternommen, eine förmliche Beschwärde einzureichen, eine Untersuchung zu fordern und um Mitteilung des Ergebnisses zu bitten. Leider! Es wäre zu wünschen, daß in solchen Fällen stets auf Untersuchung gedrungen und Aufklärung verlangt würde. Das liegt nicht nur im Interesse der Nächstenbeteiligten, des Patienten und seiner Familie. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl erfordert, daß jeder an seinem Teile dazu beiträgt, einer Wiederholung der besagten Vorkommnisse vorzubeugen. Soll die Furcht vor dem Krankenhaus immer von neuem bekräftigt werden?

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtische Zrennpflege wurde unter dem Vorsitz des Stadtrats Geheimen Rat Dr. Stragmann beschlossen, dem Antrag auf Errichtung einer eignen städtischen Feuerlöschmündung in Ruch für die vielen dort im Bau begriffenen großen städtischen Anstalten zuzustimmen. Die in Ruch stationierten städtischen Beamten sollen von der Berliner Feuerwehre im Feuerlöschdienst ausgebildet werden. Die Ausrüstung und Einrichtung wird die hiesige Feuerwehre übernehmen.

Am Koppelpfad blüht jetzt neues Leben aus den Ruinen. Wo bis zum vorigen Jahre noch die Reste der alten Gasanstalt standen, die in den Jahren 1845-46 von der Stadtgemeinde eingerichtet worden war, wächst nun ein Gemeindefulbau empor. Er soll als Ersatz für das Schulhaus in der benachbarten Linienstraße dienen, das zu den ältesten der noch vorhandenen alten Gemeindefulhäuser Berlins gehört. Das Haus in der Linienstraße wurde in den Jahren 1832-33 gebaut und ist allmählich abbruchreif geworden. Das Grundstück, auf dem die Gasanstalt sich befand und jetzt das neue Schulhaus errichtet wird, gehört ebenso wie dasjenige, auf dem das alte Schulhaus steht, zu dem ehemaligen Koppelpfad Armenfriedhofe. Auch das angrenzende Grundstück der Hollmannschen Wilhelminen-Amalien-Stiftung sowie der ganze heutige Koppelpfad sind Teile dieses umfangreichen Begräbnisplatzes, der im Jahre 1705 durch den Ratsverwandten und Stadthauptmann Christian Kopppe für die Armen Berlins geschenkt worden war und bis zum Jahre 1840 benutzt wurde.

Das Böhm-Bierfeld, das vor dem Königsdörf zwischen der Greifswalder- und der Aniprodensstraße auf vorwiegend böhmischer Ackerland entstanden ist, bekommt jetzt seinen ersten Schmuckplatz. An der Elbingerstraße der Böhmung- und der Braunbergerstraße in dem neu aufgestellten Bebauungsplan ein städtischer Platz vorgegeben, der den Namen Arnswalder Platz führen wird. Er ist bereits größtenteils umbaut und wird jetzt für die Bepflanzung vorbereitet.

Mörder in Berlin gesucht. Von München aus wird ein Ehepaar gesucht, das dringend verdächtig ist, die Dienstmagd Kreszenz

aus München beraubt und ermordet zu haben. Es handelt sich um den Tagelöhner und Bierbrauer Hans Huber und dessen Ehefrau Barbara, die beide flüchtig sind und sich anscheinend nach Berlin gewandt haben. Für ihre Ergreifung setzt die Münchener Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 500 M. aus. Hans Huber ist 35 Jahre alt, von großer, voller Figur, hat rundes, stark gerötetes Gesicht, blondes, kurzgeschmittenes Haar, das mitten an der Stirn etwas hereingelammt ist, so daß zu beiden Seiten Büschel entstehen. Er trägt einen sogenannten Kotelettbart, spricht süddeutschen Dialekt und zeigt beim Sprechen einen spöttischen Gesichtsausdruck. Er trägt wahrscheinlich einen grünen, steirischen Plötz mit Gembart, bräunlichen Habelod, blau- und weißgestreiftes Hemdumlegekragen mit gleichfarbigem Borbom, dunkelbraunen, weißgeprengelten Jacketanzug aus rauhem Winterstoff, Schnürschuh mit gelben Knöpfen und am linken Finger der linken Hand einen starken, silbernen Ring mit Totenkopf. In einer Lederkassette trägt Huber einen Dolch. Seine Frau Barbara ist 31 Jahre alt, hat aber ein für ihre Jahre älteres Aussehen. Sie ist von kleiner, schwächlicher Gestalt, hat dunkles, fast schwarzes Haar, einen etwas zigeunerartigen Gesichtsausdruck, gelbes Teint und eingefallene Wangen. Bei ihrer Abreise trug sie ein einfaches, dunkelblaues Kleid, an der Brust mit weißen Spitzen garniert, blaues Hut mit gelbem Schleier unwidert und ein langes Jackett. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt einen langen braunen Pelzermantel (Abendmantel) trägt, der bis unten hin mit Pelz besetzt ist. Vermutlich reisen die Verfolgten auf den falschen Namen Franz Haber Wille und Frau Maria geb. Weichsadorfer, da die flüchtigen sich beglaubigte Konsulatspapiere auf diesen Namen verschafft haben. Wille ist der Schwager des Huber. Unzweifelhaft liegt ein Raubmord vor, da dem ermordeten Mädchen außer mehreren Kleidungsstücken auch 400 M. bawes Geld und ein auf 500 M. lautendes Sparkastensbuch geraubt worden. — Die Berliner Kriminalpolizei hat die Verfolgung der flüchtigen angenommen. Sollten diese in irgend einem Berliner Gasthause bereits logiert haben und wieder abgereist sein, so wolle man schleunigst dem Kriminalkommissar v. Pädmann, Polizeypräsidium Zimmer 37, Mitteilung machen.

Altpreußische Einfachheit. Die Nachricht, daß die Reise des Prinzen Friedrich Leopold nach dem Kriegsschauplatz im fernem Osten auf Wunsch des Zaren unterblieben sei, wird von der „Alteimlich Westfälischen Zeitung“ noch mit folgenden Angaben versehen: Wie der Zar aber dazu kam, einen solchen Wunsch in Berlin laut werden zu lassen, darüber wird uns noch eine andre Version jetzt mitgeteilt. Es soll nicht so sehr der Oberbefehlshaber der russischen Armee als vielmehr der Verkehrsminister gegen die Reise des prinzipaligen Militärattachés opponiert haben. Die Ausrüstung des Prinzen soll nämlich so wenig altpreußischer Einfachheit entsprechen haben, daß zu ihrem Transport drei Eisenbahnwagen notwendig gewesen wären. Damit war aber das russische Ministerium des Verkehrswezens nicht recht einverstanden und deshalb wandte es sich an das Ministerium des Auswärtigen und dessen Leiter in seiner „Verzweiflung“ direkt an den Zaren. Nun entspann sich zwischen Petersburg und Berlin ein reger Notenaustausch. Es wäre ganz interessant zu wissen, so schreibt uns unser Gewährsmann, ob die Offiziere ihn kennen — es scheint fast, als wäre dies nicht der Fall, denn sonst müßten sie offen zugeben, daß die Reise des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen nicht nur aufgeschoben, sondern vollkommen aufgehoben ist.

Bestenfalls wirkt hier der Hinweis auf die märchenhafte altpreußische Einfachheit. Wann hat ein preussischer Prinz früherer Tage nach dieser Zusage gelebt? Vor hundert Jahren etwa, als selbst gewöhnliche Offiziere mit dem überflüssigsten Luxus ausgestattet der Katastrophe von Jena entgegen zogen?

Zu Unrecht des Giftmordes verdächtigt. Die Giftmordfalle, über die gestern berichtet wurde, hat eine unerwartete Wendung genommen. Durch die Nachforschungen der Kriminalpolizei konnte festgestellt werden, daß die verstorbene Kaiserin Maryzete Rohrbach den Schlächter Otto Zufall in einem Zustande von Anzurechnungslosigkeit fälschlich des Giftmordes beschuldigt hat. Zwischen beiden Personen bestand seit vier Jahren ein Verhältnis. Das Mädchen war magenleidend und hatte noch eine andre schlimme Krankheit, wurde vor längerer Zeit in einem Krankenhaus behandelt, als geessert entlassen und hatte dann das Liebesverhältnis mit Otto Zufall wieder aufgenommen. An dem fraglichen Abend wurde die Rohrbach von ihm zu einer Schuhmachersfamilie begleitet, für die sie erbeitete. Sie begab sich in die Wohnung, Zufall warierte vor dem Hause. Als ihm die Zeit zu lange dauerte, schickte er der Rohrbach die Schlüssel, die er bei sich trug, hinein und wollte sich entfernen. Bevor er dies ausführte, kam der Schuhmacher und lud ihn zu einem Glas Bier nach einem in demselben Hause befindlichen Wirtshaus ein. Später kamen auch die Frauen dorthin nach, denen der Gastwirt eine Weisbrotbräuse einreichte. Aus dem Glase der Rohrbach trank außer ihr auch die 10 Jahre alte Tochter der Schuhmachersleute, ohne irgend welchen Schaden davon zu nehmen. Am nächsten Morgen wurde die Rohrbach von ihrer Wirtin mit durchschnittener Pulsader im Bett aufgefunden. Sie gab an, daß sie in selbstmörderischer Absicht gehandelt, da aus dem Verhältnis mit Zufall doch nichts Rechtes werden konnte, schalt dabei auch auf ihren Geliebten. Später im Krankenhaus machte sie dann die verdächtigenden Angaben, die zu der Verhaftung des Schlächters und zu der näheren Untersuchung führten. Dabei bestätigte sich die Aussage des Zufall, er ging als völlig schuldlos aus der Sache hervor und konnte wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Gegen den einst vielgenannten „Grasen Salvac“, der aber schlechtweg Georg Steffen heißt, hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I auch ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Steffen, der zahlreicher Vertrieberien bezichtigt wird, soll versucht haben, sich militärische Pläne und Zeichnungen zum Zwecke entgeltlicher Weitergabe an Ausländer zu verschaffen. Steffen ist, wie wir vor wenigen Tagen meldeten, seit einiger Zeit flüchtig und wird fleißig verfolgt.

Entlassung eines jüdischen Gemeindebeamten. Mit der Amtsenthebung des Gemeindebibliothekars Dr. Fromer, der, obwohl selbst Beamter der jüdischen Gemeinde, in einem Zeitungsartikel die Juden zur Massentaupe aufforderte, beschäftigte sich die Repräsentanten-Versammlung der Berliner jüdischen Gemeinde in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien. Es hat sich herausgestellt, daß Dr. Fromer die Stelle als Gemeindebibliothekar durch die Protektion des Universitätsprofessors Dr. Geiger erhalten hat, dem er von Professor Deligly als tüchtige Kraft empfohlen worden war. Wie von zionistischer Seite behauptet wird, soll Dr. Fromer bereits früher der Judenmission nahe gestanden haben. In der Repräsentanten-Sitzung protestierte Prof. Dr. Geiger gegen die Vorwürfe, die anlässlich des Falles Fromer gegen die Gemeindeverwaltung, die Bibliothekskommission und ihn persönlich erhoben wurden. Dr. Fromer habe seine Pflicht als Gemeindebibliothekar bisher erfüllt, im übrigen nehme er keinen Anstand zu erklären, daß er seinen Artikel und sein ganzes Vorgehen durchaus verurteile. Dieser Verurteilung schloß sich die Repräsentanten-Versammlung rüchlos an, das Verhalten des Gemeindevorstandes in dieser Angelegenheit wurde für durchaus korrekt erklärt und einstimmig beschlossen, den vom Gemeindevorstande vorgeschlagenen Entlassenen Bibliothekar Dr. Fromer endgültig zu entlassen.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die 22 Jahre alte Köchin Luise Lippelt aus Dresden, die am Kurfürstendam 262 in Stellung war, von der Kriminalpolizei verhaftet. In dem bezeichneten Hause setzte am Mittwoch ein Schornsteinfegermeister die Kamine und die Kochmaschinen. In einer Maschine fand er dabei starke Reste von Menschenknochen. Er übergab sie der Revierpolizei und ein Arzt stellte fest, daß die Knochen von einem ausgetragenen neugeborenen Kinde herrührten. Eine Hausdurchsuh führte auf die Lippelt als die Mutter des Kindes, das nach ihrer Angabe am 11. d. M. zur Welt kam. Die Verhaftete, die gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, behauptet, das Kind verbrannt zu haben, weil es kein Lebenszeichen von sich gegeben habe.

Ein Nachbild. Die Bewohner der Wehdingstraße wurden gestern abend gegen 11 Uhr dadurch in der ersten Nachtruhe gestört, daß ein ansehend geistesgestörter Mann sich auf die Straße hinstellte und dort laut zu predigen begann. Während seines Sermons entleedete er sich bis aufs Hemd. Glühende geistvolle Reute besoffen ihn aus den Fenstern mit Wasser und stimmten ein Halleluja an, was den Prediger aber nicht im geringsten störte. Ein Schutzmann machte dem häßlichen Treiben schließlich dadurch ein Ende, daß er den Irren nach der Polizeiwache am Königsgraben brachte.

Uebervahren und getötet wurde am Donnerstag das am 27. März 1897 geborene zu Prenzlau geborene Mädchen Frieda Kröb. Die Kleine spielte gestern nachmittag in der Gartenstraße vor dem Hause Nr. 18 und wurde von dem elektrischen Straßenbahnwagen 181 der Linie Bankow-Mittelstraße überfahren. Da es nicht gelang, das Kermis schnell zu befreien, wurde die Feuerwehre alarmiert. Sie traf kurz vor fünf Uhr an der Unfallstätte ein und befreite das Kind. Der zur Hilfe gerufene Arzt Dr. Henschel konnte aber nicht mehr helfen; das Kind hatte einen Schädelbruch erlitten, der den sofortigen Tod herbeigeführt hatte. Brandmeister Hammer übergab die kleine Leiche der Polizei und ließ die in der Gartenstraße 18 wohnhafte Mutter schonend benachrichtigen. Wen die Schuld an dem bedauerlichen Unglück trifft, muß die behördliche Untersuchung ergeben. Die Ansichten der Augenzeugen gingen auseinander. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Lehstraße 47 und Schwarzloppstraße 9 zu thun, wo das Zwischengebüll etc. in einer Walchstraße in Brand geraten war. Ferner wurde die dritte Compagnie nach der Wasserthorstraße und Lützen-Ufer 14 gerufen. Es gelang in allen Fällen die Gefahr schnell zu beseitigen.

Polnische Arbeiter. Unter dem Verdacht des Mordes wurden drei polnische Arbeiter in Haft genommen, die zusammen mit ihrem Landsmann Ranaus Urbanial beim Teltow-Kanalbau zwischen Rudow und Johannisthal beschäftigt waren. Am letzten Dienstag wurde die Leiche eines jungen Mannes aus dem Teltow-Kanal geborgen, dessen Gesicht blutunterlaufenen Stellen aufwies. Die Persönlichkeit des Toten konnte nunmehr festgestellt werden; es handelt sich um den genannten Urbanial, der vor acht Tagen seine Arbeit niedergelegt hatte und seitdem vermißt wurde. Da U. an jenem Tage in einem Gasthause zu Alt-Glienide zum letztenmal und zwar in Gemeinschaft mit den drei polnischen Arbeitern, gesehen wurde, mit denen er verfeindet war, so suchten sich an die Auffindung seiner Leiche alsbald Gerichte, nach denen Urbanial von seinen drei Landsleuten im Verlauf eines nächtlichen Streites in den Teltow-Kanal geworfen worden wäre. Zur Klarstellung dieser Verhältnisse leitete die Amtsgerichts-Behörde von Köpenick Ermittlungen ein und veranlaßte die einseitige Ueberführung der drei Beschuldigten ins Köpenicker Amtsgerichts-Gefängnis. Sie beteuern ihre Unschuld, geben zwar zu, daß sie mit Urbanial in Alt-Glienide zusammengetroffen seien, verweisen aber auf die Möglichkeit, daß U. auf dem Heimwege vom Lokal in angetrunkenem Zustande gestürzt und in den Kanal gefallen sei. Ueber die Todesursache soll zunächst die Leichenöffnung Aufschluß geben.

Ein Protokollbuch in einer Ledertasche ist auf dem Wege vom Gewerkschaftshause am Engelshof bis zur Schaperstraße in Wilmersdorf Montagabend zu später Stunde verloren gegangen. Es wird gebeten, den Fund gegen gute Belohnung bei Ridel, Wilmersdorf, Berlinerstr. 180 III, abzugeben.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 13. August d. J., vormittags, ist von der Ladestraße am Kronprinzen-Ufer ein braungegrünes Holzfaß mit sechs Eisenreifen, am Boden gezeichnet „B. u. G. 4711, Neu-Kappin“, enthaltend 180 Kilogramm Terpentin, Wert 137 M., gestohlen worden.

Die bisher angefertigten Nachforschungen nach dem Thäter sowie nach dem Verbleiben des Faßes, waren ohne jeden Erfolg. Da es ausgeschlossen ist, daß ein so großes Quantum Terpentin von Privatpersonen verbracht werden kann, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das gestohlene Gut bei Gewerbetreibenden, Malermeistern, Farbenhändlern usw. zum Verkauf angeboten, oder unter Zurechnung des Käufers über den Erwerb, zum Verkauf gelangt ist.

Einige Mitteilungen zur Sache werden von der Kriminalpolizei zu Nr. 7516 IV. 1. 04 erbeten.

Im Orkan der Kranis in der Laubensstraße wird Herr Dr. Donath am Sonnabend noch einmal seinen Vortrag über „Nadium“ halten. Im wissenschaftlichen Theater findet heute, Freitag, noch eine Wiederholung des Vortrages „Die Insel Mügen“ statt; am Sonnabend wird der Vortrag „Die Weltausstellung in St. Louis“ und im Anschluß hieran der Vortrag „Der Gardasee“ zur Darstellung gelangen.

Das im kaiserlichen Gesundheitsamte bearbeitete „Gesundheitsbüchlein“, enthaltend eine Zusammenstellung der wichtigsten Thatfachen aus dem Bereiche des Gesundheitswesens in gemeinschaftlicher Form mit erläuternden Abbildungen, ist jetzt in einer neuen (zehnten) Auflage erschienen, welche nach verschiedenen Richtungen hin, insbesondere auch durch eine Tafel mit farbigen Abbildungen der wichtigsten epharen und giftigen Pilze erweitert worden ist. Das Buch ist von der Verlagsbuchhandlung Julius Springer in Berlin N., Ronbignonplatz 3, zu beziehen und kostet kartoniert 1 M., in Leinwand gebunden 1,25 M., bei gleichzeitigem Bezug von mindestens 20 Exemplaren das Exemplar kartoniert 0,80 M., in Leinwand gebunden 1 M.

Theater. Der holländische Dichter Hermann Hejermans tritt heute in Berlin ein, um der ersten Aufführung seines Schauspiels „Kettenglieder“ im Deutschen Theater beizuwohnen. — Im Lessing-Theater geht am Sonntagmittag die verunkeltete Glode neinstudiert in Scene. Das Werk wird an diesem Tage zum 289. Male gegeben. Marie Ursus spielt das Hauptrollelein und Adoff Klein den Ridelmann. Am Montag erklärt Rose Bernd die 100. Aufführung. — Die erste Vorstellung der Komödie von Arno Holz und Oskar Jeschke „Traumulus“ wurde am Sonnabend, den 24. September, feierlich. — Im Schiller-Theater O. geht morgen, Sonnabend, neueinstudiert Angenrubers Bauernkomödie „Die Kreuzschreiber“ in Scene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Herren Kuzinger, Hermann, Patzegg, Kolan, die Damen Schumolova, Silken, Werner; Regie: Herr Heimes. — Central-Theater. Fel. Via Verber wird in der morgigen Aufführung „Die Fledermaus“ nach längerem Urlaub als „Adele“ wieder auftreten. Die „Kofalinde“ wird die Opernsängerin Susi Förster als Gast singen. Die andern Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Oskar Braun (Eisenstein), Hans Horsten (Alfred), Carl Schulz (Frank), Rudolf Ander (Frosch), Erich Deum (Dr. Falke), Carl Ansood (Dr. Blind).

Im Circus Sarrasani findet am Sonntagabend die letzte Vorstellung statt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Mit dem Bau des großen Rotauslasses für die Kanalisation nach dem Landwehrkanal ist jetzt begonnen worden. Der Rotauslass nimmt seinen Anfang an dem großen Sammelbehälter in der Hohenstaufenstraße, durchzieht die neue Winterfeldstraße und den südlichen Teil der Raabenstraße, umfließt in östlicher Richtung den Rollendorfsplatz und biegt in die nördliche Hälfte der Raabenstraße ein, um dann nach der Durchquerung des Lützowplatzes an der Herkulesbrücke in den Landwehrkanal einzumünden.

Die Schöneberger Volkshochschule ist immer noch nicht wieder geöffnet. Wenn freilich beabsichtigt wird, eine vollständige Reorganisation vorzunehmen, so dürfte bei der umfangreichen Arbeit einer solchen Umwälzung an eine baldige Benützung der Anstalt vorläufig nicht zu denken sein, und die Leser werden sich noch verschiedene Monate gedulden müssen. Ob dies im Interesse des Ansehens des von der Kommune vor vier Jahren ins Leben gerufenen Instituts liegt, ist eine andre Frage. Unschlüssig muß wohl eine heillose Verwirrung in der Verwaltung geherrscht haben und die Dame, die

die Leitung der Ein- und Abgänge der Bücher bisher zu versehen hatte, dürfte zu ihren Posten wohl nicht zurückkehren. Jedenfalls aber haben die städtischen Behörden die Verpflichtung, für eine baldige Wiedereröffnung wenigstens der Leshalle zu sorgen, wodurch die Reorganisationsarbeiten der Bibliothek gewiß nicht verhindert werden.

Ober-Schöneberg. Die letzte Gemeinderatssitzung hatte sich mit einem Antrage der Ortsgruppe des deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes über Errichtung eines Kaufmannsgerichtes zu befassen. Eigenartig war die Beschlußfassung hierüber. Nachdem der Antrag selbst abgelehnt war, fand ein vom Genossen Grunow vorher gestellter Antrag auf Kommissionsberatung eine Mehrheit. Von den Vertretern der ersten Klasse wurde die Berechtigung dieses Beschlusses angezweifelt. Genosse Grunow führte aus, er nehme zu Gunsten der Mehrheit an, sie hätte nur aus taktischen Gründen gegen sofortige Errichtung gestimmt und könnte deshalb sehr wohl für Kommissionsberatung sein. Eine aus sechs Personen bestehende Kommission soll über den Antrag beraten. Der Kommission wurden noch einige in Sachen der obigen gerichtlichen Fortbildungsschule zu erledigende Angelegenheiten überwiesen. Genosse Grunow wünschte, daß die Schule in den einzelnen Unterrichtsfächern, speziell beim Zeichnen, auf die Praxis der Werkstätten Bezug nehme. — Ein Antrag auf Vermehrung der Zahl der Gemeindevereiner fand diesmal Annahme. Durch Ortsstatut wird bestimmt, daß vom Januar 1905 ab die Zahl der Vertreter von 9 auf 12 und die der Schöffen von 2 auf 3 erhöht wird. — Auf eine Anregung der Regierung hin wurden zur Errichtung von Lungenheilstätten einmalig 1000 Mark bewilligt mit der Maßgabe, daß laufende Beiträge zu erwarten seien. — Ein von der Amtsbehörde beschaffter Desinfektionsapparat soll möglichst kostenfrei in Wirklichkeit treten, auch bei freiwilligen Desinfektionen. Ueber eine Klage des Herrn Deutschert — auf einem ihm von der Gemeinde abgelassenen Grundstück den Schulhausbau unterzählig zu beginnen — wird zur Tagesordnung übergegangen. — Ein Antrag, dem Arbeitsnachweis in Baumelsburg einen Beitrag zu leisten, wird abgelehnt. — Der Baustein für das Amtshaus in der Louisenstraße wird bis zum 1. Juli 1905 verlängert.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Bei Kleeßen spricht am Sonnabend Genosse Mosspühl über die Bedeutung des internationalen Kongresses. Auch sonst stehen wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung.

Gerichts-Zeitung.

Die unerquickliche Diebstahlsklage gegen den 60jährigen Rechnungsrat W. H. H. gelangte gestern vor der sechsten Ferien-Strafammer des Landgerichts I zu einem für den Angeklagten günstigen Abschluß. Im August vorigen Jahres befand der Angeklagte sich in Begleitung seines 14jährigen Sohnes im Wertheimischen Kaufhause. Eine in seiner Nähe stehende Dame bemerkte, daß der Angeklagte wiederholt kleine Gegenstände, wie Radiergummi, Bleistifte und dergleichen von den Tischen nahm und sie seinem Sohne in die Taschen steckte. Die Dame wies ihre Tochter auf das merkwürdige Gebaren des Angeklagten hin. Dies wurde von dem Kriminalkommissarius K., der sich zufällig auch als Käufer im Wertheimischen Geschäft befand, gehört. Er beobachtete nur auch den Angeklagten und nahm wahr, daß dieser seinem Sohne noch einige kleine Gegenstände in die Tasche steckte. Dann nahm der Angeklagte noch ein Schreibheft vom Tische, behielt es in der Hand und ging damit zur Kasse, wo er es bezahlte. Als er sich dann mit seinem Sohne entfernen wollte, wurde er angehalten und beide wurden einer Durchsuchung unterworfen. Die Taschen des Knaben enthielten eine ganze Menge Schreibmaterialien, die aber alle nur einen nach Pfennigen zu berechnenden Wert hatten. Der Angeklagte gab nicht direkt zu, daß er die Sachen hatte stehlen wollen, sein Benehmen erregte aber den Eindruck, als ob er ein böses Gewissen habe. Das Schöffengericht glaubte nicht an die von ihm behauptete Unzurechnungsfähigkeit, sondern verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis. Der Angeklagte hatte sich inzwischen kurz vorher pensionieren lassen. Wegen das schöffengerichtliche Urteil wurde sowohl seitens der Staatsanwaltschaft wie seitens der Verteidigung Berufung eingelegt. Es handelte sich um die Frage, ob der Angeklagte bei Begehung der That im Besitze seiner vollen Geisteskraft gewesen sei oder nicht. Ein früherer Termin wurde vertagt, weil noch weitere medizinische Sachverständige geladen werden sollten. Im gestrigen Termine wurde festgestellt, daß der Angeklagte vor einigen Jahren den größten Teil seines Vermögens verloren hatte und seit dieser Zeit etwas schwermütig geworden war. Er war nicht im stande gewesen, seine Obliegenheiten wie früher zu erledigen, sondern mußte die Hilfe seiner Kollegen in Anspruch nehmen. Wiederholt war er auf der Straße von Ohnmachtsanfällen heimgeführt worden und hatte ein auffallendes Benehmen, besonders große Vergesslichkeit an den Tag gelegt. Diesen letzteren Umstand benutzte die Verteidigung als Beweis dafür, daß die Angaben des Angeklagten, er habe nur vergessen, sämtliche entnommenen Sachen zu bezahlen, der Wahrheit entsprechen. Es wurden gestern vier medizinische Sachverständige denuommt. Zwei von ihnen, die den Angeklagten seit Jahren kannten, begutachteten, daß dieser bei Begehung der That nicht Herr seiner Sinne gewesen sei. Die beiden Gerichtsärzte, Medizinalrat Dr. Mittenzweig und Dr. Hofmann, hielten ihn dagegen für seine That voll verantwortlich.

Der Staatsanwalt iehried den beiden letzteren Gutachten das Uebergewicht zu, zog zwar seine Berufung zurück, beantragte aber, auch die Berufung der Verteidigung zu verwerfen oder ebentfalls ein Obergutachten vom Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg eingeholen. Der Verteidiger, Justizrat Bronler, trat mit Wärme für die Freisprechung ein, indem er u. a. darauf hinwies, wie wenig wahrscheinlich es sei, daß ein in Ehren ergrauter Mann sich in der geschilderten Weise unter Benützung seines eignen Kindes an so mindertwertigen Sachen vergreifen sollte.

Der Gerichtshof kam auch nach kurzer Beratung zu einem freisprechenden Urteil.

Vermischtes.

Aus Blankenburg in Schwarzathal wird berichtet: Heute vormittag entstand in der Karl Volkstathen Weiderei durch Explosion eines Benzinkanisters Feuer, wodurch das Restellhaus eingestürzt wurde. Vier Arbeiter wurden sehr schwer, fünf andre leicht verletzt. Die neun Arbeiter sind in das Krankenhaus nach Rudolstadt übergeführt worden.

In Wald bei Solingen ist der Amdant Vogt von der Orts-Krankenkasse nach Unterschlagung von 20000 Mark flüchtig geworden.

Ein erschreckendes Sittenbild bringt das „Hamburger Echo“: Wegen eines ganz niederrichtigen Sittenverbrechens sind vier Söhne angesehener Familien in Blankenese in Haft genommen worden. Die vier jungen Herren, die als Einjährige bei der Marine gedient haben, nahmen in voriger Woche ein Boot, lodten ein 15jähriges Dienstmädchen in das Fahrzeug, angeblich um eine Bootsfahrt mit dem Mädchen zu machen, führen auf die Elbe hinaus und sollen dort nacheinander das Mädchen vergewaltigt haben. Es verlautet sogar, eines der sauberen Pärchen sei trank und habe das Mädchen angeheft.

Ueber ein Luftballonunglück wird aus Budapest berichtet: Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei den Manövern in der Nähe von Bezegrim. Die Luftschiffer-Abteilung des Wiener Festungsartillerie-Regiments Nr. 1 machte dort mit ihrem 900 Kubikmeter Gas fassenden spindelförmigen Ballon Übungen. Der Ballon war unbemannt. Nach Abschluß der Übung ließ man den Ballon bis auf 50 Meter Höhe sinken. Er wurde dann von 84 Artilleristen unter Kommando des Lieutenants Hobold an Striden gehalten und sollte so in die Kaserne geführt werden. In nächster Nähe der

Kaserne entstand plötzlich ein heftiger Wind, der den Luftballon in die Höhe jänellte und die Soldaten, die sich die Stricke um den Leib gebunden hatten, mit emporriß. Die meisten hatten die Gesichtsgewandert, die Stricke mit ihren Messern zu durchschneiden, acht Mann aber wurden von dem dahintragenden Luftballon an Felsen geschleudert, worauf dann auch die letzten Seile rissen und der Ballon davonflog. Zwei Korporale und ein Feuerwerker blieben mit zertrümmerten Schädeln tot liegen. Die fünf andern sind sehr schwer verwundet. Vom Luftballon fehlt bisher jede Spur.

Russische Kultur in Bildern. Der russische Publizist Belokonst spricht sich, der „Wostokischen Zeitung“ zufolge, in bitteren Worten über die Rückständigkeit der russischen Volkslitteratur aus, die namentlich dem herrschenden Kriege gar nicht gerecht wird. Schriften in Form von Büchern über den russisch-japanischen Krieg hat die Volkslitteratur nur sehr wenig herbeigebraucht, aber Bilder mit Versen und Prosatexte eine unendliche Menge. Einem großen Teile von ihnen — so führt Belokonst aus — dienen die amtlichen Berichte zum Vorwurf, in denen, wenn auch nur nebenbei, von irgend einem Erfolge oder irgend einer Heldenthat der Russen die Rede ist; dabei wird die nichtsagende Melbung dieser Art ausgenutzt und ungläublich übertrieben. Man sieht auf diesen Bildern den Krieg im Gange, wobei zu Lande und zu Wasser die Japaner wie die Fliegen zu Grunde gehen. Auf dem Meer sind alle feindlichen Schiffe in die Luft gesprengt und die Flammen schlagen überall hervor, während in den Wogen eine unermessliche Anzahl Japaner treibt. Zu Lande wird der Feind nur in der Form toter oder sterbender Soldaten dargestellt, die sich auf dem Schlachtfelde herumwälzen oder vom Pferde fallen. In viel geringerer Zahl sind bisher Karikaturen erschienen. Sie sind alle gleichwertig, und um sie richtig einzuschätzen, genügt es, auf eine hinzuwiesen. Sie nennt sich „Kriegslieder der Donchik.“ (Man kann dies Bild in Berliner Schaufenstern sehen. D. Red.) Ein ungeheurer Kerl mit tierischem Gesichtsausdruck ist dargestellt. Er trägt eine große Mütze mit roter Spitze, einen kurzen Halbpelz, von einem roten Gürtel zusammengehalten, in den die grünen Fausthandschuhe gesteckt sind, blaue Hosen mit gelblichen Streifen und riesige weiße Stiefel. Dieser Kerl hat einen Japaner in blauer Uniform und weißer Mütze mit gelbem und grünem Bande, gepackt, über's Knie gezogen und schlägt ihn mit einer dreifüßigen Stute. Zu Füßen des Kosaken ist noch ein Bündel Muten zu sehen, wahrscheinlich als Vorrat. Der Japaner schreit schützlich; aus seinen Augen strömen die Thränen. Im Rücken des Kosaken sieht man die erschreckten Gestalten Amerikas und Chinas, hinter denen sich Port Arthur erhebt. Unter dem Bilde stehen in Versen folgende Worte: „Ja, Mikado, es wird schlecht gehen. Wir werden Dir Dein Gehärd zerstören, es bis auf den Grund zerstören. . .“ „Unsere Volkslitteratur“, fährt Belokonst fort, „ist jetzt noch ebenso unaktiviert, wie zur Zeit des vorigen Krieges. Abgesehen von ihrer Unbildung zeigt sie weder Humor noch Witz und besteht ausschließlich in der Lobpreisung großer physischer Kraft, die das Alpha und Omega des irdischen Glückes zu bedeuten scheint. Der Feind Russlands ist nur darum tömlich, weil er „kein von Buchs“ ist, keine „Wadenknochen zertrümmern“, nicht die „Eichenleule schwingen“ kann usw. Verstand, Wissen, Kultur, die rechtliche Stellung des Volkes — das sind alles Eisenblasen, wenn man nur unfaßbare Maße, ungeheure Fäuste und Eichenknäuel besitzt.“

Diese russischen Kulturdenkmäler sind zum Teil auch bei der Königsberger Justizblatteme dem Gerichts-vorsitzenden vor die Augen gehalten worden, als es diesem Herrn beliebt, ein „simplicissimus“ absehnlich zu nennen.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Freitagabend 9 Uhr, Alte Jakobstraße 75: Übungsstunde.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Jastrow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 24 des 7. Jahrganges unter andern: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Hochschulkurse für Arbeiter. — Arbeiterausstände in England. — Der Achtstundentag in Amerika. — Landwirtschaft: Winderangebot von Arbeitskräften. — Vergütung: Arbeiterverhältnis zwischen Förderungsmöglichkeit und Abfall. Lage des Arbeitsmarktes. Konkurrenz der englischen Kolle. — Gemeindegewerbe: Steigerung des Abfalls. Unfriedliche Lage der Cementwarenindustrie. — Textilmehrwerte: Mäßigung der Rohstoff-Einfuhr. Wärmehaltung des Beschäftigungsgrades. Rückgang in der Ausfuhr. — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Streikergebnis für Deutschland. Deutscher Reich-Lingarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsnachweis für kaufmännische und technische Beamte in Berlin. — Ausschließung vom Arbeitsnachweis in Straßburg i. E. — Frauenvereine und Dienstbotenvermittlung. — Vertragsformulare für ländliche Arbeiter. — Lehrlingswesen. Fortbildung: Berufswahl der ländlichen Jugend. — Gewerbliches Unterrichtswesen in Süddeutschland und der Schweiz. — Arbeitslosen-Fürsorge: Arbeitslosenbildung in Charlottenburg. — Versicherungsfrage gegen Arbeitslosigkeit in Leipzig. — Arbeitslosenversicherung in Luxemburg. — Beilage: Mitteilungsblatt des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst z. demnachstigen Angaben über August 1904.

Carl Sam. Amerikanische Reise- und Kulturbilder. Von Carl Zimmermann. Stuttgart. Verlag von Strecker u. Schröder. Preis broschiert 4 M.

Die unbegrenzte Teilbarkeit der Masse, der Aufbau der Körper. Von Otto Schmatolla, Apotheker. Verlag von Georg Pöhlner, Berlin N. 24. Preis 2 M.

Alkohol und Volkschule. Der Lehrer und die sociale Frage. Von H. Damalste. Preis 15 Pf. Leipzig. Felix Diederich.

17 Tage Jerevan. Selbstverleitet von Gertrud Dirichberg. Berlin 1904. Hermann Walther, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Kommandantenstr. 14.

Gartenstadt und ästhetische Kultur. Von Hans Kampffmeyer. Abdruck aus dem Kunstwart. Preis 30 Pf. Druck von Nauwer u. Dimmich. Berlin S., Rulienstr. 11.

Vektor F. v. Bodenschwing. Wer hilft mit? Ein Wort zur Reorganisation der Berliner Wihle. 1904. Verlag von August Scherl, G. m. b. H. Berlin. Preis 50 Pf.

Otto Kühle. Das sächsische Volkshochschulwesen. Preis 50 Pf. Leipzig 1904. Leipziger Buchdruckerei H.-G.

Marktpreise von Berlin am 14. September. Nach Ermittlungen des lgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,70—17,67 M., mittel 17,64—17,61 M., geringe 17,53—17,55 M. Roggen**), gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,94—13,93 M., geringe 13,91—13,90 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,20—14,40 M., mittel 14,30 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,80 M. Hafer**), gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Rindfleisch 25,00—20,00 M. Kartoffeln 11,00—8,00 M. Hühnerfleisch 4,50—4,16 M. Den 9,40—6,60 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,60 M. Eier per Schock 4,00—2,80 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

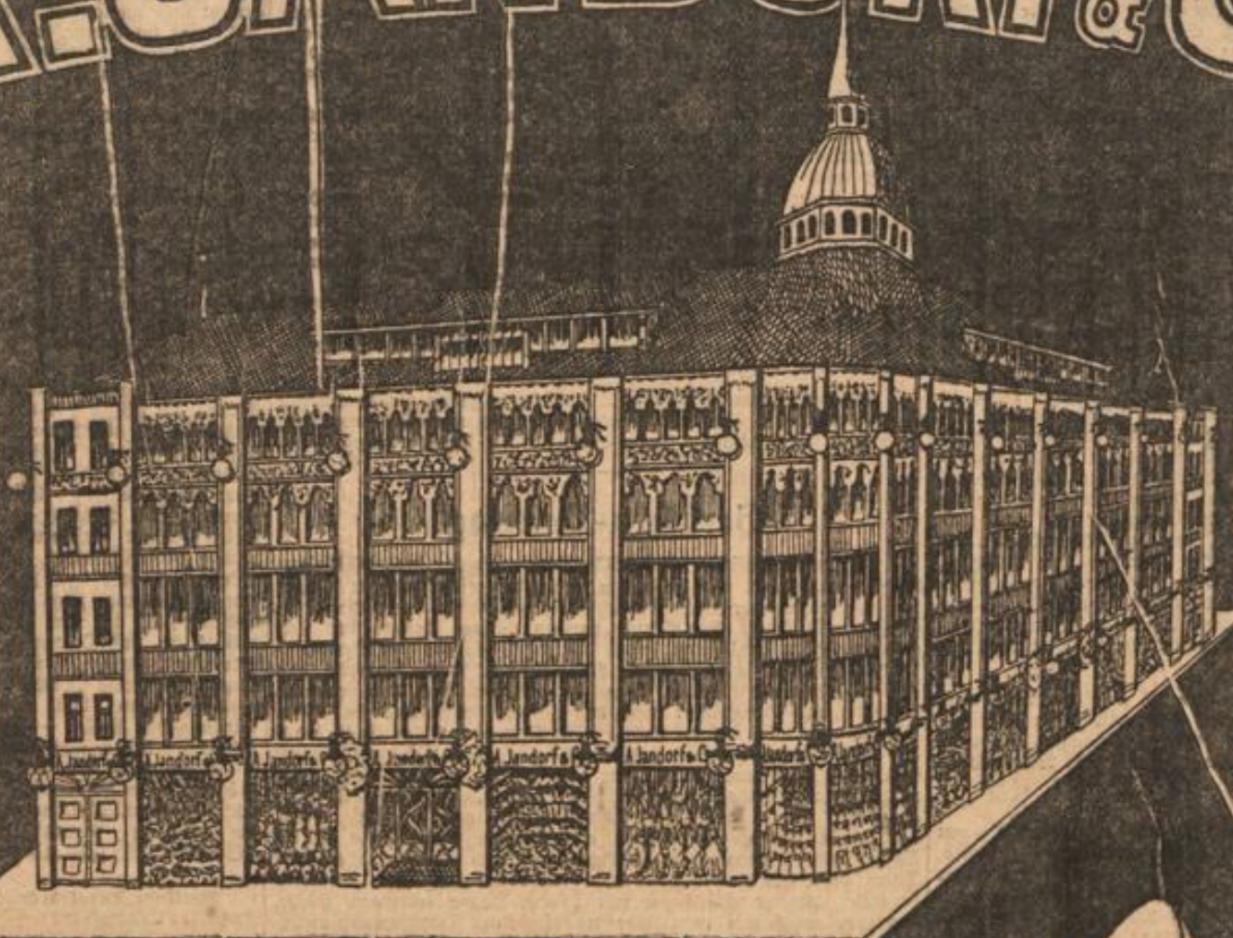
Wasserstand am 14. September. Elbe bei Ruffig — 0,71 Meter, bei Dresden — 2,13 Meter, bei Angbedung + 0,10 Meter. — Unstrut bei Stralsund + 0,50 Meter. — D e e r bei Ratibor + 0,78 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,34 Meter, bei Fresslau Unter-Regel + 1,80 Meter, bei Rranfurt + 0,18 Meter. — B e i c h e l bei Drabemünde + 1,90 Meter. — W a r t e bei Posen — 0,22 Meter. R e h e bei Ulf + 0,00 Meter.

Witterungsübersicht vom 15. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stolpen	761	OSO	2bedekt	11	14,0	Haparanda	762	NOB	2heiter	4	10,0
Hamburg	760	D	2bedekt	11	13,0	Petersburg	756	NOB	3halb bb.	5	10,0
Berlin	759	SOB	1bedekt	12	12,0	Urt					
Kranz a. M.	760	SOB	3wolkenl.	13	12,0	Uerbeen	762	D	3bedekt	12	12,0
Rindern	762	SOB	4Regen	11	12,0	Paris	761	SOB	1bedekt	12	12,0
Sten	759	SOB	1bedekt	15	12,0						

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. September 1904. Langsam anfallend, am Tage etwas wärmer, bei schwachen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. **Berliner Wetterbureau.**

A. JANDORF & Co



Brunnenstr. 19-21,
Ecke Veteranenstr.

Eröffnung

Sonnabend, 17. September
8 Uhr Vormittag

Gratis-Photographie-Bons

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Seitlich geschützt D.R.G.M. 102601

Rabatt-Karte

A. Jandorf & Co.

Berlin N., Brunnenstr. 19/21
Ecke Veteranenstr. an der Jandorfstr.

Wir versetzen auf Wunsch bei Bar-Einzahlen für je 100 Mark den gewählten Betrag eine Rabattkarte, für die auf jedem Kauf zahlen wir an unserer Rabatt-Kasse **1.00** in bar.

Wer bei Jandorf kauft, spart Geld!

Vor der Raab-Vergütung sind unangehörige Ausländer.

Verfassungen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission befahte sich in einer Sitzung am Donnerstag mit dem Bericht von der Versammlung des Gewerkschaftsartells in Nummer 216 des „Vorwärts“ abgedruckten Resolution, die Kandidaturen zu den Gewerbegerichtswahlen betreffend.

Auf den in Nr. 216 des „Vorwärts“ vom 14. September enthaltenen Versammlungsbericht des Berliner Gewerkschaftsartells hat der unterzeichnete Ausschuss folgendes zu erklären: Die dem Berliner Gewerkschaftsartell angeschlossenen Organisationen haben keine Berechtigung, eine proportionelle Anteilnahme an den Kandidaten zu den Berliner Gewerbegerichtswahlen zu beanspruchen, da gerade sie es waren, die vor fünf Jahren, als sie aus der Berliner Gewerkschaftskommission austraten, dies nur aus dem Grunde thaten, daß sie damals eine proportionelle Beteiligung der Delegation ablehnten.

Zum Schluß betrachtet die Berliner Gewerkschaftskommission es aber als eine Verpflichtung gegen die Arbeiterschaft, nicht mit Leuten zusammen zu gehen, die planmäßig und systematisch eine Zerspaltung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter betreiben und die in ihrem blindwütigen Haß gegen die centralorganisierten Arbeiter soweit gehen, diese wider besseres Wissen in den Not und Sämung zu zerren, Verirrung und Demütigung zu treiben, wie dieses auf Grund erhaltener Thatsachen zu verschiedenen Malen von der politischen Arbeiterpresse festgestellt und gebrandmarkt worden ist.

Mit Rücksicht auf die Metallbetriebe-Fabrik von Weiphal u. Reinhold befahte sich am Dienstag eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Firma, die im Lokal von Portier in der Tegelerstraße tagte. Die Agitation für die Versammlung war mit eigenartigen Schwierigkeiten verknüpft, da der Bruder des Firmeninhabers Reinhold den Zettelverteiler des Metallarbeiter-Verbandes Weinberg am Verbreiten der Einladungszettel zu hindern suchte, so daß dieser erst die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen mußte, um seiner Pflicht genügen zu können.

unnötige und lästige Einrichtung ist es auch, daß die Arbeiter gezwungen werden, täglich einen Lohnzettel auszufüllen, obgleich nur wöchentlich abgerechnet wird. Bei Accordarbeit, die durchschnittlich nur 50 Pf. die Stunde einbringt, ist der mit jener Einrichtung verbundene Zeitverlust eine recht unangenehme Schädigung. Was die gesundheitschädlichen Uebelstände anbelangt, so wurde besonders über Mangel an Ventilationseinrichtungen gellagt, über unerträglichen Lärm in der Gärerei, großem Schmutz in der Gießerei, ferner über mangelhafte Wascheinrichtungen — eine ausgediente Kollmopsbühse muß als Waschküchlein benutzt werden. Auch dient ein Keller als Arbeitsraum, der, wie der Fabrikleitung offenbar bekannt ist, eigentlich nicht zu diesem Zweck verwendet werden dürfte; denn sobald der Gewerbe-Inspektor naht, müssen alle zwölf Mann, die dort thätig sind, den Raum verlassen und das Licht wird ausgelöscht, daß der Wächter des Gefängnisses nichts merkt. Die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Vorgesetzten läßt ebenso viel zu wünschen übrig. Wenn den Arbeiterinnen zum Waschen oder Frischhalten das Kaffeeloch verboten wird wegen des Gases, das dabei verbraucht wird, so macht das der Firma wenig Ehre. Noch schlimmer ist es, daß der Portier sich Arbeitern gegenüber Schimpfwörter wie „Läse“, „Schwein“ und andere Titulaturen aus dem Tierreich erlaubte. Unter solchen Umständen kann es nicht verwundern, daß es sogar zu Handgreiflichkeiten gekommen ist, wobei der Portier der Fabrik seine Faust im Dienste der Firma walten ließ. — In der Versammlung war zur Verteidigung der Firma der Buchhalter der Fabrik, Herr F r o m m erschienen. Er versprach, einige Vorfälle, die er ebenfalls für unerhört erachtete, am nächsten Tag dem Chef vorzutragen; hinsichtlich einer Prügelei mit dem Portier meinte er, daß die Schuld auf Seite des Arbeiters liege, der der Angreifer gewesen sei. Im übrigen hatten seine Ausführungen nur den Erfolg, daß in der Diskussion nur um so mehr Mißstände aufgedeckt wurden. — Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammelten sehen ein, daß die Mißstände so sind, wie sie der Referent geschildert hat, ja sogar, wie die Diskussion ergeben hat, noch schlimmer. Auch sehen die Versammelten ein, daß alle Versprechungen der Fabrikleitung nur leere Phrasen sind und daß sie derartigen Versprechungen kein Vertrauen mehr entgegenbringen können. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Versammelten für Stärkung der Organisation, und mit deren Hilfe für Verringerung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen.“ Außerdem wurde eine Kommission gewählt, die das Statut zu einem Arbeiterausschuß der Fabrik ausarbeiten, und dann für die Einführung eines solchen bei der Fabrikleitung vorstellig werden soll.

Nach Schluß der Versammlung hielten die Schlosser des Betriebes unter sich eine Besprechung ab, in der über Schritte zur Abstellung der ihre Abteilung betreffenden Mißstände beraten wurde.

Ueber die Kämpfe im Baugewerbe und ihre Lehren für die Zukunft sprach am Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Filiale des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter der Verbandsvorsitzende Wehrendt aus Hamburg. Der Redner gab zunächst eine allgemeine Uebersicht über die zahlreichen und teils recht langwierigen Kämpfe, die in verschiedenen Städten Deutschlands die Bauarbeiter in diesem Jahre durchzumachen hatten und die teils jetzt noch nicht beendet sind und entschlossen weitergeführt werden. In 28 Städten wurden bis jetzt im Laufe dieses Jahres durch Lohnkämpfe Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt; außerdem ist es in 22 Städten gelungen, ohne Arbeitsniederlegung Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen. Besonders eingehend sprach der Redner über die großen und noch immer nicht beendeten Kämpfe in Königsberg, Bremen, Bremerhaven und in Rostock und erwähnte die Hilfe, die die Behörden dem Unternehmertum leisten, die vielen harten Strafverfügungen und Urteile gegen Streikende, die eine Höhe erreicht haben wie nie zuvor. Die Verfolgungen und Kämpfe haben übrigens nur dazu beigetragen, den Verband zu härten, dessen Mitgliederzahl von 22 000 im zweiten Quartal 1903 auf 34 440 im selben Quartal dieses Jahres angewachsen ist. Die diesjährigen Kämpfe haben dem Verband allerdings erheblich mehr Geld gelostet als je zuvor, wenn gleich nicht die Gefahr vorliegt, daß die Mittel der Organisation erschöpft werden, da die große Steigerung der Mitgliederzahl selbstverständlich auch weit größere Einnahmen mit sich brachte. Der Referent schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, mit aller Kraft am Ausbau der Organisation zu arbeiten, um auch hier in Berlin auf alle Fälle gerüstet zu sein. — Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung 10 000 Mark aus der Lokalkasse der Hauptkasse zu überweisen und weitere Mittel durch die vom Hauptvorstand gelieferten freiwilligen 20 Pf.-Extremkarten zu sammeln. — Als Kandidat für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen wurde Otto Rüdke, und für den Fall,

daß den Bauarbeitern zwei Kandidaten zugestanden werden, Bohrer aufgestellt. Als Mitglied des Verbandsausschusses wurde durch Stimmzettel Wilhelm Venz gewählt.

Die Feuerbekämpfungsfrage für Berlin lautete das Thema, mit welchem sich am Montag eine außerordentliche Generalversammlung der freireligiösen Gemeinde in Franzes Saal, Sebastianstr. 89, befaßte. In dieser Versammlung waren sämtliche Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Vollberechtigung geladen. Die Versammlung beauftragte einstimmig den Vorstand, bei der preussischen Regierung Schritte dahin zu thun, daß wenigstens für die Leichen verstorbener Mitglieder der Gemeinde der städtische Verbrennungsofen in der Döhlmeierstraße freigegeben wird. Sollte die Regierung sich ablehnend verhalten, so hat die zu diesem Zweck seit Jahresfrist arbeitende Kommission Mittel und Wege gefunden, auch für verstorbene Mitglieder der minderbegüterten Klasse die Verbrennung der Leichen durch Ueberführung derselben nach Gotha, Jena oder Dessau (sobald der Ofen in letzterer Stadt in Betrieb ist) gegen ganz niedrige Kosten zu ermöglichen. Vorstand und die genannte Kommission sind mit der Ausführung beauftragt. Man darf gespannt sein, was diesmal das Ministerium erwidern wird. Dasselbe lehnte das letzte Mal die allgemeine Freigabe des Ofens mit der Motivierung ab, daß kein Bedürfnis für die Verbrennung von Leichen vorhanden wäre. Für die freireligiöse Gemeinde als solche kann zum mindesten das Bedürfnis nicht in Abrede gestellt werden, obwohl für jeden Einseitigen das allgemeine Bedürfnis in einer Großstadt wie Berlin ganz zweifelsohne in großem Maßstabe vorhanden ist. Aber wie soll das Ministerium über Volksbedürfnisse informiert sein!

Rixdorf. In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, welche am 13. September bei Thiel, Bergstr. 151/152, stattfand, referierte Genosse K a y e n s e i n über: „Der Kampf gegen den Militarismus“. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Die Versammlung stimmte noch einem Antrage Kaysers zum Bremer Parteitag zu, welcher eine planmäßige und dauernde Propaganda gegen den Militarismus fordert und sich gegen die Soldatenmishandlungen ausspricht. Von dem Bericht der Kreis-Generalversammlung wurde mit Rücksicht auf den im „Vorwärts“ ausführlich erstatteten Bericht, und da ja außerdem die von Rixdorf gestellten und zur Annahme gelangten Anträge ebenfalls zur Veröffentlichung gelangt seien, Abstand genommen. — Neu aufgenommen wurden 64 Mitglieder. — Der Gastwirt Reuendorf, Kneisebeckstr. 118, wurde aus dem Wahlverein ausgeschlossen, da er einen Genossen demunziert hatte, weil derselbe in seinem Lokal „verbotene“ Schriften verkauft habe.

Briefkasten der Redaktion.

Feuerwehr. (B. R.) Zu ergänzen bezw. zu berichtigen wäre für Sie noch das Folgende: Es gibt fünf Compagnien mit 800 Personen nach dem amtlichen Ansatz von 1904. — Anfangsgehalt 1200 M. nach 4 Jahren 1274 M., nach 8 Jahren 1350 M., nach 11 Jahren 1475 M. und nach 14 Jahren 1600 M. Höchstgehalt. — Ferner: Die Hinterbliebenen-Versicherung in Berlin ist jetzt bereits geregelt. — In den letzten vier Jahren etwa 40—60 Mann neu eingestellt. — 1904 Verstärkung der Feuerwehren, so daß im laufenden Jahre eine Vermehrung der Feuerwehrmännlichkeit um rund 100 Personen stattfand. — Wegen Ihrer sonstigen Wünsche wenden Sie sich brieflich an das königliche Polizeipräsidium Berlin, Alexanderplatz, Abteilung für Feuerwehr, unter Einzigfügung Ihres Lebenslaufes sowie der Militärpapiere. — S. 17. Bitte, Ab-Druckung und Wiederholung der Anfrage. Uebrigens „Volkswohlfahrt“ nach welcher Richtung? —

Juristischer Cell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. R. G. 19. Rein. — S. 2. 65. Falls Sie eines der hier gebrauchten Mitgliedsnummern unterschrieben haben, ist nicht der Wert, sondern die Unschicklichkeit. Sie könnten nur gegen den Vater das Ansehen auf Schadensersatz klagen. — M. T. 1. Rein; der Arbeitslohn ist nach der zutreffenden, übrigens auch herrschenden Ansicht an dem Jahrlohnsatz auch dann nicht pflanzbar, wenn er bereits in den Händen des Arbeiters ist. 2. Liegt kein Arbeitsverhältnis vor, so kann der Ihrem Schuldner zustehende Betrag gepfändet werden. 3. Verträge, die zum Schein oder zur Denaturierung des Gläubigers geschlossen werden, sind anfechtbar und ungültig. — R. 2. Wehensee. 1. Rein. 2. 1 Monat. 3. Je. 4. Rein. 5. Das Amtsgericht, weil die Handlungsgesetze sind. — G. 23. Es erben allein die Eltern, und zwar zu gleichen Teilen. — Jahrsbeitrag Abonnent. 1. Sie können sich an den Regierungspräsidenten zu Potsdam oder an den Berliner Polizeipräsidenten mit dem Antrag auf Zulassung zur Hebammenprüfung wenden. Dann erfolgt ein Examen und körperliche Untersuchung. Erst dann werden Sie in die Rolle derer eingetragen, die zum Kursus in der Charité zugelassen werden. Der Kursus dauert etwa sechs Monate und erfordert rund 300 Mark Kosten. Dann folgt Examen. Sind Sie älter als 27 Jahre, so hätten die Schritte keinen Nutzen; zur Hebamme darf nicht ernannt werden, wer älter als 30 Jahre ist. Der Indrang ist so stark, daß drei Jahre bis zur Zulassung vorausschicklich vergehen. 2. Eine Jurisprudenz ist möglich, ohne daß mit Erfolg dagegen angeklagt werden könnte. — R. 2. W. 43. Ja.

Extra-Preise Warenhaus A. Wertheim Freitag und Sonnabend soweit der Vorrat reicht: Italien. Weintrauben (Goldtrauben) Kiste ca. 8 Pfd. 95 Pf. Frische Früchte sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 16. September. Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. La Traviata.
Neues königl. Opern-Theater. Ein Sommernachtsstraum.
Deutsches. Lady Windermere's Fächer.
Berliner. Rabenstreich.
Leffing. Die Frau vom Meere.
Wesken. Wilhelm Tell.
Central. Die Fledermaus.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Pension Schöller.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) John Gabriel Borkman.
Neues. Die lustigen Weiber von Windsor.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Reichshallen. Eine Hochzeitssnacht.
Trianon. Ihr toller Mann.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville.
Luisen. Dasemanns Töchter.
Deutsche Volksbühne. Die Räuber.
Metropol. Ein toller Mann.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Beim auf Erden mit Hans, das denkende Pferd.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vasage-Theater. Diba. Specialitäten.
Urania. Landstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Die Insel Rügen.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute Anfang 8 Uhr: Gastspiel der Opernsängerin Gusti Förster u. Wiederauftreten des Fräulein Mia Werber.
Die Fledermaus.
Sonnabend: Tannhäuser.
Sonnabendmorgen: Die Fledermaus. — Abends: Tannhäuser.

Luisen-Theater.
Zweites Gastspiel von
Emil Thomas.
Zum zweitenmal:
Dasemanns Töchter.
Sonnabend: Der Goldbauer.
Sonnabendmorgen: Von Stufe zu Stufe. — Abends: Gastspiel Emil Thomas: Dasemanns Töchter.
Montag: Von Stufe zu Stufe.

Deutsche Volksbühne.
Im Carl Weich-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Räuber.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die Räuber.
Sonnabend 2. erstmalig: Genoveva.
Sonnabendmorgen: 3 Uhr: Kennzeichen von Tharant. — Ab. 8 Uhr: Genoveva.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Zum Heute abend 8 Uhr! Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die Räuber.
Sonnabend 2. erstmalig: Genoveva.
Sonnabendmorgen: 3 Uhr: Kennzeichen von Tharant. — Ab. 8 Uhr: Genoveva.

334. GROSSEN TEICH
Male:
Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitssnacht.
(Une Nuit de Noce.)
Schon in 3 Akten von F. Révoul und H. Barre.
Sonnabendmorgen, 3 Uhr: Nora.

National-Theater.
Weinbergsweg 12a-13b.
Eröffnungs-Vorstellung: Figaros Hochzeit.
Eröffnungstag wird noch bekannt gegeben. Abonnements werden bis 15. September täglich im Theaterbureau entgegengenommen. 25/13*

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden
von Paul Lincke mit der Parodie Hans, das denkende Pferd, vorgeführt von Robert Steidl und Marlin Kettner.
Ab 9 1/2 Uhr: Die grandiosen September-Specialitäten.

Casino-Theater
Döhringstr. 37. Anf. 8 1/2. Sonnt. 7 1/2.
Gr. Erfolg d. glänzenden Programms.
„Die Kunst dem Volke.“
9 1/2 Uhr: „Mutter Gräbert“
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Der Oenuziant

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. In der Arena: Der See-Elefant. Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Besichtigung ab 8 Uhr abds. b. elektr. Beleuchtung.

P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Rosa
das gelehrte Pferd!

Cirkus

Sarrasani.
Grösster u. elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Sonntag, den 18. September:
Die zwei letzten Vorstellungen

Cirkus Busch.
Freitag, den 16. September 1904, abends 7 1/2 Uhr:
15 Polarbären, drei- und vierköpfige u. Mr. Henriksen, 15 dreif. Elefanten, vorgef. von Mr. Philadelphia, Clowin Pinta mit seiner dreifachen Gänseherde. Herr Ernst Schumann in seiner Herbedressuren und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse zwischen Friedrich- und Unter den Eichenstrasse.
Ihr zweiter Mann.
Lustspiel in 3 Akten von André Sylvaire und Maurice Prosz.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D. Bender. Joseph Grünfeld. Frid. Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Scala-Theater.
Friedrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Löwy's Duell.
Poffe mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Herrnfeld-Theater
Zum 186. Male
der größte Herrnfeld-Schlager
Nur eine Nacht.
2 Akte aus einer Ehe und
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang — auch Sonntags — 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Geschlossen!
Sonnabend, den 17. September cr.:
Eröffnung der Wintersaison
mit
Der Galeerenflave
Anfang 8 Uhr.

Etablissement Bughenhagen
Horitzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagsbisch. Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags: Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaiserpal: **Tanz.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Pension Schöller.
Poffe in 3 Aufzügen von Karl Lauff. Nach einer Idee von W. Jacoby.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Kreuzelschreiber.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Johannisfeuer.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Sonnabendabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.

Kleines Theater.
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Des Pastors Rieke.
Wangel, Hus, v. Winterstein, Wassmann.
Sonnabend: Nachtsyl.
Sonntag: Des Pastors Rieke.
Montag: Nachtsyl.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Im neuerbauten Hause.
Novität! Zum 2. Male: Novität!
Der Weiberkönig.
Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Musik von Jul. Einödhofer, Dir.: M. Schmidt.
Vorverkauf v. 10-2 an der Theaterkasse und an den bekannten Verkaufsstellen.

Neues Theater.
Salome.
(Eysoldt, Durieux, Wüllner, Kaybler.)
Sonnabend: Kabale und Liebe.
Sonntag: Salome.
Montag: Kabale und Liebe.
Belle-Alliance-Theater.
Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Heute und folgende Tage abends 8 Uhr:
Die Dame aus Trouville
Herbert Paulmüller, Božena Bradsky, Heinz Gordon, Elsa Wannovius in den Hauptrollen.
und an den bekannten Verkaufsstellen.

6. Berliner Saison.
Jubiläumssaison anlässlich des 20jährigen Bestehens des
Cirkus Albert Schumann
vormals Renz & Karl-Straße.
Sonnabend, den 17. September cr., abends präcise 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Auftreten von Künstlern und Künstlerinnen nur allerersten Ranges.
Direktor Alb. Schumann
mit seinen neu für Berlin geschaffenen Dressuren.
Unter andern:
Mr. Pernelet mit seinen
40 Krokodilen.
G. Lurich,
Russlands Weltchampion, Athlet und Weltmeisterschafts-Ringer — genannt der Samson des XX. Jahrhunderts.

Billet-Vorverkauf an der Cirkuskasse täglich von 10 Uhr vormittags ab ununterbrochen und im Warenhaus Hermann Neß.
Alles Nähere Tages-Plakate.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Sonntag, 18. September:
Große
Dampfer-Extrafahrt mit Musik
nach
Sportshaus Ziegenhals bei Denthen.
Abends: Großes Feuerwerk.
Abfahrt früh 10 Uhr von der Stralauer Brücke.
Station: Kahnt & Hertzner.
Freie hin und zurück nur 60 Pf. Kinder die Hälfte.
Billetts sind am Dampfer zu haben.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg. Hermann Wehling, Gummor. Oly Marietta, Soubrrette. Boresen-Schützen von Niokerk u. Du Plossis. Ein Liebes-Idyll. Pantomime.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Wochent. 5, Anf. Sonnt. 3 Uhr.
die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Dida
Pocahuntas, die indische Jean Paul, Komiker.
The Finlays.
Lucio Verdier, Vortragskünstler. 14 erstklassige Nummern.

Sanssouci.
Rottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzen.**
Jeden Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausstehenden Vorzugsarten gelten.

Otto Pritzkow's
Abnormitäten - Ausstellung
Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Feodora, das Weib mit den Löwentatzen.
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. gross.
Charlestro, das rätselhafteste medizinische Wunder.
Neu! Die kunstvoll plastisch tätowierte Dame.
Eintritt 10 Pf.

Weimanns
Volkgarten-Theater.
Badstraße 56, Gesundbrunnen.
Entscheidungs-Ringkämpfe:
Hein gegen Rudolf. Degen gegen Pettjean. Schneider gegen Dittmann.
Konzert, Theater, und Specialitäten-Vorstellung.



Pas de Deux oriental.
Tilly Böbb mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Rudolf Segommer, Ventriloquist.
Soverin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Harmony Four, Gesangsquartett.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Jane Perryn, Pariser Sängerin.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Asahi, japanische Akrobaten.
Die 3 Meteors, Hochtürner.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

Neu!
Der kleinste Cake Walk-Tänzer d. Welt. Marga Manzoni in ihrem süßen Hans. The Wiedemanns Original-Lustspiel u. außerdem die übrigen Specialitäten.
Anf. 7 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts
Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

Etablissement Feldschloßchen
Müller-Strasse No. 142.
Großes Gastspiel
des Bernhard Rose Theaters.
Große Eröffnungs-Vorstellung.
Bajazzo und Familie,
Volks-Schauspiel
in vier Akten nach dem Französischen.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Touren zum Sonntag, den 18. September:
1. Abteilung mittags 1 1/2 Uhr nach Johannisberg (Senfleben) Familien-tour. Start: Schleichs Brücke.
2. und 3. Abteilung mittags 2 Uhr nach Rudow. Start: Heinrichsplatz.
4. Abteilung früh 7 Uhr nach Erfter, nachmittags 1 Uhr Erfter (Brodit). Start: Andreasplatz.
5. Abteilung früh 7 Uhr nach Strausberg. Start: Landsberger Platz. Mittags 1 Uhr nach Erfter. Start: Andreasplatz.
6. Abteilung mittags 12 Uhr nach Erfter. Start: Danziger- und Prenzlauerstrassen-Öde.
7. und 9. Abteilung mittags 1 Uhr nach Rudow. Start: Riederstr. 123 (Diele). 28/9
8. Abteilung mittags 1 Uhr nach Rudow. Start: Bahstraße. Sonnabendabend 8 Uhr nach Ullershof. Start: Kriminalgericht.
NB. Am Interesse unserer Bundes-agenation eruche die Genossinnen und Genossen, am Sonnabendabend Punkt 9 Uhr am Start Blücherstraße sich recht zahlreich einzufinden. Näheres wird baldigst bekannt gemacht (Heine Tour). Gäste überall willkommen.

Palast-Theater.
Bürgerliche Schauspiele.
Burgstraße 22.
Jubiläumssaison. 10 Jahre.
Um 8 1/2 Uhr: Novität:
Vom Himmel zur Hölle.
Gr. Ausstattungspoffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten v. Köppler und Gerlach. Musik von Hentsch. Balletts von Cilebus.
Jupiter: Dr. A. Winkler.
Vorher: Riesenkaunummern ersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Raffen-Eröffnung 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Dr. Simmel, Prinsen-
Specialarzt für 25/41.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Zur Einsegnung:
Gesangbücher
von 1,25 Mk. an.
Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau,
Oranienstr. 30, Ecke Adalbert-Str.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.)
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unter Genosse
Emil Leist
wohhaft Reichenbergstraße 42 (Stadtbezirk 91)
gestorben ist.
Ehe seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabendmorgen um 4 Uhr von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 24/5.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, guten Vaters, unfrei Liebenden und Schwagers, des Schriftstellers
W. Ziegner
sagen wir den Parteigenossen des 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises, dem Vorstand der Firma Gerhold, dem Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie dem Gelangverein „Krenzberger Harmonie“ meinen herzlichsten Dank. 12/25
Augusto Ziegner geb. Figur nebst Sohn und Gebrüder Ziegner.

Extra-Unterstützungskasse der
Buchbinder etc.
Sonntag, den 18. d. M., vorm. präc. 10 Uhr:
General-Versammlung
Weichstr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Protokolle.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Erloßwahl des Vorstandes.
4. Statutenänderung (§ 2).
5. Berichtigendes. 12/18
Der Vorstand.
J. K. D. Herzhoff, Vors.

Orts-Krankenkasse
für das
Töpfer-Gewerbe.
Freitag, den 23. September, abends 7 Uhr, im königshofischen Kasino, Holzmarktstraße 72:
Außerordentliche
General-Versammlung
der Vertreter d. Kassennmitglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über den mit dem Verein vereinbarten Kassenzinszuschußvertrag. 2. Beratung und Beschlußfassung über die von den Kassennangehörigen vorgeschlagenen Anstellungsverträge. 3. Berichtigendes. 12/05
Der Vorstand.
H. John, Vorsitzender. M. Huhn, Schriftführer.

Wildfleisch a Pfd. 40, 50 Pfg. Blatt 60 Pfg.
Gänse, ausgeschlachtet.
Junge Enten, Hühner, Tauben, frische Rebhühner etc.
A. Ritschl, Dresden-ener-straße 61.
Vorwärts - Buchhandlung
SW. Finkenstraße 69, Laden.
Parteitag-Protokolle.
Zum bevorstehenden Parteitag in Bremen bringen wir die Protokolle der früheren Jahre in empfehlende Erinnerung:
Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge und ihrer Taktik. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor.
Galle. 1890. Reorganisation; Programmrede Liebknecht; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. 60 Pf.
Erfurt. 1891. Festlegung des Programms; Programmänderung; Auflösung der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 50 Pf.
Berlin. 1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen; Bonfeti, Kontrollmarke. 50 Pf.
Südn. 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antimilitarismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 40 Pf.
Frankfurt. 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trutz, Ringe und Kartelle. 25 Pf.
Breslau. 1895. Agrarprogramm; Landwirtschaft; 30 Pf.; gebd. 50 Pf.
Gotha. 1896. Frauenagitation; Literatur-Debatte. 30 Pf.
Hamburg. 1897. Frey's Landtagswahlen; Militarismus. 50 Pf.
Brosch. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.
Stuttgart. 1898. Koalition; Recht; Bergarbeiterstreik; Frey's Landtagswahlen; Holz- und Dampfschiffahrt. Brosch. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.
Hannover. 1899. Bernheim-Debatte; Jugendorganisation; Militarfrage. 50 Pf.

Mains. 1900. Weltpolitik; Verlehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenvereinswesen. 50 Pf.
Tredden. 1903. Taktik der Partei; Reichstagswahlen; Weichstr. 15-Debatte; Die reichstagspolitischen Berichtigungen. 75 Pf.; gebd. 1 Mk.

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 3:

Oeffentl. Versammlung

aller dem Berliner Gewerkschaftskartell u. d. Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen v. Berlin u. Umgegend.

- Tages-Ordnung:
1. Parlamentarismus und Generalstreik. Referent: Genosse Dr. Friedeberg.
2. Diskussion.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15 Hof I. Telephone: Amt III No. 5028.

Sonntag, den 18. September, vorm. 10 Uhr, in den Industriefäsen, Beuthstr. 20:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

- Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichts-Beisitzerwahl. 3. Vortrag des Kameraden Th. Fischer über: Die wichtigsten Bestimmungen des Unfall-Versicherungsgesetzes.
4. Diskussion.

Der Vorstand. A. H. A. Juppenitz.

Achtung!

Achtung!

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 16. September cr., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Katzenstein über: Politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichts-Beisitzerwahl. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Verbandsleitung. A. H. E. Thöns.

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonabend, den 17. September 1904, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Bürsten- u. Pinselmacher Berlins und Umgegend.

Montag, den 19. September 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Oeffentliche Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Der schädigende Einfluss der Bürstenwaren produzierenden Bohlfabriks- und Gefängnisanstalten auf unser Gewerbe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Breiterträger, Brettschneider. Sonntag, 18. Septbr., vormittags 10 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten. 2. Verbands-Angelegenheiten. (Eventuelle Wahl des 1. Vorsitzenden.) 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und erwartet zahlreichem Besuch. Der Vorstand.

Adolf Cohn jr.

Inh. Ludwig Cohn

Kaufhaus für Damenputz

Special-Abteilung für

Trauerhüte und Kinderhüte

Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 114

Tel. VII. 3060. Ecke Andreasstrasse. 246L*

Um den Wünschen meiner werten Kundschaft nachzukommen, findet der Verkauf von jetzt ab zu sehr, sehr billigen, aber streng festen Preisen statt.

Jeder Gegenstand ist mit deutlichen Zahlen zu dem billigsten, festen Verkaufspreis ausgezeichnet.

Möbel Rich. Rosien

315L* N., Schwedterstrasse 26.

Zur Saison empfehle meiner geehrten Kundschaft mein reichhaltiges Möbellager zur gefl. Besichtigung. Abonnenten des „Vorwärts“ gewähre bei Bar-Einkauf

4 Prozent Rabatt.



Parteilokal

In Industriestadt Niederschlesien ist zu verkaufen. Preis 47 000 Mk. Als Anzahlung genügen 2-3000 Mk. Gefällige Offerten unter A. M. 1 postlagernd Landeshut i. Schl. erbeten.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Montag, den 26. September, abends 1/9 Uhr:

5. ordentliche General-Versammlung

in Dräfers Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.

- Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Genehmigung des Verteilungsplanes. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 4. Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern und fünf Erfahrungsmitgliedern zum Aufsichtsrat. 5. Anträge, die nach § 7a des Statuts eingegangen sind.

Zutritt zu dieser Versammlung haben auf Grund des Genossenschaftsgesetzes nur Mitglieder gegen Vorlegung ihres Mitgliedsbuches. Anträge nach § 7a unseres Statuts müssen bis zum 19. September in Händen des Vorstandes sein. Wir laden unsere verehrten Mitglieder zu dieser Versammlung zu recht zahlreichem Besuch ein.

Der Aufsichtsrat: C. Mücke. Der Vorstand: Max Menzel, Paul Müller.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Branchen-Versammlungen am Sonnabend, den 17., Montag, den 19., Dienstag, den 20., Mittwoch, den 21. und Donnerstag, den 22. September stattfinden. 157/11

Wir richten an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

Tischlerverein zu Berlin.

F. H. No. 80.

Sonabend, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs Herrn Grempe über: Die Todesstrafe. 2. Vereins-Angelegenheiten. 199/6

Die Mitglieder werden besonders auf § 3 Abs. a und § 4 hingewiesen. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Cement-Branche.

Gruppe: Cementierer.

Am Sonntag, den 18. September 1904, vormittags 10 Uhr, findet bei

Wilke, Brunnenstraße 188, die regelmäßige

Mitgliederversammlung der Cementierer

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. 148/17

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonabend, den 17. September, im Deutschen Hof, Zuckertstraße 15:

22. Stiftungs-Fest.

Konzert - Vorträge - Theater-Vorstellung.

Mitwirkung des „Sängerkreises der Musikinstrumenten-Arbeiter“ (Dirigent Herr Richard Lange) und G. Schonerts Konzert-Orchester.

Nach der Vorstellung: Grosser Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Programm frei. Billet 30 Pf.

Zur Beachtung! An diesem Tage wird in den Zahlstellen nicht kassiert. 142/14

Montag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, bei

dem Graumann, Raunynstraße 27:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Lohnbewegung. 2. Die kommende Gewerbegerichts- und das Verhalten der Gewerkschaftskommission. 3. Vereins-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

Auf

nach

Rixdorf!

Grosser Konkursmassen-Ausverkauf in Rixdorf. Bekanntmachung.

Ich habe das grossartige Warenlager des in Konkurs geratenen grossen Warenhauses Voremberg & Co., Rixdorf, erworben und unterstelle dasselbe nebst Sonder-Angeboten

zu Aufsehen erregend billigen Preisen zum Verkauf.

Das fast neue Warenlager besteht in:

Kleiderstoffen, Sammeten, Seidenstoffen, Damen- und Kinder-Konfektion, Leinen-, Baumwollwaren, Passementerie, Kurz-, Weiss-, Wollwaren. Fertige Leib-, Bett-, Tisch-Wäsche. Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Tisch-, Bett-, Stepp-Decken. Spielwaren. Haus- u. Küchengeräte etc.

Rixdorf, Hugo Michael, Berlinerstr. 47/48, geradeüber dem Rathaus.

Bei grösseren Einkäufen Fahrtvergütung.

